

DIE RUSSISCHE AUSWÄRTIGE POLITIK

1890 — 1914

**IN DER AUFFASSUNG
DER DEUTSCHEN DIPLOMATEN**

INAUGURAL - DISSERTATION

ZUR ERLANGUNG DER DOKTORWÜRDE

DER

HOHEN PHILOSOPHISCHEN FAKULTÄT

DER

UNIVERSITÄT BASEL

VORGELEGT VON

BASJA WEINBERG aus Riga

(LETTLAND.)

1934

DIE RUSSISCHE AUSWÄRTIGE POLITIK

1890 — 1914

**IN DER AUFFASSUNG
DER DEUTSCHEN DIPLOMATEN**

INAUGURAL - DISSERTATION

ZUR ERLANGUNG DER DOKTORWÜRDE
DER
HOHEN PHILOSOPHISCHEN FAKULTÄT
DER
UNIVERSITÄT BASEL

VORGELEGT VON
BASJA WEINBERG aus Riga
(LETTLAND.)

Genehmigt von der philologisch-historischen
Abteilung der philosophischen Fakultät auf
Antrag der Herren Professoren

Dr. H. BÄCHTOLD und A. BAUMGARTNER

Basel, den 24. Oktober 1930

Prof. Dr. K. Latte
Dekan



Inhaltsverzeichnis.

EINLEITUNG.

Seite

ERSTES KAPITEL: DIE HAUPTRICHTUNGEN DER RUSSISCHEN POLITIK.

A. Die europäische Politik Russlands.	18
a) Die russisch-deutschen Beziehungen im engeren Sinne .	18
b) Die russische Politik im Nahen Orient	21
1. Balkan	21
2. Der Kampf zwischen Slawentum und Germanentum .	22
3. Die Meerengen	23
4. Armenien	24
5. Die Türkei	25
6. Die russische Balkanpolitik 1890—1905	26
7. Die russische Meerengenpolitik 1890—1905	33
8. Die russische Politik in der Türkei 1890—1905	37
9. Die russische Politik in Armenien	42
B. Die asiatische Politik Russlands 1890—1905.	43
C. Die europäische Politik Russlands.	48
1. Die russische Balkanpolitik 1905—1914	48
2. Die russische Meerengenpolitik 1905—1914	61
3. Die russische Politik in Armenien 1905—1914	64
4. Die russische Politik in der Türkei 1905—1914	65
5. War ein kriegerisches Vorgehen Russlands im Nahen Orient zu befürchten	68
6. Die Gründe der russischen Passivität	73
7. Die russische Kriegsfurcht	74
8. Der deutsch-russische Gegensatz auf dem Balkan .	76
D. Die asiatische Politik Russlands 1905—1914.	77
E. Russland „der traditionelle Freund“	80
F. Die russische Dankbarkeit	86

ZWEITES KAPITEL: POLITISCHE FAKTOREN UND METHODEN.

A. Die politischen Faktoren.	91
1. Der Zar	91
2. Die Verwandten:	
Die Kaiserin-Mutter	97
Die Zarin	98
Die Grossfürstinnen	99
Die Grossfürsten	99
Die Hofgesellschaft	100
3. Die Minister:	
Lobanow	101
Murawiew	103
Lamsdorff	104
Iswolsky	106
Iswolsky (1910—1914)	111
Sasonow	112
Witte	113
Kokowzew	114
4. Die Panslawisten	116
5. Deutschenhass	121
6. Die Presse	125
7. Der Einfluss von aussen	129
B. Die Methoden der russischen Politik	131
Namensregister	139

Einleitung.

Die Aufgabe dieser Arbeit ist nicht, ein objektives Bild der russischen auswärtigen Politik an sich, in den Jahren 1890—1914, zu geben, sondern die russische Politik so darzustellen, wie sie in diesem Zeitabschnitt den deutschen Diplomaten erschien und von ihnen beurteilt wurde.

Als Quellenmaterial wurde die grosse Aktenpublikation des deutschen auswärtigen Amtes und die Memoirenliteratur der deutschen Diplomaten verwendet.

Infolge der Fülle des Materials sah ich mich veranlasst, auf Einzelheiten zu verzichten und beschränkte mich in meiner Arbeit auf die Wiedergabe eines allgemeinen Bildes der deutschen Diplomaten über die russische auswärtige Politik.

Bevor ich zum eigentlichen Thema übergehe, werde ich einen kurzen Ueberblick über die gesamte politische Lage Europas geben, da dieser zum Verständnis dieser Arbeit wesentlich beiträgt.

„In zwei Teilsphären spaltet sich bei den modernen Mächten, namentlich seit den letzten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts, die auswärtige politische Lebenserstrahlung: in eine europäisch-kontinentale und eine ausser-europäisch-koloniale. In zwei Teilbühnen zerlegt sich die Gesamtbühne, auf der sich die Geschehnisse der Weltpolitik abspielen. Bald ist die eine vorwiegend in Aktion, bald die andere.“¹⁾

Die Politik Frankreichs und Russlands wechselte periodisch zwischen zeitweiser vorwiegender Betonung der kontinentalen und der kolonialen Aspirationen. Seit den 70er Jahren wandten beide ihre Aufmerksamkeit den Kolonien zu. Frankreich begann in Afrika und Indochina ein grosses koloniales Reich zu erwerben. Russland rückte energisch nach Zentral- und Ostasien vor. Beide stiessen bei ihrer Ausdehnung auf England, auf diejenige Macht, die bisher die absolute See- und Kolonialherrschaft besass, die die grosse Zentralstrasse vom Atlantischen bis zum Pazifischen Ozean über der indischen beherrschte. Dieser Linie entlang begann der Weltstreit; von Süden setzte Frankreich ein, von Norden wuchs Russland herab. Je näher sich Russland und England in Asien rückten, desto mehr fühlte England die Sicherheit seines indischen Reiches gefährdet; seine Handelsinteressen in Nordchina bedroht. Je näher die Franzosen den Engländern in Afrika kamen, je mehr die russisch-englischen Grenzen sich näherten, desto grösser wurde die Spannung zwischen Frankreich und England, zwischen Russland und England, desto grösser wurde die Gefahr eines Zweifrontenkampfes der Engländer gegen Frankreich und Russland in den Kolonien.

Ein ähnliches Bild und eine ähnliche Gruppierung der Mächte haben wir auf dem Festlande. Auch hier sehen wir die Mittelmacht Deutschland (bzw. Oesterreich-Ungarn), die von Osten (v. Russland) und von Westen (v. Frankreich) bedroht wird. Wie England in den Kolonien, so ist hier

¹⁾ H. Bächtold, Vorgeschichte des Weltkrieges. S. 248/49. (Monatshefte für Politik und Kultur, Jahrgang I. H. 6 und 9, Jahrgang II. H. 2).

Deutschland derselben Gefahr des Zweifrontenkampfes ausgesetzt, infolge zweier Punkte dauernder Beunruhigung: Elsass-Lothringen und den Balkan.

Frankreich, 1871 gezwungen auf Elsass-Lothringen zu verzichten, gab die Ideen nach Revanche nicht auf. Es wusste, dass es allein nicht imstande sei, Deutschland zu besiegen und wartete deshalb den Augenblick ab, da Deutschland mit einer dritten Macht in Krieg geraten wird, um dann einzugreifen. Dadurch wurde die Elsass-Lothringische Frage weniger zu einer akuten Kriegsgefahr als zu einer latenten Bedrohung des Friedens. Mit der Frage Elsass-Lothringen ist die des Balkans verbunden. Dem gegenüber trat der Komplex der Balkanfragen öfters in einen Zustand der akuten Gefahr für den europäischen Frieden auf. Der Balkan war der Punkt, wo die Interessen Russlands und Oesterreichs zusammenstiessen. Der Zerbröckelungsprozess der europäischen Türkei im 19. Jahrhundert hat den Nationalismus bei den ihr angegliederten Balkanvölkern wachgerufen, der als neue Kraft wirksam wurde. Das Selbständigkeitsbestreben und das Nationalbewusstsein der Balkanvölker wurde gestärkt durch Russland, das durch Glaubens- und Rassengemeinschaft mit ihnen verbunden war. Die Bestrebung der Balkanslawen, selbständige Staaten zu bilden, bedrohte nicht nur die Existenz der Türken, sondern beunruhigte auch Oesterreich auf das schwerste, weil in ihrem Gebiete viele Millionen Südslawen und Rumänen wohnten, deren Anschluss an Serbien und Rumänien den künstlichen Bau der Donaumonarchie auseinanderzusprengen drohte. Diese ganze Struktur der orientalischen Frage wurde noch durch den russisch-englischen Gegensatz kompliziert, d. h. durch die englische Opposition gegen das Vordringen der Russen nach dem Mittelmeer. Das Zarenreich durch alte Tradition auf den Weg nach Konstantinopel gewiesen, besass das dringendste wirtschaftliche und militärische Interesse, den Eingang des Schwarzen Meeres in seine Gewalt zu bekommen. In den russischen Vorstössen gegen die Türkei erblickte nun aber England eine Bedrohung seiner Mittelmeerstellung. Es suchte deshalb zusammen mit Oesterreich den russischen Vorstössen entgegenzuwirken. Die beiden Mächte wünschten daher, im Gegensatz zu Russland, die Türkei in möglichstster Stärke erhalten zu sehen. Die Verträge von London 1841, von Paris 1856 und von Berlin 1878 bilden Etappen und Erfolge englischer und österreichischer Politik gegen türkenfeindliche Vorstösse Russlands. Der letzte Vertrag von 1878, der unter Bismarcks Leitung auf dem Berliner

¹⁾ E. Brandenburg: Von Bismark bis zum Weltkriege, S. 4, 5, 6.

Kongresse geschlossen wurde und Russland die Früchte seiner Siege während des russisch-türkischen Krieges (1877) raubte, hatte zur Folge, dass er nicht nur eine Verschärfung der russisch-englischen und russisch-österreichischen Beziehungen, sondern auch eine starke Misstimmung gegen Deutschland hervorrief, dem das Zarenreich die Schuld an der diplomatischen Niederlage zuschrieb. Russland erblickte in Deutschland einen gefährlichen Gegner; im Reiche wurden Stimmen für ein Zusammengehen mit Frankreich laut, und der Zar ging zu offenen Drohungen über. Für Deutschland drohte die Gefahr der kombinierten Doppelfrontgegnerschaft. Um diese Gefahr zu bannen,¹⁾ entschloss sich Bismarck zu einem Bündnis mit Oesterreich (79) und zog bald darauf im Osten Rumänien gegen Russland und im Westen Italien gegen Frankreich an sich. Aber während Bismarck das mitteleuropäische Machtgebilde schuf, lag es ihm fern, in dauernde Gegnerschaft mit Russland zu kommen. Er suchte vielmehr die Fäden mit Petersburg wieder anzuknüpfen und es gelang ihm tatsächlich in den Jahren 1881 und 84 das Dreikaiserbündnis (Russland-Oesterreich-Deutschland) zustande zu bringen. Als im Jahre 1887 das Dreikaiserbündnis, infolge des aktiven Vorgehens Russlands auf der Balkanhalbinsel, in die Brüche ging und Oesterreich, trotz Bismarcks Bemühen es von einem Uebermass an Balkanaspirationen abzubringen und zur Ziehung einer Demarkationslinie auf dem Balkan mit Russland zu bewegen, für ein Bündnis mit Russland nicht zu haben war, schloss er selbst mit dem Zarenreich den Rückversicherungsvertrag (1887). Dieser Vertrag sicherte Deutschland die russische Neutralität im Falle eines französischen Angriffskrieges. Dadurch wurde eine russisch-französische Allianz unmöglich. Er sicherte andererseits Russland die Neutralität Deutschlands, im Falle eines englischen Angriffes, er schützte also Russland im Rücken und gab ihm dadurch die Möglichkeit, sich nach Asien zu wenden. Ausserdem bestimmte der Vertrag in einem geheimen Artikel, dass Bulgarien in russische Interessensphäre fallen und Deutschland Russland diplomatisch und moralisch unterstützen werde, wenn es sich gezwungen sehen würde, die Meerengen zu besetzen.

Indem Bismarck den Russen den Weg nach Konstantinopel freizugeben schien, wollte er anscheinend statt einen Kontinental- einen Kolonialzusammenstoss herbeiführen, denn das Vordringen Russlands bedrohte nicht nur

¹⁾ Bächtold, Der einheitl. Zusammenhang der modernen Weltpolitik, S. 465. Vorgeschichte des Weltkrieges, S. 254. (Weltwirtschaft, Archiv, Bd. 16, H. 3, Bd. 20, H. 3).

Oesterreich, und war nicht bloss als kontinentaler, sondern zugleich auch als kolonialer Zusammenstoss gegen die koloniale Weltstellung Englands gerichtet.

Nachdem das Zarenreich die Zusicherung bekam, dass im Falle eines russisch-englischen Krieges die Mittelmächte ihm nicht in den Rücken fallen werden, verlegte es wieder, wie in den Jahren 1881/85, den Schwerpunkt seiner Politik nach Ostasien, d. h. es wendete sich gegen England. Mit ihm wandte sich auch Frankreich den Kolonien zu. Für Deutschland bedeutete dies eine Entlastung, für England dagegen eine schwere Belastung. Da trat 1890 ein Wandel ein, als Deutschland den ablaufenden Rückversicherungsvertrag nicht erneuerte, und sich England, dem Gegner Russlands, näherte. (Helgolandvertrag 1890.) Durch dieses Vorgehen war Russland die alte Sicherheit, die ihm Bismarck durch den Rückversicherungsvertrag gewährte, genommen. Es fühlte sich bedroht und isoliert und war gezwungen, eine Sicherung auf anderem Wege zu finden. Alexander III., der ganz erfüllt von autokratischen Ideen, einen starken Widerwillen gegen ein Bündnis mit der demokratischen Republik hegte, musste seinen Widerstand aufgeben und sich Frankreich nähern, um nicht ohne Bundesgenossen zu bleiben. Schweren Herzens schloss Alexander III. eine Allianz mit der Republik (1891—1894). Diese Allianz erweckte bei den Franzosen die Hoffnung, die Revancheidee mit russischer Hilfe in Erfüllung zu bringen; sie wollten also vorwiegend kontinentale (antideutsche) Politik treiben. Die Russen dagegen wünschten die Allianz hauptsächlich für ihre koloniale antienglische Politik. Sie liessen gern die antideutschen Ausbrüche der Franzosen zutage treten, waren aber nicht geneigt, sich den französischen Wünschen zur Verfügung zu stellen. Sie brauchten das Bündnis nur als Mittel, um auf Deutschland, dessen man nicht mehr sicher war, einen Druck auszuüben, um es, wenn es im Osten vorgehen sollte, im Westen zu binden.

Die drohende Spannung, die für Deutschland infolge des russisch-französischen Bündnisses entstanden war, nahm ab, als Russland sich wieder den Kolonien zuwandte, und Frankreich sich gezwungen sah, dasselbe zu tun. In dieser Richtung wurde Russland von Deutschland unterstützt und ermuntert. Deutschland suchte seit 1894 den Fehler von 1890 wieder gut zu machen, indem es Russland die Sicherheit im Rücken für sein Vorgehen in Asien geben wollte. Nicht dass es zu einem Bündnis gekommen wäre, aber Deutschland näherte sich Russland und Frankreich und operierte mit den beiden Mächten in kolonialen Fragen gegen England (1895).

Es beginnt die Zeit der höchsten Steigerung kolonialer Politik. Russland stiess nach dem Fernen Osten vor, Frankreich dehnte sich in Afrika aus und Deutschland begann sich wirtschaftlich im Nahen Orient festzusetzen.

In dem Augenblick, wo Russland seinen Ausdehnungsdrang nach Ostasien wieder aufnahm, bedurfte es im Nahen Orient der Ruhe. Es hatte kein Interesse, die Balkanfrage ins Rollen kommen zu lassen, da sein Hauptinteresse, seine Hauptkraft nach den Ufern des Stillen Ozeans verlegt waren. Aus diesem Grunde hielt es der russische Aussenminister Lobanow für nötig, die Balkanfrage einstweilen „unter die Glasglocke“ zu stellen und die Beziehungen zu Oesterreich und Deutschland zu verbessern. Man einigte sich mit Deutschland (1896) auf Erhaltung der Türkei und ihrem damaligen Bestande und man schloss (1897) einen Vertrag mit Oesterreich, durch den beiderseits die Erhaltung des bestehenden Zustandes im Nahen Orient gewährleistet wurde. Das Feuer aber glomm auf dem Balkane unter der Asche fort. Mazedonien war die kranke Stelle des Balkans, wo die Angehörigen der verschiedenen Nationalitäten buntgewürfelt neben einander wohnten, wo der Glaube, bald vom türkischen Joch befreit zu werden, seit dem griechisch-türkischen Kriege (1896) nicht verschwunden war. Um 1900 lebte der Aufstand dort wieder auf. Am ruhigsten waren die Bulgaren, die die Zeit für Abschüttelung des türkischen Joches und die Begründung eines grossbulgarischen Reiches als gekommen sahen. Ihre Banden, die das Losungswort von den in Sofia tätigen mazedonischen Komitees erhielten, machten die Berggegenden unsicher. Auch Serben und Griechen rüsteten Scharen, die gegen die Mohammedaner kämpften, was andererseits zu Gewalttaten gegen die Christen führte. Die türkische Verwaltung war zu schwach, um Herr des Aufstandes zu werden. Die Revolutionäre erhoben den Ruf nach Reformen, nach Besserung des Loses der Christen in Mazedonien. Russland, das seine militärische Kraft für den Fernen Osten brauchte, und die Balkanfrage aus diesem Grunde vertagen musste, suchte auf Bulgarien mässigend einzuwirken. Durch Versprechungen und Drohungen wurde die bulgarische Regierung schliesslich zu einer ruhigen Politik gestimmt. 1902 schloss Russland mit Bulgarien eine Militärkonvention, wonach Russland mit seiner ganzen Macht die Gesamtheit und die Integrität des bulgarischen Staates garantierte. Zum Dank dafür löste Bulgarien Anfang 1903 die mazedonischen Komitees in Sofia auf. Als aber bald darauf Bulgarien die Neigung verriet, Mazedonien der Türkei streitig zu machen, suchte Russland nötige Massnahmen gegen unerwartete Ueberraschungen vorzunehmen. Am 3. X. 1903 schloss Russland einen Vertrag mit Oesterreich zu Münzsteg,

der festsetzte, dass beide Staaten gemeinsam die Durchführung bestimmter Reformen in Mazedonien überwachen sollten. So wurde die drohende Gefahr niedergehalten, indem das Zarenreich und die Donaumonarchie vereint für Ordnung sorgten. Russland konnte seine ganze Kraft seinen Angelegenheiten in Ostasien widmen.

Die koloniale Expansion Russlands und Frankreichs, die Mitte der 90er Jahre einsetzte, erreichte 1889 ihren Gipfel¹⁾. Frankreich besetzte damals Faschoda, Russland Port-Arthur. Es war der Höhepunkt der russisch-französischen Erfolge, zugleich der Moment schärfster Zuspitzung der englisch-russischen und englisch-französischen Gegensätze. Da griff England ein, es suchte die koloniale Gefahr abzubauen und die Mächte wieder nach dem Kontinent hinzulenken. Dieses konnte auf zweifache Weise geschehen, indem man entweder Deutschland gewann und es in Europa mit Russland verfeindete, oder sich mit dem Zweibund verband und Deutschland isolierte. Während der erste Versuch misslang, sollte der zweite gelingen. England konnte Frankreich zum Abmarsche aus Faschoda bringen (1898) und es zu sich hinüberziehen. Am 8. IV. 1904 wurde der berühmte Vertrag zwischen den beiden Staaten geschlossen, der den Frieden über die kolonialen französisch-englischen Reibungsflächen brachte. Fast zur selben Zeit, da der englisch-französische Vertrag geschlossen wurde, kam der russisch-englische Gegensatz zum Ausbruche. Diese zwei Rivalen stiessen nicht unmittelbar aufeinander, sondern mittelbar durch Japan, welches England für seine Ziele 1902 gewann, und gegen den russischen Imperialismus im Fernen Osten ausnützte. Im Februar 1904 brach der russisch-japanische Krieg aus, England vermochte Frankreich vom Eingriff abzuhalten. Deutschland bewahrte strenge Neutralität. Das Zarenreich war gezwungen, den schweren Kampf allein auszufechten, der für dasselbe sehr ungünstig verlief. Seine Flotte wurde im Mai 1905 bei Tschuschina vernichtet. In Russland selbst zeigten sich Ansätze der Revolution, so dass es sich gezwungen sah, Frieden zu schliessen. Russland war unterlegen, seine koloniale Politik gescheitert. Wie 1898 Frankreich, so musste 1905 Russland den Schwerpunkt seiner Politik wieder nach dem Kontinent verlegen. Diese Umlagerung der Kräfte von Asien nach Europa hatte zur Folge, dass England in den Kolonien entlastet, Deutschland dagegen auf dem Kontinent neu belastet wurde.

Deutschland, welches mit den Folgen einer solchen Umorientierung der Kräfte erst jetzt ernstlich zu rechnen begann, versuchte Russland während des russisch-japanischen Krieges zu

¹⁾ Bächtold, „Europa seit 100 J.“, S. 41/42. (Schweizerische Vierteljahrsschrift für Kriegswissenschaft, 1920, H. 3).

gewinnen, um dadurch der Möglichkeit eines festeren Zusammenschlusses zwischen Russland, Frankreich und England vorzubeugen. Der Versuch aber war weder jetzt, noch im folgenden Jahre (Bjorko, Juli 1905) gelungen. Die Lage Deutschlands begann sich nun zu verschlechtern.

Die Rückkehr Russlands, wie Frankreichs nach dem Kontinent und die Aufnahme der alten Politik hatte zur Folge, dass neue Spannungen, neue Krisen zwischen Russland und Deutschland (bzw. Oesterreich) (1908/9 erste, 1912/13 zweite Balkankrise) ebenso wie zwischen Frankreich und Deutschland (1804/06 erste, 1911 zweite Marokkokrise) entstanden waren.

Nachdem England 1904 Frankreich freie Hand in Marokko gelassen hat, begann es seinen Einfluss dort auszudehnen. Deutschland entschloss sich zum Protest, es verlangte unter der Berufung auf den Grundsatz, dass in Marokko allen Nationen die wirtschaftliche Gleichberechtigung zustehe, die Regelung dieser Frage vor dem europäischen Areopag.

Als nun die Konferenz in Algeciras Anfang Januar 1906 eröffnet wurde, zeigte es sich, dass Deutschland in diplomatischer Hinsicht nur auf die Unterstützung Oesterreichs rechnen konnte. Das Verhalten der russischen Vertreter war anfangs unbestimmt und wenig aktiv, neigte aber später immer mehr zu Frankreich hin und hatte schliesslich für gut gefunden, ihre Parteinahme *urbi et orbi* durch das offizielle Organ „Russkoje Gossudarstwo“ bekanntzugeben.

Nach der Konferenz von Algeciras trat ein entscheidendes Ereignis ein: Russland näherte sich England, wo seit der Niederlage des Zarenreiches im japanischen Kriege entsprechende Bestrebungen im Gange waren. Am 31. VIII. 1907 kam es zu einem Vertrage zwischen Russland und England, der eine allgemeine Vereinigung ihrer aussereuropäischen Streitfragen in Tibet, Persien und Afghanistan herbeiführte. Das hatte zur Folge, dass Russland sich wieder Europa zuwandte, um zu versuchen, die Erfüllung seiner alten Wünsche zu verwirklichen. Das Streben nach der Herrschaft über die Meerengen ging aber Hand in Hand mit dem Verlangen nach dem vorherrschenden Einfluss auf den Balkan, das wiederum den Gegensatz zur Donaumonarchie mit sich bringen musste. Zwischen Russland und Oesterreich wurde zwar, wie wir wissen, in Müritz ein Vertrag geschlossen, der ein enges Zusammengehen der beiden Mächte zugunsten der Erhaltung des bestehenden Zustandes auf dem Balkan festlegte. Die Reformen, die die Grossmächte in Mazedonien durchführten, hatten die Lage dort nicht verbessert, sondern nur die Lösung dieser Frage hinausgeschoben.

Die Lage auf dem Balkan begann sich zu verschärfen, als Anfang Januar 1908 Baron Aehrenthal den Plan, die Samschakbahn zu bauen, verkündete. Bald darauf brach unerwartet Ende Juli 1908 die jungtürkische Revolution aus. Diesen Augen-

blick wollte Aehrenthal ausnützen, um zu der längst von ihm beabsichtigten Annexion von Bosnien überzugehen. Bevor er aber zum Handeln übergang, wollte er wissen, wie sich Russland dazu verhalten werde. Schon im Sommer 1908 hatte er die Lage in Petersburg sondiert, kam aber erst am 16. IX. in Buchlau mit Iswolsky zusammen, wo die Annexionsfrage von Bosnien erwogen wurde. Hier erhob Iswolsky gegen die Annexion keine prinzipielle Einwendung und sagte eine freundschaftliche Haltung Russlands zu. Dafür versprach Aehrenthal dem russischen Wunsche nach freier Durchfahrt für die Kriegsschiffe der Uferstaaten des Schwarzen Meeres, wenn sie einzeln und in Abständen passieren, keine Schwierigkeiten zu bereiten. Russland hoffte durch die teilweise Beseitigung der Schliessung der Meerengen für fremde Kriegsschiffe sich den Ausgang ins Mittelmeer zu öffnen. Iswolsky glaubte damals, dass die übrigen Mächte seinem Gedanken einer teilweisen Oeffnung der Meerengen zustimmen werden. Um sich dessen zu vergewissern, begab er sich nach Paris, wo ihn die Nachricht traf, Aehrenthal hätte die Annexion Bosniens vollzogen. Zunächst nahm er dieser Nachricht gegenüber im Sinne der Buchlauer Vereinbarung Stellung und suchte mässigend auf Serbien einzuwirken. Iswolsky ging damals von der Ansicht aus, der Augenblick sei gekommen, um die Oeffnung der Meerengen bei den Grossmächten zu verlangen. In London aber wurde ihm bedeutet, dass England von einer Aenderung in der Meerengenfrage nichts wissen wolle. England blieb auch diesmal seinem bisher befolgten Grundsatz treu und verhinderte, wie früher Russland, die Ausfahrt auf das Mittelmeer.

Das Nein Englands bedeutete für Iswolsky das Scheitern seines Planes. Sein Zorn richtete sich aber nicht gegen England, sondern gegen Oesterreich, welches einen erheblichen Vorteil erreicht hatte, während das Zarenreich leer ausgehen musste.

Die Lage wurde damals noch durch die Empörung Serbiens erschwert. Für Serbien bedeutete die Aussicht auf den einstigen Erwerb von Bosnien nicht nur den Erwerb serbischen Volksgebietes, sondern auch das Hinwachsen gegen die Adria. Die Annexion Bosniens von seiten Oesterreichs versperrte ihm diesen Weg. Es erhob daher sofort Protest gegen den Bruch des Berliner Vertrages, es tobte gegen die Bedrohung des serbischen Volkes und bereitete sich zum Kriege mit Oesterreich vor. Das Kriegsgeschrei der Serben wurde immer lauter, da sie mit Sicherheit auf russische Hilfe rechneten. Die Erregung schien in gewissen Augenblicken einen europäischen Krieg heraufzubeschwören. Da wich Russland zurück. Durch den japanischen Krieg und die Revolution geschwächt, konnte es noch nicht das Schwert ziehen. Nachdem Deutschland sich rückhaltlos hinter Wien gestellt hatte, und seine Wünsche unter-

stützte, sah sich das Zarenreich gezwungen, die Serben zur Ruhe zu ermahnen und die Annexion von Bosnien schliesslich anzuerkennen.

Damit war die bosnische Krise erledigt. Nach einer starken Erregung trat wieder in den internationalen Beziehungen eine Zeit der Entspannung und scheinbarer Ruhe ein.

Fast zur selben Zeit liess der neue russische Aussenminister Sasonow nach Berlin wissen, dass er eine offene Aussprache wünsche, um eine Beseitigung der seit der letzten Krise bestehenden Misstimmung herbeizuführen. In Berlin beschloss man, diese Anregung Sasonows zu benützen, um Russland eine allgemeine Annäherung vorzuschlagen. Man wollte Russland die Versicherung geben, dass das Deutsche Reich weder verpflichtet noch gewillt sei, eine expansive Politik Oesterreichs im Nahen Orient zu unterstützen, und wünschte als Gegengabe die Versprechung, dass Russland eine deutschfeindliche Politik Englands nicht unterstützen werde. Sasonow versprach es, verweigerte aber dieses Versprechen in einem schriftlichen Abkommen zu bestätigen. Damit scheiterte der Versuch Berlins, in die Mauer der Vereinsamung¹⁾ eine Bresche zu schlagen. Statt dessen verständigte man sich über Teile des orientalischen Problems. Sasonow wollte für die Erhaltung der Türkei eintreten, da durch deren Zerstückelung der Friede bedroht wurde, erkannte die politische Sonderstellung Russlands in Nordpersien unter Zusage voller Gleichberechtigung für den deutschen Handel an und verzichtete dort auf den Erwerb von Eisenbahnkonzessionen; deshalb versprach Sasonow den Ausbau der Bagdadbahn nicht weiter zu hindern (1911).

Im Westen folgt nun die zweite Marokkokrise (1911). Auch im Orient wurde die mühsam gewahrte Ruhe durch die tripolitanischen Unternehmungen Italiens zerstört. Aber nicht von dieser Seite allein kam der Anstoss zur Entladung des aufgespeicherten Zündstoffes. Die russische Politik hatte mit der systematischen Betreibung des Balkanbundes eine wichtige Rolle bei der Vorbereitung des Balkankrieges gespielt.

Seit dem Balkankonflikt von 1908/9 war Russland bemüht, die Balkanstaaten zu einem festen Block zusammenzuschliessen, um ihn dann gegen Oesterreich zu benützen.

Die Kabinette in Belgrad, Cetinje, Sofia und Athen gingen zwar auf die russische Anregung ein, aber durch eigene Interessen geleitet, verstanden sie es, dem werdenden Bündnis eine scharfe Wendung gegen die Türkei zu geben; nur gegen ein etwaiges Eingreifen der Donaumonarchie wurden zwischen Serbien und Bulgarien defensive Vereinbarungen getroffen. So kam zunächst am 13. III. 1912 ein geheimes Bündnis zwischen

¹⁾ Stieve, Deutschland und Europa 1890—1914, S. 106.

Serbien und Bulgarien zustande, durch welches diese beiden Staaten sich zu gegenseitiger Verteidigung gegen jeden Angriff oder Okkupation türkischen Gebietes durch eine Grossmacht verpflichteten. Ausserdem wurde festgesetzt, dass die beiden Staaten, falls sie zu der Ueberzeugung gelangten, dass ein kriegerisches Vorgehen notwendig sei, sich darüber verständigen und Russland sofort benachrichtigen sollten, um ihm die letzte Entscheidung zu überlassen. Mit Hilfe der Verträge hoffte Russland, die Balkanstaaten fest am Zügel halten zu können, da es noch nicht in seinem Interesse lag, die Dinge zum Konflikt zu treiben. Die Balkanverbündeten, die aber das Vorgehen gegen die Türkei nicht länger aufschieben wollten, glaubten, dass der Moment, wo die Schwäche der innerlich zersetzten Türkei im Tripolisfeldzug deutlich zutage trat, besonders günstig zum Losschlagen sei. Unbekümmert um die Einsprüche der Grossmächte, gingen sie im Oktober 1912 zum Angriff der Türkei über und warfen sie mit schnellen und starken Schlägen nieder. Damit war auf der Balkanhalbinsel eine neue Lage geschaffen. Der Status-quo-Grundsatz liess sich doch nicht mehr aufrechterhalten und nach langen Schwankungen musste er aufgegeben werden. Die Grossmächte sahen sich angesichts der Waffenerfolge der Balkanvölker gezwungen, eine Neugestaltung der Dinge herbeizuführen. Man beschloss den Siegern mazedonische und thrasische Gebiete als Beute zu überlassen, Konstantinopel sollte weiterhin der Türkei angehören. Nur über die Zulassung Serbiens zur Adria und über die Zukunft Albaniens traten Meinungsverschiedenheiten hervor, die zu Auseinandersetzungen und Spannungen zwischen Russland und Oesterreich führten und mehrmals drohten, einen europäischen Krieg hervorzurufen, da in beiden Ländern die Kriegspartei zum Kriege drängte. Leidenschaftlich trieb die Kriegspartei in Wien zur Abrechnung mit dem serbischen Todfeind der Monarchie um jeden Preis, in Russland waren die Hetzer bemüht, die Regierung zur aktiven Verteidigung serbischer Interessen zu bewegen. In dieser überaus bedrohlich zugespitzten Lage bewährte sich das Zusammengehen Deutschlands und Englands in der Richtung des Ausgleiches zwischen den feindlichen Standpunkten. Von London gingen damals ähnliche scharfe Worte nach Petersburg, wie von Berlin nach Wien. So gelang es den Mächten den Frieden zu wahren.

Die Balkanunruhen waren noch immer nicht beendet, da unter den Siegern selbst ein heftiger Streit um die Beute entstand. Trotz allen Anstrengungen Russlands, die Einigkeit unter den Balkanländern zu wahren, wandten sich die Bulgaren gegen ihre früheren Verbündeten. Die Bulgaren wurden geschlagen und mussten sich im endgültigen Frieden von Bukarest (10. VIII. 1913) mit einer weit geringeren Vergrösserung ihres Gebietes begnügen, als die übrigen Balkanvölker.

Nach der ungeheuren Spannung der Balkankrise atmeten die Völker wie befreit auf, die öffentliche Meinung aller Länder trug sich mit Hoffnungen auf eine friedliche Weiterentwicklung. Diese war aber durchaus trügerisch. Der Sieg der Balkanstaaten wurde wiederum zu keinem Sieg Russlands. Die Balkanländer hatten mit russischer Förderung das Befreiungswerk vollendet, die nun aber nur auf Kosten der europäischen Türkei geschah, wogegen das höchste Ziel, Konstantinopel selbst, noch nicht erreicht war. Auf seine Verwirklichung musste jetzt hingearbeitet werden. Da es sich während der letzten Balkankrise wieder einmal deutlich zeigte, dass hinter der schwachen Donaumonarchie das starke Deutsche Reich stand, so suchte die russische Politik neben der Niederwerfung Oesterreichs auch die deutsche Macht im Nahen Orient zu erschüttern. Eine günstige Gelegenheit dazu bot sich Ende 1913, als Deutschland den Versuch machte, die Türkei militärisch zu stärken und zu diesem Zwecke eine Kommission von Offizieren mit dem General Liman v. Sanders an deren Spitze nach Konstantinopel sandte. Russland erhob Protest, musste sich aber schliesslich doch mit der Mission abfinden. Während Russland bemüht war, die Türkei zu schwächen, suchte es, die kräftig entwickelten Balkanstaaten noch mehr zu stärken, um dadurch das Fundament des österreichischen Staatswesens zu untergraben. Die Arbeit setzte an verschiedenen Stellen ein. Zunächst liess man wieder den Serben besondere Fürsorge angedeihen, dann versuchte man Anfang 1914 eine Verschmelzung Montenegros mit Serbien herbeizuführen, schliesslich umwarb man Rumänien und gewann es für sich. Damit war der letzte Damm, der die russischen Bestrebungen auf dem Balkan hinderte, gebrochen. Russland konnte jetzt eifrig auf sein letztes Ziel hinarbeiten.

Nach aussen hin erfuhren die politischen Gegensätze eine vorübergehende Milderung. In Wahrheit jedoch wirkten die grossen politischen Gegensätze unvermeidlich fort und trieben dem Kriege entgegen.

Erster Teil.

Die Hauptrichtungen der russischen Politik.

Nachdem das alte Moskowiterreich unter Peter dem Grossen die Ostsee erreicht hatte, suchte die russische Politik unter seinen Nachfolgern dessen Grenzen nach Westen und Süden auszudehnen. Die südliche Expansion Russlands, welche sich vom Balkan bis Korea erstreckte, war einerseits kontinental, indem es auf der Baikanhalbinsel gegen Westen vorsties, andererseits kolonial gerichtet, indem es bemüht war, sich an das „warme Meer“ heranzuarbeiten.

Mit seinem westlichen „kolonialen“ Flügel suchte es durch die Türkei und speziell durch die Dardanellen hindurch Zugang zum Mittelmeer, mit dem östlichen Flügel stiess es durch die Mandchurei gegen die eisfreien Teile des Stillen Ozeans vor, mit dem Zentralabschnitt durch Persien und Afghanistan hindurch mit der Richtung auf den Indischen Ozean.

Die Vorstösse Russlands nach Westen brachten es in unmittelbaren Gegensatz zu Deutschland, diejenigen nach Süden zu Oesterreich und England.

Wir wollen nun darlegen, wie die deutschen Diplomaten über die europäische und asiatische Politik urteilten, und beginnen unsere Betrachtungen mit der europäischen Politik Russlands im Nordwesten, d. h. mit den unmittelbaren deutsch-russischen Beziehungen.

A. Die europäische Politik Russlands.

a) Die russisch-deutschen Beziehungen im engeren Sinne.

Wie lagen die Dinge nach Meinung der deutschen Diplomaten an der russischen Westfront? Fühlte sich das Deutsche Reich von der russischen Ausdehnung direkt bedroht? Die meisten deutschen Diplomaten verneinen diese Frage. Wir fanden in ihren Berichten kaum die Meinung vertreten, dem Deutschen Reiche drohe eine direkte Gefahr von seinem östlichen Nachbar. So schrieb z. B. der erste Reichskanzler, Fürst Bismarck,¹⁾ ein Jahr nach der Niederlegung seines Amtes (1891), in den unmittelbaren Beziehungen Deutschlands zu Russland liege kein Anlass zu einem Kriege gegeneinander vor.

¹⁾ Hoffmann, „Fürst Bismarck 1890—1898“, Bd. I, S. 164.

Im allgemeinen glaubt Bismarck, die Existenz einer geordneten Macht in Zentraleuropa sei ein Bedürfnis für das russische Kaisertum im Interesse der Monarchie wie des europäischen Gleichgewichtes, die Zerstörung des Deutschen Reiches aber, wie sie als Ergebnis eines russisch-französischen Sieges über Deutschland gedacht werden kann, sei eine Gefahr für dasselbe. Deshalb kann er an keine kriegerische Absicht Russlands gegen Deutschland glauben. Noch deutlicher und genauer spricht darüber der dritte Reichskanzler Fürst Hohenlohe¹⁾ im Jahre 1895. Er sagt, dass zwischen Deutschland und Russland keinerlei Ausbreitungskonflikte bestehen, was kaum von anderen zwei Grossmächten mit der gleichen Bestimmtheit behauptet werden konnte. Auch aus einer späteren Quelle, den Memoiren des Fürsten Lichnowsky²⁾, hören wir die Ansicht vertreten, dass es zwischen beiden Reichen an eigentlichen Interessengegensätzen fehlte. Diese Ueberzeugung teilten auch die andern Diplomaten. So erklärt z. B. Bülow³⁾ (1902), der gewaltige Strom der russischen Macht nehme keine gefährliche Richtung für Deutschland ein, da Russland denselben nie nach der Weichsel ableiten werde. Er betont immer wieder⁴⁾, beide Reiche seien durch keinerlei „divergierenden Interessen“ getrennt. Ähnlich äussern sich auch Holstein, Eulenburg und Pourtalès. Der erste⁵⁾ spricht davon, es gebe keine „kollidierenden“ russisch-deutschen Interessen, der zweite⁶⁾ hebt hervor, Deutschland sei durch keinerlei „zuwiderlaufende“ Interessen von Russland getrennt, schliesslich betont auch der dritte⁷⁾, dass beide Länder keine „Interessenverschiedenheiten“ haben. Beinahe mit den Worten des letzteren äussern sich Stumm und Bethmann-Hollweg.⁸⁾ Auch die beiden sind der Meinung, zwischen Russland und Deutschland bestehen keine „unmittelbaren realen Gegensätze“. Während aber die früher erwähnten Staatsmänner auf Grund dieser Feststellung an keinen möglichen Vorstoss glaubten, nehmen es auch Stumm und Bethmann-Hollweg als wenig wahrscheinlich an, dass Russland aggressiv gegen Deutschland vorgehen sollte, heben aber im Gegensatz zu jenen einen möglichen Fall hervor, nämlich, Russland sei durch sein Bündnis mit Frankreich zu einem solchen Schritt gezwungen.

An welche Möglichkeiten konnten die deutschen Diplomaten denken, während sie zum Schluss kamen, es drohe ihnen keine direkte Gefahr von seiten Russlands? Glaubten sie,

1) Die gr. Politik der europ. Kabinette, Bd. X, S. 156.

2) Lichnowsky, „Auf dem Wege zum Abgrund“, Bd. I, S. 55.

3) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XVIII, S. 159 und 516.

4) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XIV, S. 491.

5) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XIV, S. 536.

6) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XII, S. 276.

7) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXVI, S. 330.

8) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XVII, S. 534.

Russland wünsche deutsches Land zu erobern?¹⁾ Bülow stellt diese Möglichkeit auf und verneint sie sofort, indem er sagt, Russland wolle kein deutsches Gebiet erwerben. In krassem Gegensatz zu dem obenerwähnten Diplomaten steht der Historiker Haller²⁾, der behauptet (1922), dass zwischen Deutschland und Russland ernste Reibungsflächen bestanden, wie z. B. die Ostsee, nach deren deutschen Häfen die russische Politik strebte, oder Ostgalizien, worauf sie auch vor dem Weltkrieg erste Absichten hatte. Diese Ansicht wird vom Historiker Hintze³⁾ widerlegt, der glaubt, man könne nicht annehmen, dass das slawische Reich vor dem Kriege seine begehrliehen Blicke auf die preussische Ostprovinz gerichtet habe. Strebte aber vielleicht die russische Politik nach Meinung der deutschen Diplomaten danach, slawisches Volk zu gewinnen? Bismarck⁴⁾ war überzeugt, Russland habe genügend polnische Untertanen und deshalb könne es unmöglich eine Vermehrung derselben auf Kosten Deutschlands und Oesterreichs wünschen. Dieser Meinung waren auch Hohenlohe und Marschall. Beide sagen⁵⁾ wörtlich, Russland habe genug polnische Untertanen, um Galizien neidlos in österreichischem Besitz zu lassen. Auch Bülow⁶⁾ hat keinen Verdacht, dass die russische Politik auf Angliederung polnischer und tschechischer Untertanen hinziele. Schliesslich glaubt auch Schweinitz⁷⁾, der Gedanke einer möglichen Wiederherstellung eines polnischen Staates finde wenig Raum in Russland. Vielmehr rief die veränderte Haltung der deutschen Politik im Jahre 1892 den Polen gegenüber in Russland die Besorgnis hervor, Deutschland wolle diese unsichere Nation in seinen Dienst für den Kriegsfall ziehen. Diese Besorgnis der Russen beruhte nach der Meinung Bismarcks⁸⁾ auf der Behandlung, die die Polen und die polnische Propaganda von preussischer Seite erfuhren. Sie bildete, von russischer Seite betrachtet, ein Symptom für die Absichten Deutschlands Russland gegenüber, so dass ein Missgriff in der polnischen Frage leicht nachteilig auf das Verhältnis Russlands zu Deutschland einwirken könnte.

Wie wir sehen, waren die deutschen Diplomaten der Meinung, an ihrer Ostfront beständen keine unmittelbaren politischen Interessengegensätze mit Russland. Wenn solche existierten, so waren sie nicht hier, sondern anderswo zu suchen. Wir

¹⁾ Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XIV, S. 200.

²⁾ J. Haller, Die Aera Bülow. S. 87 und 89.

³⁾ O. Hintze, Deutschland und der Weltkrieg. S. 46. (Wir erwähnen die Aeusserungen der beiden Historiker, um auch eine Meinung der Nachkriegszeit anzuführen).

⁴⁾ Hoffmann, „Fürst Bismarck“, 1890—1898. Bd. I, S. 350.

⁵⁾ Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. IX, S. 381 und Bd. X, S. 101.

⁶⁾ Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XII, S. 17.

⁷⁾ Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. VIII, S. 385.

⁸⁾ Hoffmann, „Fürst Bismarck“, Bd. I, S. 145.

müssen nun der russischen Westfront nach Süden folgen, um zu beobachten, wie die Dinge auf dem Balkan lagen.

b) Die russische Orientpolitik.

I. Balkan.

Welche Gründe bewegten die russische Politik, nach Meinung der deutschen Diplomaten, sich nach Süden zu wenden? War es der Wunsch österreichischen Boden zu erobern? Die deutschen Diplomaten scheinen nicht daran zu glauben, denn wir hören sie nie, sich darüber äussern. Strebte aber vielleicht die russische Politik danach, hier slawisches Volk zu gewinnen? Die deutschen Diplomaten bejahen dies. Sie glauben, das ethnographische Motiv sei einer der Gründe, die sie nach Süden lenkte. Marschall¹⁾ sagt, Russland sehe seine geschichtliche Mission in der Befreiung der Balkanvölker und der Unterstellung der letzteren unter sein Protektorat. Auch Lichnowsky²⁾ schreibt in seinen Memoiren, Russland strebe die Unabhängigkeit der Stammesbrüder an, die es seinem nationalen Protektorate unterstellen wollte. Dieser Meinung waren auch Hintze und Pourtalès. Der erstere sagt,³⁾ dass Russland nach „Angliederung aller Slawen“, nach „Vorherrschaft in der slawischen Welt“, der zweite⁴⁾ dass es nach der Herrschaft über alle Slawen strebte. Schliesslich glauben auch Alvensleben, Kiderlen und Tschirsky⁵⁾, Russland betrachte sich als „traditioneller Schutzherr“, als „Beschützer“ der Balkanslawen.

Die deutschen Diplomaten sind der Meinung, Russland finde dies nicht nur als seine nationale, sondern auch kirchliche Mission. Kiderlen meint, dass Russland sich als Protektor der „orthodoxen Christen“, Tschirsky⁶⁾, dass es sich als alleiniger Beschützer der christlichen Balkanvölker und der „Orthodoxie“ betrachte. Auch Lichnowsky⁷⁾ berichtet, die russische Krone fühle sich als Beschützerin der Rechtgläubigkeit auf dem Balkan und sehe die Herstellung der Einigkeit und Unabhängigkeit der Balkanbrüder als seine heilige Mission an. Dieser Meinung war schliesslich auch Marschall⁸⁾, denn er spricht immer wieder von dem „heiligen Russland“, welches sich berufen und verpflichtet sieht, die „christlich-orthodoxen“ Brüder zu schützen und an Stelle der türkischen Herrschaft, diejenige slawisch-orthodoxer Völkerschaften unter seinen „heiligen Schutz“⁹⁾ treten lassen will.

1) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XI, S. 554.

2) Lichnowsky, Auf dem Wege zum Abgrund, Bd. II, S. 297.

3) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXVII, S. 567.

4) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXVI, S. 857.

5) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XVIII, S. 320 und Bd. XXXIII, S. 362.

6) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XII, S. 542.

7) Lichnowsky: Auf dem Wege zum Abgrund. S. 56 und 9.

8) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XII, S. 545.

9) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XVIII, S. 150.

2. Der Kampf zwischen Slawentum und Germanentum.

Die deutschen Diplomaten sind der Meinung, das Streben Russlands, auf dem Balkan Fuss zu fassen, führe einmal zu einem Gegensatz zweier Rassen, einer slawischen und einer germanischen. Wir hören sie von einem „Ringens des Slawentums und Germanentums“, von einem „Vorstoss des Germanentums“ und einem „Zurückdrängen des Slawentums“, von einem „Erfolge des Slawentums“ und einem „Schlag des Deutschtums“ sprechen.

Vom Kampfe dieser zweien Rassen auf dem Balkan ist bei den deutschen Diplomaten vor 1908 nie die Rede, was aber keineswegs heissen soll, er habe nach ihrer Meinung, wenn er auch nicht zutage trat, nicht existiert. Sie sahen die Existenz eines latenten Gegensatzes auch vor 1908. Das geht daraus klar hervor, dass sie von Russland als vom „traditionellen Schutzherr“ der „slawischen Brüder“ oder als vom „Beschützer des Slawentums“ sprechen.

Nach den Aeusserungen der deutschen Diplomaten trat der Gegensatz erst während der bosnischen Krise scharf zutage. Damals berichtete Pourtalès¹⁾ von der Ueberzeugung des Russen, Deutschland wolle die gegenwärtige günstige Konstellation gegen das Zarenreich, da wo dieses schwach sei, ausnützen, um dem germanischen Drang nach Osten zu einem Erfolg zu verhelfen. Auch Hintze²⁾ bestätigt, dass diese Stimmung in Russland herrschte, und man überzeugt war, Oesterreich könnte sich nur unter Drohung Deutschlands soweit als „Pionier des Germanentums“ und im Interesse von dessen Ausdehnung hervorwagen. Nach Hintze fürchtete man in Russland die Verdrängung des Slawentums vom Balkan durch Deutschland, welches die Früchte seiner 200jährigen auf Angliederung aller Slawen, gerichteten Politik selbst ernten will. Nach den Berichten von Pourtalès und Hintze³⁾ hatte das Vorgehen Oesterreichs besonders die Erregung der Panslawisten hervorgerufen, deren slawisch-nationalistischer Gedanke von Hass gegen das Germanentum nicht zu trennen war.⁴⁾ Sie waren es auch, die als erste die Schlagworte „von der Notwendigkeit einer Zurückdrängung des germanischen Einflusses auf dem Balkan“ ertönen liessen und forderten,⁵⁾ Russland solle sich für den „grossen Kampf zwischen Slawen- und Germanentum“, mit allen Mitteln für eine nahe bevorstehende Zeit vorbereiten. Sie⁶⁾ feierten den Siege der Bulgaren über die Türken (1913) „als Siege des slawischen Gedankens über den germanischen“. Nach den Meinungen von

1) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXV, S. 333.

2) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXVI, S. 126.

3) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXV, S. 353.

4) Die gr. Politik d. europ. Kabinette. Bd. XXVI, S. 857.

5) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXXIV, S. 570.

6) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXVII, S. 574.

Brockdoff-Rantzau¹⁾ waren nicht nur die Panslawisten, sondern auch die offizielle russische Politik eifrig bemüht, „eine nationale Barriere“ gegen das Vordringen fremder Herrschaft aufzurichten. Diesem Zwecke sollte nach der Ansicht von Pourtalès,²⁾ der slawische Balkanbund dienen, der berufen war, der allslawischen Sache wichtige Dienste zu leisten: er sollte „einen Wall gegen den germanischen Drang“ nach Osten bilden.

Dass es sich auf der Balkanhalbinsel um einen Rassegegensatz handelte, war auch die Meinung von Wangenheim's,³⁾ denn er betrachtet die Balkankriege (1912/13) nicht nur als einen Kampf zwischen Kreuz und Halbmond, sondern als ein Ringen des Slawentums mit dem Germanentum. Schliesslich scheinen auch Jagow und Marschall die Politik der Russen auf dem Balkan unter diesem Gesichtspunkte betrachtet zu haben. Der erstere⁴⁾ sagt, es sei nach dem Zusammenbruch der Türkei und der daraus vollständig veränderten Situation im Südosten Europas eine wesentliche Aufgabe Deutschlands und Oesterreichs, dem „Vordringen der slawischen Flut“ und des russischen Einflusses entgegenzuarbeiten, der letztere⁵⁾ glaubt, in der Erfüllung des russischen Wunsches, nämlich die Besitzergreifung Konstantinopels, „einen glänzenden, berausenden Erfolg für das Slawentum und den denkbar schwersten Schlag für das Deutschtum“ zu erblicken.

Trotz des Ringens dieser beiden ist Bethmann-Hollweg⁶⁾ überzeugt, dass die Rassegegensätze allein zu keinem Kriege zwischen Deutschland und Russland führen werden. Der Rassegegensatz wäre vielleicht gar nicht so stark gewesen, wenn dahinter nicht die Meerengenfrage gesteckt hätte.

3. Die Meerengen.

Die Meerengenfrage bildete aber nach Meinung der deutschen Diplomaten das schwerste und gefährlichste Problem der russischen Orientpolitik, sie war der „Brennpunkt“, das „letzte Ziel“ der ganzen russischen Politik im Nahen Orient.

Münster und Eulenburg⁷⁾ sehen als letztes Ziel der russischen Politik die freie Durchfahrt durch die türkische Meerengen, Pourtalès,⁸⁾ die Besitzergreifung der Meerengen, Hintze,⁹⁾ die Beherrschung des Bosphorus und der Dardanellen.

1) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXVII, S. 164.

2) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXVI, S. 857.

3) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXXIII, S. 322.

4) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXXIV, S. 549.

5) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXX, S. 226.

6) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXXIV, S. 657.

7) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. IX, S. 168 und Bd. XII,

S. 57.

8) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXXVIII, S. 133.

9) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXVI, S. 567.

Die deutschen Diplomaten, wie Caprivi, Münster, Eulenburg, sind der Meinung,¹⁾ die Lösung der Meerengenfrage wäre vielleicht gar nicht so schwierig, wenn es sich für Russland wirklich nur darum gehandelt hätte, seinen Kriegsschiffen freie Bewegung zu verschaffen. Dem konnte durch eine Schleifung aller Meerengenforts und freie Passage für die Kriegsschiffe aller Nationen genügt werden. Russland aber verlangte mehr, es wollte die freie Durchfahrt nur russischen Kriegsschiffen zugestanden sehen und diesen Vorteil allein geniessen. Radolin und Eulenburg²⁾ berichten, die Russen wünschten das Schwarze Meer absolut für sich und betonten immer wieder, sie könnten dort eine Bedrohung durch fremde Flotten nicht dulden.

Auch Münster und Marschall³⁾ bestätigen dies. Die Russen wünschten das Schwarze Meer zu einem „mare liberum“ für sich, zu einem „mare clausum“ für die Flotte aller andern Grossmächte zu machen. Dies aber sollte Russland nicht gewährt werden.

4. Armenien.

In seinem Streben nach Beherrschung der Meerengen, suchte Russland nach Meinung der deutschen Diplomaten nicht nur auf dem Balkan, sondern auch in Armenien Fuss zu fassen, da es Armenien als den Schlüssel betrachtete, der ihm dereinst die Meerengen öffnen soll. Pourtalès und Wangenheim sprachen sich dahin aus,⁴⁾ die einzige, den russischen Interessen entsprechende Lösung der Meerengenfrage sei das Vordringen Russlands am Südufer des Schwarzen Meeres bis zum Bosphorus und auf diese Weise die Umbildung des Schwarzen Meeres zu einem Binnenmeere, worüber es sich nur mit den andern Uferstaaten, Rumänien und Bulgarien, zu verständigen brauche. Die dereinstige Regelung der Meerengenfrage schien Pourtalès, in grossen Linien, das der russischen Politik vorschwebende Ziel zu sein. Um diesem Ziele näher zu kommen, suchte Russland die Armenier für sich zu gewinnen. Diese⁵⁾ über ganz Nordpersien und Kleinasien verbreiteten Armenier waren für Russland von grossem Werte, weil sie aus religiösen und ethnographischen Gründen in einem natürlichen Gegensatz zu ihrem mohammedanischen Herrn standen, und so bei der dereinstigen Liquidierung der asiatischen Türkei Russland behilflich sein konnten. Es suchte⁶⁾ daher, nach Meinung von Pourtalès und Wangenheim, die armenische Frage ungelöst zu lassen, weil es

¹⁾ Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. IX, S. 135 und Bd. XII, S. 85.

²⁾ Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XVIII, S. 522 und Bd. XIII, S. 286.

³⁾ Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XII, S. 85 und Bd. XXII, S. 90.

⁴⁾ Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXXVIII, S. 81, 82 und 74.

⁵⁾ Die gr. Politik der europ. Kabinette. XXXVIII, S. 11.

⁶⁾ Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXXVIII, S. 74 und 81.

mit Hilfe derselben den Weg nach Konstantinopel offen halten wollte.

Die deutschen Diplomaten sind der Meinung, der Weg nach den Meerengen durch Armenien sei für Russland sehr langwierig, viel verführerischer muss ihm der dritte Weg, der durch die Türkei, erscheinen.

5. Die Türkei.

Die deutschen Diplomaten sind der Ansicht, dass die russische Meerengenpolitik türkenfeindlich sein musste, weil die Türkei bekannterweise Russland den Weg ins Mittelmeer versperrte. Beruhte aber das Streben Russlands, die Türkei zu zertrümmern, ausschliesslich auf diesem einzigen Grund? Spielten vielleicht noch andere Gründe, wie z. B. historische Erbansprüche mit? Das heisst, betrachtete sich das Zarenreich als Nachfolger des Oströmischen Kaisers und strebte es deshalb danach, das Erbe des alten Byzanz anzutreten? Die deutschen Diplomaten, wie Marschall,¹⁾ Metternich²⁾ und Mutius,³⁾ sprechen davon, Russland betrachte sich als Haupterben der Türkei, ohne den Grund dafür anzugeben. Viel deutlicher äussert sich darüber Lichnowsky.⁴⁾ In seinen Memoiren schreibt er, in der Geschichte Russlands, dessen Kultur und Religion aus Byzanz stamme, herrsche eine begründete Tradition, die den Zaren als Nachfolger Ostroms erscheinen liess. Ein Symbol dafür war edr byzantische Doppeladler im russischen Wappen.

War das Streben die Türkei zu zertrümmern nach Meinung der Diplomaten aus rein religiösen Motiven bedingt? Die deutschen Diplomaten glauben, das Kreuzzugsmotiv habe eine wichtige Rolle in der russischen Geschichte gespielt. Nach Bismarck⁵⁾ war dieses Motiv nur bei den volkstümlichen Panslawisten vorhanden. Alvensleben⁶⁾ meint (1903), der Kreuzzugsgedanke habe nur in streng orthodoxen Kreisen geherrscht. Dagegen sieht Bülow⁷⁾ das Streben, die Hagia Sophia aus den Händen der Ungläubigen zu befreien, auch in der russischen Politik von wichtiger Bedeutung. Diese Meinung teilte Wangenheim.⁸⁾ Auch er glaubt, keine russische Politik werde auf die Dauer von jenem halbreligiös empfundenen Ziele loskommen können. Wenn auch einige Minister sich gegen dieses sträubten, so lebte es doch in der russischen öffentlichen Meinung, bei den Diplomaten, bei Konsulen und bei Agenten aller Art fort. Schliesslich sagt auch Jagow⁹⁾ in seinen Memoiren, der Traum

1) Die gr. Politik der europäischen Kabinette. Bd. XIV, S. 487.

2) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXVII, S. 582.

3) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXXVI, S. 513.

4) Lichnowsky, Auf dem Wege zum Abgrund. Bd. I, S. 56.

5) Hoffmann, „Fürst Bismarck“, Bd. II, S. 71.

6) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XVIII, S. 291.

7) Jagow, Ursachen und Ausbruch des Weltkrieges, S. 16.

8) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXXVIII, S. 123.

9) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XVII, S. 571.

der Herrschaft über Byzanz habe im russischen Volke stets fortgelebt und es immer wieder zu neuen Kämpfen und Opfern zu begeistern vermocht. Wangenheim¹⁾ zweifelt daher nicht, dass ebensowenig, wie die katholische Kirche auf ihrem Welt-herrschaftsanspruch verzichte, die russische Politik vom Traume loskommen werde, das Kreuz auf der Hagia Sophia neu zu errichten. Er und Pourtalès (1913) sind überzeugt, das Streben Russlands, Konstantinopel zu erobern, werde solange das Ziel der russischen Politik bilden, als der Halbmond in Konstantinopel herrschen werde.

Wir wollen nun, nachdem wir die Ziele der russischen Politik im Nahen Orient nach Meinung der deutschen Diplomaten kennengelernt haben, zur Behandlung der Politik selbst übergehen, und beginnen dabei mit der russischen Balkanpolitik.

6. Die russische Balkanpolitik.

1890—1905.

Wie beurteilten die deutschen Diplomaten die russische Balkanpolitik in der Zeit von 1890—1905, wo bekanntlich der Schwerpunkt der russischen Politik nach Ostasien verlegt und auf dem Balkan die Politik des Status quo proklamiert war? Schenkten sie dieser neu verkündeten Politik Glauben? Die deutschen Diplomaten zweifeln nicht, an dem Wunsche Russlands, den Status quo zu erhalten und an seiner²⁾ Abneigung gegen alle „Abenteuer und Experimente“. So sagt Hohenlohe,³⁾ Russland wünsche die Wahrung des Friedens, Holstein,⁴⁾ es sei bemüht, der „Störung des Friedens“ vorzubeugen und strebe danach,⁵⁾ einen „Balkanbrand zu verhindern“ und „Konflikte“ zu vermeiden. Dieser Meinung waren auch Radolin und Marschall. Der erste hebt hervor,⁶⁾ die russische Politik wolle aufrichtig den Ausbruch von Unruhen verhindern, der zweite betont immer wieder,⁷⁾ Russland habe ein tiefgehendes Bedürfnis „ernste Komplikationen“ zu vermeiden und sei bemüht,⁸⁾ den „Ausbruch von Feindseligkeiten“ auf der Balkanhalbinsel zu verhindern, die „Begehrlichkeit der unzufriedenen Balkanvölker niederzuhalten“ und⁹⁾ das „Bestehende“ auf der Balkanhalbinsel zu erhalten. Ähnlich äussern sich auch Hatz-

¹⁾ Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXXVIII, S. 123.

²⁾ Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. X, S. 257.

³⁾ Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XII, S. 161.

⁴⁾ Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XVIII, S. 753.

⁵⁾ Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XII, S. 182 und 109.

⁶⁾ Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XII, S. 537.

⁷⁾ Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XIV, S. 486.

⁸⁾ Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XII, S. 132.

⁹⁾ Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XVIII, S. 191.

feld, Bülow und Alvensleben. So glaubt z. B. Hatzfeld,¹⁾ Russland habe nicht die Absicht, den Ausbruch der orientalischen Frage herbeizuführen, Bülow,²⁾ Russland sei die Aufrollung der Orientfrage unerwünscht, da es keine Komplikationen im Nahen Orient wünsche. Schliesslich lesen wir auch bei Alvensleben,³⁾ (1903), Russland sei zurzeit ganz unverkennbar bestrebt, Verwicklungen möglichst aus dem Wege zu gehen, und wünsche, dass die orientalische Frage vorläufig „partie remise“ bleibe. Ein Zeichen dafür sieht Alvensleben⁴⁾ in der Verkündung Russlands, die Bulgaren ihrem Schicksale zu überlassen, falls sie versuchen sollten, eine gewaltsame Lösung der Dinge in Mazedonien herbeizuführen, und in den verletzenden Worten, mit denen der „traditionelle Schutzherr der slawischen Brüder“ das hilfesuchende Bulgarien in seiner Stellung als halbsouveränen, vom türkischen Grossherrn abhängigen Staat zurückweist. Ein anderes Zeichen dafür sieht Marschall⁵⁾ in der direkten Aufforderung, die Russland an den Sultan richtete, seine Machtmittel gegen revolutionäre Umtriebe christlicher Nationen anzuwenden. Der Wille der russischen Regierung, Ruhe auf dem Balkan zu schaffen, trat nach Meinung von Wedel⁶⁾ und Mühlberg⁷⁾ auch dadurch zutage, dass Lamsdorff ohne Anregung durch Wien, aus eigenem Antriebe einen Besuch dort abstattete (1902). Schliesslich diene auch die russisch-österreichische Vereinbarung den Diplomaten zum Beweis, dass Russland in nächster Zukunft Ruhe wünsche. Holstein sagt direkt,⁸⁾ das russisch-österreichische Abkommen habe die hohe Wahrscheinlichkeit, Russland bedürfe während der nächsten Jahre Ruhe in Europa. Dies war auch die Meinung von Marschall.⁹⁾ Wenn er auch nicht glaubt, dass diese Vereinbarung imstande sein würde, die orientalische Frage für immer von der politischen Tagesordnung verschwinden zu lassen, so sieht er doch in ihr, trotz ihres provisorischen Charakters, ein Moment, das für die Erhaltung des europäischen Friedens in der nächsten Zukunft nicht ohne Wert sein wird. Er zweifelt nicht¹⁰⁾ an der unbedingten Uebereinstimmung der beiden Mächte, irgendeine Störung der Ruhe und Ordnung seitens der Balkanstaaten nicht zu dulden. Auch Eulenburg ist der Meinung,¹¹⁾ das ernste Bestreben Russlands und Oesterreichs, die Ruhe auf dem Balkan nicht zu stören, sei eine grosse Garantie für die Lokalisierung der

1) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XII, S. 169.

2) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XVIII, S. 325.

3) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XVIII, S. 291.

4) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XVIII, S. 320.

5) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XVIII, S. 141.

6) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XVIII, S. 256.

7) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XVIII, S. 220.

8) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XII, S. 303.

9) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XII, S. 298.

10) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XVIII, S. 266.

11) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XVIII, S. 92.

Ereignisse. Schliesslich meint auch Wangenheim¹⁾ (1903), Russland sei im Verein mit Oesterreich nach wie vor bemüht, die bezüglich Mazedoniens bestehenden Schwierigkeiten auf friedlichem Wege zu lösen und dadurch den Status quo aufrecht zu erhalten. Dieses Streben²⁾ sieht er unter anderem auch in der Geneigtheit beider Mächte, die geringfügigen türkischen Erfolge in Mazedonien anzuerkennen und ihre auf Erhaltung des Weltfriedens gerichteten Bestrebungen in den Vordergrund zu rücken.

Auch Richthofen³⁾ sieht in den massvollen russischen Reformvorschlägen, die in dem russisch-österreichischen Programm 1903 durchgeführt worden sind, einen neuen Beweis für die russische Friedenspolitik. Einen anderen Beweis dafür erblickt Marschall⁴⁾ im Bemühen Russlands, zusammen mit Oesterreich den Status quo auch in Rumänien aufrechtzuerhalten und jeder Konflagration dort entgegenzuwirken. Schliesslich trat das Streben Russlands nach Ruhe nach Meinung von Wedel⁵⁾ auch darin zutage, dass es zusammen mit Oesterreich den Sultan zu einem durchgreifenden Vorgehen gegen die aufrührerischen Albanesen zu bewegen suchte. Auch Richthofen und Mühlberg bestätigen dies (1903). Der eine sagt,⁶⁾ Russland suche die Türkei zur Anwendung der äussersten Mittel gegen die aufrührerischen Albanesen zu bewegen, der andere, die russische Regierung dränge⁷⁾ auf eine gewaltsame Niederwerfung des albanischen Widerstandes. Beide sind überzeugt, dass trotz dem Streben Russlands, den Widerstand der Albanesen gewaltsam niederzuwerfen, es ebenso wie Oesterreich auf die Erhaltung des europäischen Friedens hinziele. Richthofen sagt,⁸⁾ die russische Politik habe schon durch die diplomatische Kampagne, welche sie wegen Mazedonien im Winter 1903 führte, gegenwärtig zweifellos ihr Bestreben nach einem europäischen Frieden bewiesen. Wir sehen, dass die deutschen Diplomaten der Meinung waren, dass Russland Ruhe auf dem Balkan wollte. Glaubten sie aber, die russische Politik habe wirklich auf ihre historische Mission, die christlichen Slawen vom türkischen Joche zu befreien, verzichtet? Marschall⁹⁾ glaubt nicht, die russische Orientpolitik sei, wenn sie durch den Wunsch beherrscht wird, ernste Komplikationen zu vermeiden, plötzlich konservativ geworden, in dem Sinne, dass sie einen Zustand ehrlich anerkennen werde, der Millionen von orthodoxen Christen der türkischen Herrschaft unterstellen wird. Seiner

1) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XVIII, S. 316.

2) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XVIII, S. 289.

3) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XVIII, S. 352.

4) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XVIII, S. 255.

5) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XVIII, S. 257.

6) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XVIII, S. 250.

7) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XVIII, S. 278.

8) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XVII, S. 352.

9) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XV, S. 156.

Meinung nach hat das heilige Russland seine traditionelle Politik „temporum ratione habita“ zurückgestellt, nicht aber aufgegeben. Dies war auch die Meinung Richthofens.¹⁾ Auch er glaubt, Russland könne unter Umständen die von der Türkei beherrschten christlichen Stämme nur „zeitweilig“ zur Ruhe und Geduld ermahnen. Schliesslich glaubten die Diplomaten, dass auch die Panslawisten, die wir später bei der Betrachtung der politischen Faktoren genauer kennenlernen werden, auf ihre Ziele nicht verzichtet haben.²⁾ Sie streben wie früher nach Befreiung der Christen vom türkischen Joch, nach Herstellung eines einheitlichen slawischen Staates unter dem Protektorate des Zaren. Marschall³⁾ ist der Meinung, dieses russische Orientprogramm sei zuerst von den Panslawisten und nicht vom offiziellen Russland aufgestellt worden, denn seiner Meinung nach hatte sich die russische Orientpolitik nicht aus der Erkenntnis leitender Staatsmänner herausgebildet, sondern aus den religiösen und nationalen Instinkten weiter Volkskreise.

Arbeitete aber die russische Politik nach Meinung der Diplomaten in der Zeit, wo sie Ruhe haben wollte, tatsächlich nicht auf die Verwirklichung ihres Zieles hin? Reichenau und Pückler bestreiten dies. Sie glauben vielmehr, Russland⁴⁾ treibe „Minierarbeit“ in Serbien, und lasse⁵⁾ „das Feuer unter der Asche“ auf dem Balkan glimmen. Auch Marschall⁶⁾ ist der Ansicht, Russland sei trotz der Verkündung des Status quo unablässig an der Arbeit, seine letzten Ziele zu fördern. Wenn auch die russische Regierung offizielle Zurückhaltung übe, überliess sie⁷⁾ es vorläufig ihren „mächtigen Konkurrenten“, den Panslawisten, auf dem Wege der politisch-religiösen Kleinarbeit die gemeinsamen Ziele allmählich zu fördern. Die deutschen Diplomaten stellen aber fest, dass die nichtamtliche Politik nicht immer ein Werkzeug der amtlichen sein wolle, sie gehe oft ihre eigenen Wege und könne der amtlichen Politik gefährlich werden. Marschall und Bülow sind der Meinung, der Unterschied zwischen der amtlichen und nichtamtlichen Politik sei kein prinzipieller, sondern nur ein gradueller, der in der Aktivität⁸⁾ ihres Auftretens zutage trete. Während die offizielle Politik ihrer Ansicht nach die Gefahr erkannte, welche ein gewaltsamer Ausbruch von Feindseligkeiten auf der Balkanhalbinsel für den Weltfrieden heraufbeschwören würde und jede Bewegung durch Drohung Einhalt zu gebieten suchte,

1) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XVII, S. 61.

2) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XVII, S. 118.

3) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XVIII, S. 118.

4) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XVIII, S. 97.

5) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XVIII, S. 49.

6) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XVIII, S. 157.

7) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XVIII, S. 120.

8) Die gr. Politik der europ. Kabinetts. Bd. XXII, S. 183.

arbeiteten die Panslawisten unbekümmert um alles übrige auf die Verwirklichung ihres Zieles hin. Die amtliche Politik, sagt Bülow,¹⁾ bedrohte den Fürsten, wenn er vorging, die nicht-amtliche, wenn er sich ruhig verhielt.²⁾ Die erste war seiner Meinung nach konservativ, die zweite revolutionär. Diesen Unterschied macht auch Holstein.³⁾ Während die amtliche Politik Ruhe wünschte, dachte die nichtamtliche anders. Noch schärfer macht Mühlberg⁴⁾ den Unterschied. Er sagt, dass beide entgegengesetzte Ziele verfolgten und sich daher entgegengewirkten.

Diese „Doppelströmung“ in der russischen Politik machte sich nach Meinung von Marschall⁵⁾ schon während des griechisch-türkischen Krieges 1897 deutlich bemerkbar. Die offizielle Regierung hat, ihrem Streben getreu, die Ruhe auf dem Balkan zu wahren, gegen das friedienstörende Griechenland Front gemacht und den griechisch-türkischen Krieg zugelassen. Die nichtamtliche Politik hat nachträglich Remedur geschaffen und die amtliche Politik in ihre Bahnen gelenkt. Sie hat dem Zaren das Telegramm diktiert, welches den siegreichen Türken in der letzten entscheidenden Schlacht Halt gebot, sie hat schliesslich die amtliche Politik gezwungen, das Kampfobjekt den besiegten Griechen zu überantworten, und ihnen reiche Belohnung dafür gewährt, dass sie die Ermahnungen und Warnungen des amtlichen Russland konsequent missachteten und in den Wind schlugen. Bei Marschall rief diese Schwenkung der amtlichen Politik im Jahre 1898 die Frage hervor, ob die amtliche Politik, welche letzten Endes in Kreta mit den Panslawisten einig ging, auf der Höhe ihrer Versicherungen stehe, keine Veränderung auf dem Balkan zuzulassen. Ähnlich, wenn auch nicht ganz in dieser Weise, schien den deutschen Diplomaten die Situation Ende September 1902 zu sein. In dem Augenblick, sagt Marschall,⁶⁾ als ein russischer Grossfürst mit einer Friedens- und Freundschaftsmission des Zaren an den Sultan betraut war, fand eine grossartige Feier zur Erinnerung an die 25 Jahre vorher gegen die Türkei geführten Kämpfe statt, wo der panslawistische General Ignatiew, der Held von San-Stefano, heftige türkenfeindliche Reden vom Balkon der russischen Agentur in Sofia herab gehalten hat. Und der russische Kriegsminister, der dort mit 50 Generälen, die alle mehr oder minder grossbulgarische Ideen entwickelt hatten, anwesend war, soll nach dem Bericht von Mühlberg⁷⁾ zu dem ihm attachierten bulgarischen Stabsoffizier gesagt haben, sie würden San-Stefano

1) Die gr. Politik der europ. Kabinette, Bd. XIX, S. 152.

2) Die gr. Politik der europ. Kabinette, Bd. XIX, S. 143 und 152.

3) Die gr. Politik der europ. Kabinette, Bd. XVIII, S. 440.

4) Die gr. Politik der europ. Kabinette, Bd. XVIII, S. 327.

5) Die gr. Politik der europ. Kabinette, Bd. XII, S. 546.

6) Die gr. Politik der europ. Kabinette, Bd. XVIII, S. 206.

7) Die gr. Politik der europ. Kabinette, Bd. XVIII, S. 326.

schon verwirklichen. Wenn es bei der Schipkafeier auch nicht zur Einlenkung der amtlichen Politik in die panslawistischen Bahnen kam, wie bei der Kreta-Episode, so zweifelt Holstein¹⁾ doch, ob die Schipkafeier ganz ohne Zutun der amtlichen Regierung geschah, denn das Auftreten Ignatiews beweist, dass die russische Regierung entweder nicht den Willen hatte oder sich nicht die Macht zutraute, ihre eigenen Ansichten der nicht-amtlichen russischen Politik aufzuzwingen. Im Gegensatz dazu glaubt Mühlberg,²⁾ die Schipkafeier, die Reden Ignatiews, die Tätigkeit der russischen Hetzagenten seien Erscheinungen, die mit der amtlichen russischen Politik nichts zu tun haben. Viel tiefer in den Grund der Dinge scheint Marschall geschaut zu haben.³⁾ Weder glaubt er, die Schipkafeier sei nur eine Erscheinung von nichtamtlicher Politik, noch habe die nicht-amtliche die offizielle mit sich fortgerissen, wie bei der Kretafrage. Er meint vielmehr, dass so unversöhnlich das Auftreten der amtlichen und nichtamtlichen Politik auch sei, im weiteren Begriff der russischen Orientpolitik sie beide Raum und Deckung finden. Er glaubt, eine russische Politik, die sich darin erschöpft, in Sofia und Belgrad zur Ruhe zu mahnen, müsste sich schliesslich in der ganzen Welt diskreditieren. Um dies zu vermeiden, um den Glauben der christlichen Balkanvölker, das „heilige Russland“ sei noch revolutionär, aufrechtzuerhalten, musste die russische Politik die Schipkafeier stattfinden lassen. Von Russlands eifersüchtigem Warten gegen die Beeinträchtigung seiner Stellung als führende Macht bei den Balkanvölkern berichtet auch Tschirsky,⁴⁾ der dies im Verhalten Russlands zum Vorschlag der Engländer und Italiener, die Türkei aufzufordern, Massnahmen für den Schutz der mazedonischen Christen zu treffen, erblickte. Russland hat ihn zuerst abgelehnt und die Schritte später allein unternommen. Im Schlepptau dieser Mächte auf dem Balkan zu erscheinen, war seiner Meinung nach für Russland nicht annehmbar, denn dadurch strebte es danach, sein Prestige als allgemeiner Beschützer der christlichen Balkanvölker und der Orthodoxie aufzufrischen und den Slawen zu zeigen, dass es die führende Rolle bei der Regelung und Ausgestaltung der dortigen Verhältnisse nach wie vor durchzuführen gedenke.

Aus diesem Streben Russlands, das alte Prestige aufrechtzuerhalten und aus seinem Bemühen mit der „Tradition“ nicht zu brechen, war nach der Meinung von Reichenau, Wangenheim und Marschall, die russische Politik gegenüber Bulgarien zu verstehen: die einerseits Bulgarien ernst zur Ruhe mahnte, an-

1) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XVIII, S. 440.

2) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XVIII, S. 206.

3) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XVIII, S. 327.

4) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XII, S. 542.

derseits diese Drohungen durch Herrn Bachmetiew aussprechen liess, dessen „Person an sich ein Programm bedeute“, welches demjenigen der amtlichen Politik widerstrebte. Reichenau glaubt,¹⁾ dieses dürfe weder verwundern, noch unklug erscheinen mit Rücksicht auf den „politischen Eiertanz“, zu dem Russland in Bulgarien gezwungen sei, um seine augenblickliche Macht über Bulgarien nicht zu gefährden. Die deutschen Diplomaten glauben, es liege kein Grund vor, zu bezweifeln, Bachmetiew vertrete die Befehle von Petersburg. Wangenheim²⁾ glaubt aber, dass diese Drohungen doch nur so durch das Sprachrohr Bachmetiews klingen, als ob Russland sagen wollte, „ihr seid ungezogene Kinder, aber Väterchen wird euch nicht im Stiche lassen“. Auch Reichenau³⁾ hatte diesen Eindruck. Er glaubt ebenfalls, die Vorstellungen des Herrn Bachmetiews bei der bulgarischen Regierung seien mehr im Tone freundschaftlich-väterlichen Zuspruchs, als demjenigen des „kategorischen Imperativs“ gehalten worden. Statt aber⁴⁾ die Illusion der Bulgaren, es werde ihnen gelingen, Russland ins Schlepptau zu ziehen, zu zerstören, riet Bachmetiew auch nach der Meinung von Marschall dort zur Geduld und befestigte auf diese Weise die Ueberzeugung, Russland sympathisiere im Grunde genommen mit ihnen und sei nur vorübergehend an der Unterstützung derselben gehindert. Auch Wangenheim ist der Meinung,⁵⁾ Russland wolle diese Hoffnung der Bulgaren nicht ernstlich zerstören, denn die Anwesenheit Bachmetiews in Sofia genüge, um innerhalb und ausserhalb Bulgariens den Eindruck zu erwecken, Russland begünstige das irredentistische Vorgehen Bulgariens. Schliesslich glaubt auch Mühlberg,⁶⁾ Bachmetiew brauche nur in Sofia zu verbleiben und sich ruhig zu verhalten, um die Kriegspartei dort zu ermutigen, den dieser genüge die fortdauernde amtliche Anwesenheit dieses russischen Vertreters als Beweis, Russland wünsche die Fortdauer der mazedonischen Bewegung. Nach der Ueberzeugung Mühlbergs⁷⁾ konnte von einer Beseitigung der slawischen Bewegung keine Rede sein, solange Bachmetiew in Sofia weiter arbeite. Die Bulgaren liessen sich in den kritischen Tagen (1903), wo die Ereignisse in Mazedonien ihren Kulminationspunkt erreichten, nicht zum Kriege fortreissen, was Alvensleben⁸⁾ als „eklatanter Beweis“ für die mächtige Wirkung des russischen Wortes in Sofia erschien.

1) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XII, S. 516.

2) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XVIII, S. 312.

3) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XII, S. 516.

4) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XVIII, S. 344.

5) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XVIII, S. 277.

6) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XVIII, S. 275.

7) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XVIII, S. 275.

8) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XVIII, S. 323.

Marschall¹⁾ sieht in diesem Vorgehen der russischen Politik und in ihrem Bemühen, das Feuer unter der Asche zwar glimmen, aber nicht zur Flamme aufsteigen zu lassen, um dadurch eine Gelegenheit zur Einflussnahme zu haben, einen wesentlichen Grund dafür, dass der Balkan nicht zur Ruhe kommen konnte. Erst der ostasiatische Krieg, der bei den christlichen Balkanvölkern den Glauben an die russische Macht zerstört hat, ist ein wirksamer Faktor für Ruhe und Ordnung geworden. Dieser Meinung war auch Bülow.²⁾ Auch er sieht im japanischen Kriege einen Faktor, der Beruhigung auf der Balkanhalbinsel bringen wird. Denn in dem Augenblick, wo der japanische Krieg die Hauptkraft des Slawentums in Anspruch nahm, hat nicht nur die amtliche, sondern auch die nichtamtliche Politik den Ausbruch von Balkankonflikten perhorresziert. Für diese Zeit wollte ganz Russland Ruhe auf dem Balkan haben. Im Mai 1904 kann Marschall³⁾ feststellen, dass die Russen „Vollständige Passivität“ auf dem Balkan üben, Sinowiew „apathisch“ sei, „die Zügel“ schleifen lasse und die Führung in der Reformfrage vollständig Oesterreich überlasse. Er glaubt aber (Nov. 1904),⁴⁾ dass wenn Russland von Japan besiegt und damit vom Gelben Meer vertrieben wird, das mechanische Schwergewicht des ungeheueren russischen Reiches sich wieder dem Nahen Orient zuwenden werde.

7. Die russische Meerengenpolitik.

1890 — 1905.

Der Weg nach dem Mittelmeer war Russland durch drei internationale Verträge versperrt. Der erste, der Londoner von 1841, versagte allen nicht türkischen Kriegsschiffen die Durchfahrt durch die Dardanellen und den Bosphorus; die Staatsgewalt der Pforte über die Meerengen wurde ausdrücklich anerkannt. Der Vertrag von Paris 1856 erhielt die Londoner Abmachungen aufrecht, während er die Haltung einer russischen Kriegsflotte im Schwarzen Meer verbot. Dieses Verbot hob dann der dritte, der Londoner Vertrag von 1871 auf, der auch dem Sultan das Recht anerkannte, in Friedenszeit die Durchfahrt fremder Kriegsschiffe zu gestatten. Auf Grund dieses Vertrages schloss auch der Sultan im Jahre 1891 ein Abkommen mit Russland, welches dem Zarenreiche das Recht der freien Passage der sogenannten „freiwilligen Flotte“ durch die Dardanellen einräumte.

Konnte sich Russland nach Meinung der deutschen Diplomaten mit dieser Sachlage auf die Dauer zufriedenstellen?

1) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXII, S. 183.

2) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XIX, S. 144.

3) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXII, S. 145 und 153.

4) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXII, S. 187.

Münster¹⁾ bezweifelt es; er glaubt, ein so mächtiger Staat wie Russland könnte es sich auf die Länge nicht gefallen lassen, seine Kriegsflotte im Schwarzen Meer eingeschlossen zu sehen. Dieses war auch die Meinung von Lichnowsky,²⁾ wenn er sagt, Russland müsse seiner Flotte einen Zugang zum Weltmeer verschaffen. Ausser den militärischen, veranlassten Russland nach der Meinung von Lichnowsky noch wirtschaftliche Gründe, eine Aenderung in der Meerengenfrage herbeizuführen, da der ganze Handel des Schwarzen Meerbeckens in Frage stand. Der Historiker Hintze³⁾ ist der Meinung, dass das wirtschaftliche Motiv besonders ausschlaggebend sei, da die Getreideausfuhr Russlands, die einen Wert von Milliarden Rubeln darstelle und für die Erhaltung des Gleichgewichts im russischen Staatshaushalt von entscheidender Bedeutung sei, zu zwei Drittel durch die Dardanellen gehe und eine Schliessung dieser Strasse, wie sie bei jedem Balkankriege eintreten könne, die verhängnisvollen Folgen für die russische Volks- und Staatswirtschaft haben müsse. Auch die Kaiserin Friedrich ist der Meinung,⁴⁾ Russland müsse das Recht auf einen Ausgang für seinen Handel haben, welches ihm niemand verwehren könne. Bismarck⁵⁾ und die Kaiserin Friedrich waren der Meinung, dass, wenn Russland im Mittelmeer befriedigt werde, es sich mit aller Kraft nach Asien werfen und Europa nicht beunruhigen werde. Bismarck glaubt (1891), Russland werde befriedigt sein, wenn es die Haustür des Schwarzen Meeres schliessen und die Schlüssel in Verwahrung bekommen werde. Dagegen glaubt die Kaiserin Friedrich, der Bosphorus allein könne Russland nicht befriedigen, es müsse auch die Dardanellen bekommen. Auch die andern deutschen Diplomaten sind bereit, Russland den Bosphorus und die Dardanellen auszuliefern. So spricht z. B. Bülow⁶⁾ von der Ueberzeugung der Russen, Deutschland sei Russland weder im Schwarzen Meer noch in den Meerengen bisher in den Weg getreten, noch beabsichtige es dies zu tun. Auch Metternich sagt,⁷⁾ den Russen sei bekannt, Deutschland habe schon längst auf die Meerengen ein Kreuz gemacht. Schliesslich hebt auch Marschall⁸⁾ immer wieder hervor, eine russische Besetzung der Meerengen widerspreche den deutschen Interessen nicht, da die Dardanellen für Deutschland von untergeordnetem Interesse seien. Hohenlohe⁹⁾ teilt diese Meinung, er sagt, Deutschland könne mit Ruhe die Besetzung der Meerengen

1) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XII, S. 85.

2) Lichnowsky, Auf dem Wege zum Abgrund. Bd. II, S. 297.

3) O. Hintze, Deutschland und der Weltkrieg. S. 26.

4) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. X, S. 111.

5) Hoffmann, „Fürst Bismarck“. Bd. I, S. 350.

6) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XIV, S. 534.

7) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XVIII, S. 75.

8) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. X, S. 242.

9) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XII, S. 74.

von seiten Russlands ansehen. Marschall¹⁾ ist der Meinung, Russland werde alles Mögliche tun, um einen Krieg zu vermeiden, der seinen Eintritt ins Mittelmeer herbeiführen könnte, er glaubt vielmehr, Russland werde sich den freien Zutritt zum Mittelmeer unter der Modalität zu verschaffen suchen, welche eine tunlichste Berücksichtigung der Interessen anderer benachbarter Staaten impliziere. Marschall scheint dabei an die Befriedigung der Interessen Oesterreichs und der Balkanstaaten, nicht diejenige aber Frankreichs zu denken. Denn im selben Bericht sagt er, das nähere Zusammenrücken der russisch-französischen Interessensphären im Mittelmeer werde Frankreich unbequem und den alten russisch-französischen Antagonismus, wie er bis zum Krimkriege bestand, wieder aufleben lassen. Dieser Meinung war auch Hohenlohe²⁾ (1897), auch er glaubt, die Besetzung der Meerengen durch Russland werde eine neue Gruppierung der Mittelmeermächte zur unmittelbaren Folge haben, dass bei dieser Neubildung Frankreich schwerlich auf der gleichen Seite wie Russland zu bleiben vermöge.

Suchte aber Russland nach Meinung der deutschen Diplomaten schon jetzt die Meerengenfrage ins Rollen zu bringen? Die deutschen Diplomaten verneinen dies. Hohenlohe³⁾ ist der Ansicht (1896), die russische Regierung hege augenblicklich solche Absichten nicht, sondern strebe nach der Erhaltung des Status quo, wie er durch die Verträge geschaffen sei. Dies war auch die Meinung Marschalls.⁴⁾ Auch er hält es (1898) für ausgeschlossen, Russland solle die Dardanellenfrage prinzipiell aufwerfen. Er glaubt vielmehr⁵⁾ (1899), die Meerengenfrage sei vollkommen in den Hintergrund getreten. Auch Holstein⁶⁾ (1901) bestätigt es, indem er sagt, Russland lasse die Erwähnung der Meerengenfrage ruhen. Aus welchen Gründen hatte Russland nach Meinung der deutschen Diplomaten die Meerengenfrage zurückgestellt? Marschall⁷⁾ glaubt (1896), Russland wolle einen Konflikt mit England wegen der Meerengen vermeiden, da es richtig eingesehen habe, dass England, welchem es auf seinem Wege von Skutari bis Korea begegnet, nirgends leichter Verbündete gegen das Zarenreich finden werde, als bei einem Vorstoss gegen die Meerengen. Hohenlohe⁸⁾ glaubt vielmehr, die Zurückhaltung Russlands beruhe lediglich auf Rücksichtnahme gegenüber Frankreich und auf dem Wunsche, sich Frankreich durch die grossen Konflikte mit

1) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XII, S. 47.

2) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XII, S. 74.

3) Die gr. Politik der europ. Kabinette, Bd. XI, S. 43.

4) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XII, S. 49.

5) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XIV, S. 486.

6) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XV, S. 105.

7) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XI, S. 124.

8) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. X, S. 243.

England nicht zu entfernen. Dieser Meinung war auch Bülow.¹⁾ Immer wieder hebt er hervor, Russland habe nur im Hinblick auf seine französischen Beziehungen vor den Meerengen seit einem Vierteljahrhundert haltgemacht, da es genau wisse, dass das Auftauchen der Meerengenfrage zu viel für französische Nerven sein würde. Schliesslich sagt auch Holstein²⁾ (1901), Russland trage in dieser Frage der Stimmung seiner französischen Verbündeten Rechnung und habe aus diesem Grunde die Frage zurückgeschraubt. Auch aus einer späteren Quelle, aus den Memoiren Eckardsteins,³⁾ hören wir, Russland habe die französische Freundschaft nicht aufs Spiel setzen wollen und sei daher vor den Meerengen stehengeblieben. Während Russland die Meerengenfrage ruhen liess, wachte es nach Meinung der deutschen Diplomaten darüber, dass das Tor geschlossen bleibe. So sagt Saurma⁴⁾ (1896), Russland prüfe die Dardanellenbefestigungen auf ihre Widerstandskraft und mache etwaige Verbesserungsvorschläge. Es tritt mit Energie für die Schliessung der Dardanellen ein, zu deren Durchfahrt einzelne Mächte zuweilen in letzter Zeit eine gewisse Lust zeigen. Auch Eulenburg⁵⁾ (1897) ist der Meinung, Russland strebe die Schliessung der Dardanellen an, die der Sultan überwachen sollte. Dies war auch die Meinung Bülows⁶⁾ (1904). Er sagt, je fester sich die Grossmächte, England und Frankreich, zusammenschliessen, je stärker sie einer russischen Besitznahme von Konstantinopel entgegenreten, desto mehr sehe sich Russland gezwungen, im Sultan einen bequemen Türhüter zu suchen.

„Russland brauchte diesen Portier in türkischer Kleidung für die Dardanellen, die unter keinen Umständen geöffnet werden dürfen, da das Schwarze Meer ein russisches „mare clausum“ bleiben muss.“

Eulenburg⁷⁾ sieht in diesem Programm der russischen Politik dasjenige Alexanders II., der einst zum Grafen Nigra gesagt haben soll, Russland werde niemals eine Aenderung der Lage am Bosphorus zugeben, die Türkei halte dort für Russland die Wache, Russland wolle nicht über das Schwarze Meer hinaus, es wolle dieses aber absolut für sich in Anspruch nehmen. Störe jemand den Wächter, so sei Russland augenblicklich zur Stelle, besetze vorübergehend den Eingang und stelle denjenigen Zustand her, der zu seinem grössten Vorteil sei.

¹⁾ Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XII, S. 149, und Bd. XII, S. 521.

²⁾ Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XVII, S. 104.

³⁾ Eckardstein, Lebenserinnerungen. Bd. III, S. 17.

⁴⁾ Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XII, S. 63/64.

⁵⁾ Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XII, S. 286.

⁶⁾ Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XIX, S. 151.

⁷⁾ Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XII, S. 288.

8. Die russische Politik in der Türkei.

1890 — 1905.

Wie verlief nun nach der Auffassung der deutschen Diplomaten die russische Politik in der Türkei in der Zeit, als Russland den Sultan zum Wächter der Dardanellen brauchte? Wollte Russland ihrer Meinung nach die Integrität des türkischen Reiches in dieser Zeit aufrechterhalten? Die deutschen Diplomaten bejahen dies. Pourtalés war der Meinung,¹⁾ das russische Kabinett sei gegenwärtig (1890) bestrebt, alles zu vermeiden, um schwebende Fragen in der Türkei nicht brennend werden. Auch Bülow, Hohenlohe und Marschall waren dieser Meinung. Der erste sagt ²⁾ (1896), die russische Politik betrachte die Vermeidung von Unruhen als ihren Hauptzweck, der zweite,³⁾ Russland sehe sein Staatsinteresse in der möglichen Hinausschiebung der türkischen Katastrophe, endlich weist der dritte⁴⁾ auf die Bemühung der russischen Regierung hin, der türkischen Katastrophe vorzubeugen und den Zusammenbruch des osmanischen Reiches so weit wie möglich hinauszuschieben. Dieses Streben Russlands wird auch von andern deutschen Diplomaten bestätigt. So spricht Eulenburg⁵⁾ vom Willen Russlands, Konflikte in der Türkei zu vermeiden, Holstein,⁶⁾ von seiner Absicht, eine türkische Katastrophe hinauszuschieben. Schliesslich sagt auch Radolin,⁷⁾ die russische Politik wünsche, eine Katastrophe des türkischen Reiches zu verhindern, da für Russland nichts unangenehmer sei, als ein schneller Zusammenbruch der Türkei.

Ein Zeichen dafür, dass Russland alles vermeiden wollte, was der Türkei ernste Gefahren bringen konnte, sieht Saurma⁷⁾ schon während der armenischen Unruhen (1896) zutage treten. Er erkennt es erstens in der Zurückweisung der russischen Regierung, trotz der in Russland durch die Massenmorde von Christen hervorgerufenen Empörung, aller Zumutungen, welche darauf abzielten, gegen den Sultan direkt vorzugehen, zweitens in der Unlust, ihm irgendwelchen Zwang in der Ausübung seiner Regierung aufzuerlegen. Er erblickt es ferner in den Instruktionen der russischen Regierung an ihren Botschafter, den Sultan zu stützen, jeden Anteil an Schritten abzulehnen, welche von seinen Kollegen im Sinne eines unfreundlichen Vorgehens gegen denselben vereinbart werden könnte. Ein anderes Zei-

1) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. IX, S. 196.

2) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XVIII, S. 115.

3) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XII, S. 251.

4) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XIV, S. 243.

5) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XII, S. 10.

6) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XII, S. 53.

7) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XII, S. 236.

8) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. X, S. 128, und Bd. XII,

chen dafür, dass Russland den Sultan schonte, trat nach der Meinung Marschalls (1901)¹⁾ unter anderem in der Zurückstellung der drohenden Sprache des russischen Botschafters in der Frage der Rücknahme der armenischen Flüchtlinge durch die Türkei hervor, ohne dass der Sultan in dieser Angelegenheit die geringste Konzession gemacht hätte; ebenso zeigte sich die Lauheit, mit welcher der Botschafter die Reklamationen wegen der Ermordung des russischen Konsuls in Wan (1901) durch die Kurden betrieben hat, die seltsam abstach gegen die Schärfe, mit der früher weit geringere Vorfälle von russischer Seite behandelt wurden. Schliesslich war diese Rücksichtnahme deutlich²⁾ in der Aufforderung Russlands an den Sultan, seine Machtmittel gegen revolutionäre Umtriebe christlicher Nation anzuwenden, zu beobachten, wie wir dies schon bei der Balkanpolitik genauer erklärt haben. War aber die russische Politik nach Meinung der deutschen Diplomaten wirklich konservativ geworden? Gab sie tatsächlich ihr Ziel, die Zertrümmerung des türkischen Reiches, auf? Marschall³⁾ glaubt, niemand werde sich über die revolutionäre Gesinnung der russischen Politik täuschen, wenn sie auch heute energisch für Erhaltung von Ruhe und Ordnung auf dem europäischen Gebiet der Türkei eintrete, da sie nach wie vor die „allmähliche Zersetzung“, die „Zertrümmerung“ des türkischen Reiches zugunsten einer Neugestaltung als Ziel im Auge habe, deren Plan im einzelnen nicht feststehen mag, deren entscheidendes Merkmal aber darin bestehen werde, dass an Stelle der türkischen Herrschaft diejenige der slawisch-orthodoxen Völkerschaften unter dem Schutze des heiligen Russlands trete. Dies war auch die Meinung von Radolin.⁴⁾ Auch er sagt, Russland habe sein Ziel nicht aufgegeben und wolle die Frucht nicht ernten, bevor sie ihm reif in den Schoss falle.

Unterliess aber Russland nach Meinung der deutschen Diplomaten in der Zeit, als es die Erhaltung des türkischen Reiches wünschte, jede Arbeit auf Verwirklichung seines Zieles? Die deutschen Diplomaten verneinen dies. Marschall⁵⁾ stellte die nur äusserliche Zurückhaltung Russlands fest. Es arbeitete unablässig auf die Verwirklichung seines Zieles hin, um seine selbststüchtigen Zwecke zu fördern, und war eifrig bemüht, die Türkei dem „Verfall“, der „Verelendung“ zuzuführen, um sie⁶⁾ in ein ihre politische Selbständigkeit annullierendes Abhängigkeitsverhältnis zum Zarenreich zu bringen. Dies war auch die

¹⁾ Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XVIII, S. 120.

²⁾ Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XVIII, S. 132.

³⁾ Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XIV, S. 487, und Bd. XVIII, S. 150.

⁴⁾ Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. X, S. 84.

⁵⁾ Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XVIII, S. 157.

⁶⁾ Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XVIII, S. 148.

Meinung Eulenburgs, Saurmas und Metternichs. Der erste¹⁾ bemerkt, Russland habe kein Interesse die Türkei wirklich zu sanieren und fördere die „Versumpfung“ des osmanischen Reiches, der zweite,²⁾ es lasse die dortigen Zustände in „Fäulnis“ übergehen und richte seine traditionelle Politik auf „Schwächung und Zersetzung“ der Türkei, schliesslich führt der dritte an,³⁾ Russland vermeide es, in den Zersetzungsprozess hemmend einzugreifen, um vielmehr demselben freien Lauf zu lassen.

Einen Beweis dafür sieht Saurma,⁴⁾ in dem Streben Russlands den Eingriff fremder Mächte, welche die Wiedergeburt des siechen Staates herbeiführen könnten, zu verhindern, Marschall,⁵⁾ im systematischen Entgegenarbeiten gegen jegliche Versuche das türkische Reich wirtschaftlich und militärisch zu stärken. Der Widerstand Russlands gegen die militärische Stärkung des türkischen Reiches erhellet nach Meinung Marschalls⁶⁾ daraus, dass die russische Regierung seit vielen Jahren dem Sultan zur Abrüstung riet, ihn von der Unnotwendigkeit der Befestigung des Bosphorus, der Verstärkung der Flotte und der Unproduktivität der militärischen Ausgaben überzeugen wollte, und ihn an die alte Kriegsschuld (vom Jahre 1877/78) mahnte, so oft er Gewehr-, Geschütz- und Munitionsbestand seiner Armee ergänzen wollte. Marschall⁷⁾ ist der Ansicht, den Russen würde nichts unbequemer sein, als wenn die Pforte ihnen eines Tages den ganzen Restbetrag der alten Kriegsentschädigung auszahlte. Da man aber in Russland überzeugt sei, der Sultan werde dies aus Mangel an Geld und Lust nicht tun, spiele man gern die Rolle des drängenden Gläubigers, der allen Ernstes sein Geld zu bekommen wünsche. Mit diesem Schritt wollte es nur die Türkei an der Stärkung ihrer Wehrkraft hindern. Während aber seiner Meinung nach⁸⁾ die militärische Stärkung der Türkei bei den Russen wohl Aerger, aber keine Sorge hervorriefen, lagen die Dinge beim Versuche, die Türkei wirtschaftlich zu stärken, anders. Auf diesem Gebiet fühlte sich Russland insofern wehrlos, als es für seine eigene Industrie fremder Kapitalien bedurfte und auf diese Weise von der Beteiligung an wirtschaftlichen Unternehmungen in fremden Ländern ausgeschlossen war. Den Widerstand Russlands gegen wirtschaftliche Unternehmungen, die in der Türkei mit fremdem Kapital gegründet wurden, erklärt Marschall durch einen bedeutsamen Faktor, den es in ihnen erblickte und der gegen

1) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XI, S. 112.

2) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. X, S. 95 und 128.

3) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XII, S. 224.

4) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XII, S. 65.

5) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XIV, S. 487.

6) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XV, S. 156.

7) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XII, S. 565.

8) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XIV, S. 488 und 489.

seine Politik des „Verfallenlassens“ gerichtet war, denn industrielles Kapital verlangt bekanntlich in erster Linie Stabilität der politischen Zustände. Metternich¹⁾ hebt noch einen andern Grund der russischen Gegnerschaft gegen wirtschaftliche Stärkung des türkischen Reiches hervor. Er sagt, Russland könne die Entstehung, die türkische Staatsgewalt beschneidender, von Europa garantierter Einrichtungen nicht wünschen, welche bei der dereinstigen Liquidierung dieses Reiches, als unantastbare Legate der Erbschaftsmasse entzogen würden. Die Türkei sollte nichts veräussern, was Russland als sein Anrecht auf die Zukunft auffasste. Diese Voraussichten machten nach Meinung von Marschall²⁾ den russischen Widerstand gegen den Bau der Bagdadbahn verständlich. Es suchte den Bau der Bahn zu verhindern, und auf den Sultan einen Druck in diesem Sinne auszuüben, als aber all dies misslang, erzwang es von der Pforte eine Vereinbarung, welche auf einem grossen, wirtschaftlich sehr bedeutsamen türkischen Gebiet den Bau von Eisenbahnen verunmöglichte. Die Pforte sollte nach diesem Abkommen im Gebiet des Schwarzen Meeres entweder allein Bahnen bauen oder diese Konzession an russische Kapitalisten erteilen. Marschall sagt,³⁾ Russland habe dadurch ein geeignetes Mittel gefunden, seine selbstsüchtigen Zwecke, das türkische Reich dem wirtschaftlichen Verfall entgegenzuführen, zu fördern, denn er war überzeugt, dass es weder russische Kapitalisten gäbe, die im Auslande Bahnen bauen konnten, noch die Pforte es aus eigenen Mitteln zu tun vermochte. Der Versuch der Grossmächte, die türkischen Finanzen ernstlich zu sanieren, stiess der Meinung Marschalls³⁾ nach auf den gleichen Widerstand Russlands. Es sandte keinen Delegierten zur Dette-publique, und verhinderte auf diese Weise die Umgestaltung derselben zu einer wirksamen Kontrollinstanz.

Auch auf religiösem Gebiet suchte Russland nach dem Bericht von Marschall,⁴⁾ die Schwächung der Türkei herbeizuführen. Er sieht dies im Streben Russlands, die Einheit der griechisch-orthodoxen Kirche im türkischen Reich durch Einführung des Nationalitätsprinzips zu zerstören, in dem Bemühen, die zentrifugalen Elemente des Reiches auf diese Weise zu kräftigen, sie sich dienstbar zu machen, und in der Vermehrung der Bevölkerung durch christliche Elemente, die der russischen Propaganda um so zugänglicher waren, als ihre religiösen Empfindungen durch reichliche Geldspendungen geweckt und gestärkt wurden.

So arbeitete nach Meinung der deutschen Diplomaten die russische Politik trotz der äusseren Zurückhaltung auf die Ver-

¹⁾ Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XII, S. 224.

²⁾ Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XVII, S. 384 und 416.

³⁾ Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XIV, S. 487.

⁴⁾ Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XIV, S. 488.

wirklichung ihres Zieles hin. (Wir sehen die russische Politik bis 1905 in der Türkei sich genau so abspielen, wie auf dem Balkan).

Während die russische Politik so unermüdlich auf den „Verfall“ des türkischen Reiches hinarbeitete, suchte sie, nach der Feststellung der deutschen Diplomaten, sich dem Sultan zu nähern und sein Vertrauen zu gewinnen. So nannte Marschall¹⁾ die Rolle Russlands die „des rechtzeitigen Warners vor Gefahr“ bei der Pforte, während Bülow²⁾ bemerkte, es schwinde sich zum „Beschützer der Türkei“ auf, und Saurma,³⁾ es übernehme „das Hüteramt über die Zustände der Türkei“. Dieses Streben Russlands, beim Sultan in der Rolle des Beschützers zu erscheinen, wurde nach Meinung von Marschall⁴⁾ unter anderem durch die Aufforderung Russlands an den Sultan, Massnahmen gegen revolutionäre Umtriebe der christlichen Nationen zu ergreifen, klar. Mit diesem Schritte, der seiner Meinung weniger für die Gegenwart, als für die Zukunft berechnet war, da der Sultan doch nie wagen würde, gegen eine Nation christlich-orthodoxen Glaubens mit Schwert und Feuer vorzugehen, wollte Russland „die Rolle des rechtzeitigen Warners vor Gefahren spielen“, um späterhin, wenn der entscheidende Augenblick kommen würde, zu sagen „Ihr habt meinen wohlgemeinten uneigennütigen Rat, als es noch Zeit war, nicht befolgt; die Schuld für die Folge fällt auf Euer Haupt“! Marschall⁵⁾ sieht das Bemühen Russlands, das Vertrauen des Sultans zu gewinnen, sodann darin, dass es den Sultan überzeugen wollte, er habe ausschliesslich Russland die gegenwärtige Ruhe in seinem Reich zu verdanken. Dieses bestätigt auch Saurma.⁶⁾ Auch er berichtet, Russland habe sich eifrig bemüht, dem Sultan begreiflich zu machen, er habe nur dieser Macht zu danken, wenn England verhindert wurde, die Dardanellen zu forcieren oder sonst irgendwelche Gewaltmassregeln gegen die Türkei zu ergreifen. Es bekümmerte sich auch in freundschaftlicher Weise um die Wehrkraft der Türkei, besonders in bezug auf deren maritimen Leistungen. Mit diesen Schritten suchte Russland nach Saurma⁷⁾ und Marschall, das Misstrauen des Sultans gegen sich einzuschläfern. Dies gelang mit Erfolg. Nach den Ausführungen Saurmas⁸⁾ begann der Sultan auf einen Rückhalt an Russland im Hinblick auf die Möglichkeit schlimmer Zeiten zu zählen. Marschall⁹⁾ stellt fest, dass das revo-

1) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XVIII, S. 141.

2) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XVIII, S. 141.

3) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XII, S. 65.

4) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XVIII, S. 141.

5) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XVII, S. 380.

6) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. X, S. 95.

7) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. X, S. 95.

8) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. X, S. 128.

9) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XVIII, S. 156.

lutionäre Russland seinerseits immer mehr an massgebenden Stellen des türkischen Reiches als „Freund und Beschützer“ erscheine. Ein Beweis dafür, wieweit der Sultan in seiner Sympathie für Russland ging, zeigte seiner Meinung nach¹⁾ unter anderem schon der Umstand, dass die Dardanellen zwar vortrefflich befestigt waren, der Eingang zum Schwarzen Meer aber jedes ernsthaften Verteidigungswerkes entbehrte.

9. Die russische Politik in Armenien.

Die deutschen Diplomaten sind der Meinung, dass die russische Politik in dieser Zeit auch in Armenien Ruhe haben wollte. Marschall²⁾ glaubt (1894), Russland verfolge gegenwärtig „keine grossen Ziele“, Pourtalès (1890) und Hatzfeld (1894)³⁾ meinen, es habe augenblicklich nicht das geringste Interesse, die armenische Frage ins Rollen kommen und schwebende Fragen dort brennend werden zu lassen. Dieses Streben Russlands ging nach Meinung Marschalls⁴⁾ aus dem Rat hervor, den man von Petersburg aus den Armeniern erteilte, die „verwickelte Lage nicht noch weiter zu erschweren“ und die Reformbestrebungen der Pforte abzuwarten (1890). Nach Pourtalès⁵⁾ wollte die russische Regierung „keinen Druck“ in der Reformfrage auf den Sultan ausüben und nach Meinung Saurmas⁶⁾ zeigte sie „Lauheit“ bei der Betreibung der armenischen Angelegenheiten. Auch während der armenischen Unruhen (1896)⁷⁾ übte Russland „Zurückhaltung“ und lehnte die Teilnahme an „Zwangsmassregeln“ gegen die Türkei ab. Saurma⁸⁾ und Radolin glauben, Russland sei seiner „Politik der Zurückhaltung“ auch dann treu geblieben, als es sich an der von England durch die armenische Frage angeregten Aktion in Kleinasien beteiligte. Eine Bestätigung dafür sahen sie darin, dass Russland, um England an einem etwaigen unerwünschten Vorgehen zu verhindern, sich ihm offiziell anschloss und unter der Hand dem Sultan alle möglichen Winke geben liess, die armenische Reformfrage nicht zu ernst zu nehmen. Saurma zweifelt, ob damit der Wiederherstellung der Ordnung in Kleinasien gedient sein werde. Er glaubt aber,⁹⁾ Russland habe vielleicht auch hier ein Interesse daran, die Zustände immer mehr in Fäulnis übergehen zu sehen. Auch Pourtalès und Hatzfeld meinten, dass Russland keine Stärkung Armeniens herbeiführen wollte.

1) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XVIII, S. 426.

2) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. IX, S. 216.

3) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. IX, S. 196 und 214.

4) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. IX, S. 196.

5) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. IX, S. 196.

6) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XII, S. 38.

7) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. X, S. 53.

8) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. X, S. 12.

9) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. X, S. 128.

Der erste¹⁾ sagt, die Gründung eines autonomen Fürstentums Armeniens müsste für Russland schon deshalb unerwünscht sein, da es die Gefahr mit sich bringen könnte, bei den russischen Armeniern Velleitäten eines Beitrittes zu diesem Fürstentum zu erwecken. Der letztere²⁾ glaubt, Russland habe ein autonomes Fürstentum Armeniens aus dem Grunde nicht wünschen können, weil ein solches ihm später, wenn es für eigene Rechnung in Kleinasien vorzugehen beabsichtige, Widerstand leisten würde.

Wir sehen, dass die deutschen Diplomaten in der Zeit von 1890—1905 der Meinung waren, Russland wolle, wenn es auch, um seine letzten Ziele zu fördern, auf dem Bankan, in der Türkei und in Armenien im stillen an der Arbeit war, doch ernstlich Ruhe im Nahen Orient.

Wir wollen nun den Nahen Orient verlassen und uns dem Fernen Osten zuwenden, um zu sehen, wie in dieser Zeit nach Meinung der deutschen Diplomaten die russische Politik in Asien verlief.

B. Die asiatische Politik Russlands.

(1890—1905.)

Welche Ziele verfolgte die russische Politik nach Meinung der deutschen Diplomaten in Asien? Die deutschen Diplomaten, wie Bülow, Alvensleben, Tschirsky und Radolin stellen fest, dass Russland einerseits einen Zugang zum Indischen Ozean, andererseits zum Gelben Meer anstrebte.

Bestand in der russischen Expansion nach Asien nach Meinung der deutschen Diplomaten eine Gefahr für Deutschland? Die deutschen Diplomaten verneinen dies. Nach Bismarck³⁾ (1895), lagen im Osten keine deutschen Interessen vor, die Deutschland nötigen könnten, den russischen Wünschen entgegenzuarbeiten. Dieser Meinung war auch Bülow,⁴⁾ wenn er erklärt, die Ausdehnung Russlands nach Asien könne für Deutschland keinen Gegenstand der Besorgnis bilden, da kein Gegensatz zwischen der russischen und deutschen Politik dort existiere. Schliesslich sagt auch Marschall,⁵⁾ dass die deutschen und russischen Interessen in Asien nicht kollidieren.

Bismarck³⁾ glaubt, Deutschland habe sogar ein Interesse, Russlands Bestrebungen, seine Befriedigung mehr im Osten als im Westen zu suchen, als wichtig für die deutsche Politik zu betrachten. Dieser Meinung war auch Lichnowsky,⁶⁾ der sich

1) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. X, S. 194.

2) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. IX, S. 214.

3) Hoffmann, „Fürst Bismarck“. Bd. II, S. 302.

4) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XVII, S. 159.

5) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. IX, S. 259.

6) Lichnowsky, Auf dem Wege zum Abgrund. Bd. I, S. 135.

in seinen Memoiren eingehend darüber äussert. Er glaubt, die Wendung der russischen Politik nach Asien habe deshalb im Interesse Deutschlands gelegen, weil sie automatisch den russisch-englischen Gegensatz hervorrufen müsste. Auch Bülow und Marschall stimmen dem zu. Der eine sagt,¹⁾ dass die Wege der russischen und englischen Politik sich dort überall kreuzen, der andere,²⁾ das aggressive Interesse Russlands stosse immer wieder auf England als auf den Gegner. Das Hervortreten der russisch-englischen Gegensätze musste aber ihrer Meinung nach Russland veranlassen, gute Beziehungen zu Deutschland und Oesterreich anzustreben. Dies waren die Gründe, die die deutschen Diplomaten zur Ansicht brachten, Deutschland habe keinen Anlass, der russischen Politik entgegenzuarbeiten. Brand³⁾ glaubt sogar, es liege direkt im Interesse Deutschlands, Russland nach dem Osten hinzuweisen, wo es seine wahren Aufgaben finde. Auch Wilhelm II.⁴⁾ meint, man müsse Russland, unter Verwertung der Macht der orthodoxen Kirche und der Moskauer Kreise als Vorkämpfer des orthodoxen Christentums und des Kreuzes als Hort der Zivilisation gegen die Gefahr des Ansturms der Mongolen und des Buddhismus vorschieben. Russland im Osten festzunageln schien ihm schon deshalb möglich, weil er⁵⁾ überzeugt war, dass die Russen dort die Zeit für sich haben. Dieses war auch die Meinung der deutschen Diplomaten. Fast mit den Worten Wilhelms II. äussert sich darüber Bülow.⁶⁾ Er sagt, die Zeit laufe in Asien für Russland, welches in den letzten 20 Jahren ein kolossales Reich erworben habe. Auch Bernsdorff⁷⁾ glaubt, Russland eile im Siegeszug durch Asien. Schliesslich berichtet auch Rosen⁸⁾ von russischem Einfluss, der sich überall da, wo er mit dem englischen in Berührung kommt, sei es in Ostasien, im Pamir, in Persien, oder selbst in Afghanistan, welches offiziell und nominell der englischen Interessensphäre unterliegt, fühlbar macht.

War nach Meinung der deutschen Diplomaten eine Teilung der Interessensphären zwischen Russland und England in Asien glaubt (1903), die Russen könnten auf den englischen Vorschlag, eine Scheidungslinie zwischen der russisch-englischen Interessensphäre vom Golf Alexandretta nach dem Hindukusch und von dort nach der Mündung des Jangtsekiang zu führen, nicht eingehen, da für sie der Zugang zum „Warmen Meer“ möglich? Die deutschen Diplomaten bezweifeln es. Bülow⁹⁾

¹⁾ Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XVII, S. 591.

²⁾ Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. X, S. 243.

³⁾ Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. IX, S. 268.

⁴⁾ Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. IX, S. 359.

⁵⁾ Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XII, S. 26.

⁶⁾ Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XVII, S. 149.

⁷⁾ Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XVII, S. 575.

⁸⁾ Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XVII, S. 541.

⁹⁾ Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XVII, S. 571.

eine wichtige Bedeutung erlangt habe. Auch Bernsdorff¹⁾ teilt diese Meinung. Er sieht nicht ein, weshalb Russland bei der grösseren Stärke seiner asiatischen Stellung sich von England hinter irgendeiner Grenzlinie sollte festlegen lassen. Schliesslich zweifelt auch Radolin²⁾ an der Möglichkeit einer Verständigung, da Russland auf die wesentlichen Ziele seiner Politik nicht verzichten könne. Dieser Meinung waren auch Rex und Alvensleben, der eine sagt,³⁾ die Verständigung zwischen Russland und England in der asiatischen Frage sei ein Traum, der andere,⁴⁾ sie müsse an der russischen Aspiration scheitern.

Beabsichtigte Russland aber nach Meinung der Diplomaten in dieser Zeit gegen den Indischen Ozean vorzustossen? Radolin und Tschirsky verneinen dies. Der eine sagt,⁵⁾ ein Vordringen nach Herat, oder Eroberungsgelüste nach Afghanistan liege jetzt (1900) ganz ausserhalb der russischen Pläne, der andere meint,⁶⁾ in der letzten Zeit bilde ein Vormarsch auf Herat schwerlich das Ziel der russischen Politik, da Herat als sog. „Schlüssel Indiens“ erst dann für Russland von Wert sein würde, wenn es Indien selbst ernstlich anzugreifen gedachte. Dies ist zur Zeit nicht der Fall. Er zweifelt aber nicht, dass Russland, wenn es auch keinen Vorstoss nach dieser Richtung beabsichtige, langsam und bedächtig den Zugang zum Indischen Ozean anstrebe und dabei den Weg mehr durch Ostpersien als durch Afghanistan und Belutschistan im Auge habe. Auch Marschall⁷⁾ ist überzeugt (1900), Russland werde die Verlegenheit Englands während des Transvalkrieges auszubeuten suchen, um die eigenen Interessen an der persisch-afghanischen Grenze zu fördern. Tschirsky⁸⁾ betrachtet die Gewährung der Anleihe an Persien als den ersten Schritt auf diesem Wege. Dass es in nächster Zeit England in Südpersien direkt entgegentreten werde, hält er nicht für wahrscheinlich. Es wird sich zunächst mit diesem kleinen Erfolg begnügen und trachten, durch stille Arbeit mehr und mehr seinen ganzen Einfluss auf Südpersien auszuüben. Die Arbeit Russlands in dieser Richtung wird auch von Rex⁹⁾ erkannt, denn er stellt 1903 eine zweifellos innigere Gestaltung der Beziehungen zwischen Russland und Persien fest. Jedoch betrachtete sich Russland Persien gegenüber naturgemäss als Gebieter eines Untergebenen.

Wie lagen aber nach Meinung der Diplomaten in dieser Zeit die Dinge in Ostasien? Ihrer Meinung nach war dort der Schwer-

1) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XVII, S. 557.

2) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XVII, S. 583.

3) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XVII, S. 555.

4) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XVII, S. 79.

5) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XV, S. 522.

6) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XVII, S. 524.

7) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XVIII, S. 415.

8) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XVII, S. 524.

9) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XVII, S. 551.

punkt der russischen Politik zu suchen. Tschirsky¹⁾ sagt (1900), dass der schwierigste Punkt für die russische Politik die Behandlung der japanischen Frage bildete, da für sie ein Zusammenstoß mit Japan als unabwendbar galt. Auch Wilhelm II. glaubte, nach dem Berichte von Rotenhan, an einen bevorstehenden Krieg zwischen Russland und Japan. Beide sind aber überzeugt, Russland wolle aus einer friedlichen Politik in nächster Zeit nicht heraustreten, sondern suche den Konflikt mit Japan vielmehr hinauszuschieben, bis die sibirische Bahn fertiggestellt und die russische Flotte der japanischen wenigstens gleichwertig geworden sei. Aus diesem Grunde suchte Russland nach Meinung Radolins und Tschirskys²⁾ jede „Erregung des kriegerischen Instinktes“ Japans und jede „Reibung“ zu vermeiden. Es gab dazu die Idee, sich an der westlichen Küste von Korea vorläufig festzusetzen, auf und konzentrierte seine ganze Kraft in Wladiwostok. Während es dies tat, suchte es nach Meinung der Diplomaten, sich anderseits in China festzusetzen. So sagt Bülow³⁾ (1898), Russland versuche jetzt die Hand auf drei chinesische Gebietsteile, die Mandschurei, Turkestan und Tschilei zu legen. Dieses bestätigt auch Hatzfeld fast wörtlich. Er sagt,⁴⁾ die russische Regierung beabsichtige ihre Hand auf einen sehr bedeutenden Teil Chinas zu legen. Dieses war auch die Ansicht Lauensteins, Tschirskys und Radolins. Der eine sagt,⁵⁾ Russland wolle die Mandschurei festhalten, der zweite,⁶⁾ es suche seinen Besitz in der Mandschurei zu sichern, der dritte⁷⁾ schliesslich, es beabsichtige die Mandschurei zu gewinnen. Bülow und Hatzfeld sind der Meinung, Russland habe sich zu dem Zwecke bemüht,⁸⁾ jeden fremden Einfluss aus dem Gebiet zu entfernen, das Land zu „absorbieren“ und es dem Welthandel zu entziehen. Es suchte auch nach dem Bericht Bülows,⁹⁾ während des Boxeraufstandes (1900), alles zu verhindern, dass dieses Gebiet durch Truppen anderer Mächte, wenn auch nur zeitweilig, besetzt werde. Auch Radolin und Tschirsky bestätigen dies. Der erstere,¹⁰⁾ der die Stimmung in Petersburg beobachtete, berichtet, man suche in Russland alles zu verhindern, was sein Verhältnis zu China gefährden könnte. Man sprach mit Entrüstung über die Vorkommnisse in China, man schlug Lärm, man rasselte mit dem Säbel, aber der Grundton blieb immer derselbe: nur keinen

1) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XVII, S. 525.

2) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XVII, S. 520.

3) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XIV, S. 143.

4) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XIV, S. 148.

5) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XVI, S. 40.

6) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XVI, S. 38.

7) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XVI, S. 51.

8) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XIV, S. 143 und 148.

9) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XVI, S. 57.

10) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XVI, S. 51.

Krieg mit dem befreundeten China. Auch der andere¹⁾ sagt, der leitende Gedanke im auswärtigen Ministerium wäre, sich unter keinen Umständen zum Kriege mit China hinreissen zu lassen. Wenn Russland sich schliesslich dem Vormarsche der Westmächte anschloss, so tat es dies nach Meinung der Diplomaten nur deshalb, weil es nicht das Heft aus der Hand verlieren wollte. Radolin²⁾ ist der Meinung, Russland sei trotz dieses Schrittes bemüht gewesen, sich mit China nicht zu verfeinden und sich darauf zu beschränken, nur das Allernotwendigste zu tun, um die Autorität in der Mandschurei wieder herzustellen. Als Beweis dafür diene ihm der einseitig befohlene Rückzug der Russen aus Peking. Mit diesem Schritte wollte Russland den Chinesen zeigen, dass es milder als die übrigen Mächte denke und nicht gewillt sei, sich an einer ferneren Aktion gegen China zu beteiligen. Es gab seine Position in Peking auf, weil es „China um jeden Preis schonen“ wollte. Auch Derenthal³⁾ glaubt an die Absicht Russlands, sich den Chinesen gegenüber als „Beschützer Chinas“ darzustellen und, nach Wilhelm II.,⁴⁾ als „Retter Chinas“ zu erscheinen. Derenthal⁵⁾ führt weiter aus, es wolle erreichen, dass die Provinz Tschili und speziell Peking nicht mehr als Tummelplatz für die Truppen aller Mächte des Erdballes diene. Auch Radolin⁶⁾ bezweifelt nicht die Durchkreuzung der russischen Pläne durch das Verbleiben der Truppen einzelner Mächte in Peking. Russland hätte deshalb gern gesehen, wenn alle Mächte sich in Tientsin konzentriert hätten. Wilhelm II. glaubt,⁷⁾ Russland hoffe in der „Rolle des Retters“ Peking auch ohne Gewalt zu erlangen und werde sich nicht scheuen, wenn möglich, den bluttriefenden Mordgesellen, den Prinzen Tuand, zu umwerben, um es mit seiner Hilfe zu erzwingen und womöglich andern ausländischen Mächten ernste Schwierigkeiten zu bereiten.

Die deutschen Diplomaten stellen tatsächlich fest, Russland fasse in China immer festeren Fuss. So sagt Bülow⁸⁾ (1902), Russland verfolge in der Mandschurei umfassende Interessen, die immerhin nah an Territorial- und Hoheitsansprüche heranzuführen. Ähnlich äussert sich auch Klehmet. Er glaubt,⁹⁾ Russland besitze in der Mandschurei gewaltige Rechte und Interessen, die, obschon sie formell das chinesische Gebiet als solches bestehen lassen, doch de facto den Charakter von Territorial- und Hoheitsrechten haben.

1) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XVI, S. 38.

2) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XVI, S. 115.

3) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XVI, S. 103.

4) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XVI, S. 46.

5) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XVI, S. 103.

6) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XVI, S. 129.

7) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XIV, S. 46.

8) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XVII, S. 172.

9) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XVII, S. 167.

Holstein¹⁾ ist der Meinung, Russland wolle trotz allem zur Zeit (1902) einen Krieg mit Ostasien ehrlich vermeiden. Er glaubt, den Grund dafür in den schlechten Finanzen Russlands zu sehen, ferner in der russischerseits gehegten Hoffnung, das englisch-japanische Bündnis werde sich nach Ablauf der nächsten 5 Jahre nicht wieder erneuern und inzwischen nehme die Russische Flotte gegenüber der japanischen an Stärke zu. Das Streben einen Krieg in Ostasien zu vermeiden, blieb nach Meinung der Diplomaten auch in den folgenden Jahren bestehen. So glaubt Lichnowsky²⁾ (1904), in Russland herrsche im allgemeinen grosse Furcht vor einem Kriege mit Japan, dem man auf der Basis der Ueberlassung Koreas an Japan ausweichen zu können hoffe.

Auch Bülow und Holstein sind der Meinung (1904) Russland wolle nicht kämpfen. Der eine³⁾ sieht es in der „kleinmütigen Haltung“ des Kaisers Nikolaus II den Japanern gegenüber, der zweite⁴⁾ in der Wandlung der diesbezüglichen russischen Politik gegenüber Japan. Dem einen scheint es nicht ausgeschlossen, dass die Regierung entschlossen sei, Japan schliesslich die Mandschurei ohne Schwertstreich oder nach schwächlichen Widerstand zu überlassen. Der andere sagt, Russland, welches vor kurzem den japanischen Ansprüchen mit gleichmütiger Festigkeit begegnete, bewillige jetzt eine Forderung Japans nach der andern. Nach Meinung von Holstein⁵⁾ konnte die russische Regierung den „Rückzug“ antreten, weil sie sicher war, auf diesem Wege keinen Hindernissen innerhalb Russlands zu begegnen, denn diejenigen Elemente, welche einen Krieg wollten, beabsichtigten ihn anderswo als in Ostasien. Trotz diesem Schritte der russischen Regierung scheint es Lichnowsky⁶⁾ nicht ausgeschlossen, dass, falls Japan bezüglich der Mandschurei auf gewissen wirtschaftlichen und politischen Forderungen bestehen sollte, der Zar, dem die Mandschurei ein „noli me tangere“, einen Gegenstand seiner Lieblings- und Privatpolitik bedeutete, sich auch gegen den Rat seiner fünf Minister zum Losschlagen entschliessen werde.

C. Die europäische Politik Russlands.

1. Die russische Balkanpolitik (1905—1914).

Wie gestaltete sich nach Meinung der deutschen Diplomaten die Lage der Dinge nach dem japanischen Krieg? Trat ein Wandel in der russischen Orientpolitik ein? Die deutschen

1) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XIX, S. 3.

2) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XIX, S. 19.

3) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XIX, S. 62.

4) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XIX, S. 48.

5) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XIX, S. 32.

6) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XIX, S. 20.

Diplomaten bejahen dies. Marschall¹⁾ spricht von einer „grundsätzlichen Schwenkung“ der russischen Politik, von einer „Wiederaufnahme“²⁾ der durch die Verwicklungen im Fernen Osten unterbrochenen traditionellen Orientpolitik. Pourtalès³⁾ stellt fest, „Russland nehme seine traditionelle Politik im Nahen Osten wieder auf und zeige eine erhöhte Aufmerksamkeit“⁴⁾ für die Angelegenheiten des Balkans. Auch Jagow⁵⁾ sagt, Russland wende den alten Zielen seiner historischen Politik im Nahen Orient wieder mehr Aufmerksamkeit zu. Schliesslich berichtet auch Schoen,⁶⁾ Russland betrachte den Nahen Orient wiederum als Hauptgebiet seiner politischen Betätigung.

Die hohe Aufmerksamkeit, die Russland dem Nahen Orient widmete, war nach der Meinung von Pourtalès, Jagow und Schoen durch die „Zurückdrängung“ Russlands auf der asiatischen Seite, durch das Verzichtemüssen auf „seine Illusionen“ im Fernen Osten bedingt. Marschall⁷⁾ ist der Meinung, dass ausser der Niederlage in Ostasien noch immer politische Gründe dabei mitspielten: Die Wiederaufnahme der Balkanpolitik war für die russische Regierung ein „allgemein populäres und zugkräftiges Ablenkungsmittel“ für die erregte öffentliche Meinung, sie war „ein populäres Programm“, welches die gesamte russische Orthodoxie wieder um den Kaisertron scharte. Auch Pourtalès⁸⁾ hebt dieses Motiv hervor und glaubt, die russische Regierung erblicke in der Balkanfrage „eine Ablenkung von den revolutionären Ideen im Innern“ und begünstige aus diesem Grunde jetzt die panslawistische Bewegung. Pourtalès sieht darin eine gewisse Gefahr für die Zukunft. Er fürchtet, die amtliche Regierung könne auf dieser abschüssigen Bahn leicht weiter gleiten, als sie es selbst beabsichtigte. Die deutschen Diplomaten waren der Meinung, die Schwenkung der russischen Politik könnte zur Folge haben, dass Russland in der „Balkanpolitik nicht ganz bei der Stange bleiben werde“. Schoen⁹⁾ meint, Russland, welches bei geordneten Verhältnissen schwer Geschäfte machen könne, werde kein Interesse haben, die Verhältnisse in Mazedonien zur Ruhe und Ordnung zu bringen. Aehnlich war auch die Ansicht Bülow's, Tschirskys und Marschalls. Der erste¹⁰⁾ sagt, Russland sei bemüht, die Dinge in „schnelleren Fluss“ zu bringen, der zweite,¹¹⁾ Russ-

1) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXII, S. 234.

2) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXV, S. 294.

3) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXV, S. 385.

4) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXV, S. 362.

5) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXVII, S. 406.

6) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXV, S. 402.

7) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXII, S. 234.

8) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXV, S. 354.

9) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXV, S. 402.

10) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXII, S. 251.

11) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXI, S. 394.

land werde sich einer „aktiven Politik im Balkan zuwenden,“ der dritte¹⁾ glaubt, „die Möglichkeit einer russischen Aktionspolitik“ sei im Nahen Orient in den Vordergrund getreten. Er hat den Eindruck, Russland betrachte politische Komplikationen aus Anlaß der Balkanfrage zurzeit nicht mehr als Störung des russischen Zirkels.

Die ersten Anzeichen der Schwenkung der russische Politik erblickte Marschall²⁾ am 5. III. 05 in der veränderten Sprache Sinowiews, in seinen extrem türkenfeindlichen Aeusserungen, in den scharfen Worten über die türkische Misswirtschaft in Mazedonien, im Streben, alle Schuld der mazedonischen Zustände auf die Türkei zu schieben, in der öfters hervorgehobenen Klage, Russland könne die notleidenden Christen nicht mehr ihrem Schicksale überlassen, und in der Beurteilung der Bulgaren, für die er jetzt kein Wort des Tadels mehr fand. Es war seiner Meinung nach die Sprache der russischen „Tradition“, die früher von Herrn Sinowiew auf das Schärfste bekämpft wurde. Ein anderes Zeichen für den Wandel der russischen Politik trat nach Meinung Schoens³⁾ in den Aeusserungen Jswolskys zutage, der ihm sagte, er müsse, obwohl er selbst sich nie zu einer andern als auf die Erhaltung des Status quo gerichteten Politik bekannt habe und ihr auch treu zu bleiben gedenke, augenblicklich Rücksicht auf die öffentliche Meinung des Landes nehmen, die gegen ein enges Zusammengehen mit Oesterreich auf dem Balkan sei, und könne deshalb jetzt (1906) nicht wagen, gegen den Strom zu schwimmen. Schliesslich gab auch die Haltung Russlands in der mazedonischen Reformfrage den deutschen Diplomaten zu verstehen, dass es einen Wandel vollzogen habe. Nach Marschall⁴⁾ wünschte Sinowiew, es möge in dieser Frage wieder etwas geschehen. Dies war auch die Meinung von Kiderlen. Er sagt,⁵⁾ das eigentliche Interesse Russlands gehe bei der Reformfrage darauf aus, den alten Freunden zu zeigen, dass unter russischer Führung wieder an Reformen gearbeitet werde. So legte Sinowiew nach dem Berichte von Bodman⁶⁾ einen „lebhaften Aktionsdrang“ an den Tag, suchte „die Zügel der Reformaktion wieder in die Hand zu nehmen“ und drängte neuerdings auf ein „beschleunigtes Marschtempo“ in der Finanzfrage. Pourtalès sagt,⁷⁾ Meinungsverschiedenheiten zwischen Russland und Oesterreich seien in der mazedonischen Reformfrage scharf zum Ausdruck gekommen, Russland⁸⁾ werde nur formell der

1) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXII, S. 234.

2) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXII, S. 234.

3) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXII, S. 52.

4) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXII, S. 467.

5) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXII, S. 455.

6) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXII, S. 275.

7) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXVI, S. 399.

8) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXV, S. 418.

Entente nicht untreu, suche aber auf Kosten derselben stärkere Fühlung mit England als Ausgangspunkt für weitere Schritte in der Reformfrage. Auch Schoen¹⁾ berichtet, Russland suche festeren Anschluss an England in der Balkanfrage. Dieser Ansicht waren auch Wedel und Tschirsky. Der erste sagt,²⁾ Iswolsky schwanke und neige nach englischem Muster zur Ergreifung radikaler Mittel, der zweite,³⁾ Iswolsky zeige die Neigung, den Orient durch die „englische Brille“ zu sehen und möchte England zuliebe sogar einen christlichen Gouverneur für Mazedonien bewilligt sehen. Schliesslich berichtet auch Marschall, Sinowiew setze sich in der Reformfrage⁴⁾ statt mit dem österreichischen mit dem englischen Botschafter in Verbindung und führe an Stelle der österreichisch-russischen die englisch-russische Entente herbei.

Miquel glaubt,⁵⁾ Russland hätte sich England nicht genähert, wenn der japanische Krieg und die Revolution nicht ausgebrochen wären, denn es habe diesen Schritt nur aus Furcht und Schwäche tun müssen. Dies war auch die Meinung von Pourtalès.⁶⁾ Auch er schreibt, Russland, welches nicht imstande war, eine aktive Balkanpolitik gegen England zu führen, sei nur die Möglichkeit übrig geblieben, den Versuch zu machen, die russischen Aspirationen mit Englands Zustimmung und Hilfe ihrer Verwirklichung entgegenzuführen. Schliesslich behauptet auch Schoen,⁷⁾ der russische Schritt könne nicht überraschen, da Russland ihn vollzogen habe, weil die österreichisch-russische Entente seinen eigentlichen Interessen im Nahen Orient nicht mehr entsprach. Viel genauer äussert er sich darüber in seinen Memoiren. Er sagt⁸⁾ dort, Russland, geschwächt durch den Krieg und Revolution, habe sich veranlasst gesehen, sich England zu nähern, da es ohne Einvernehmen mit diesem nicht hoffen konnte, seine naheliegenden und wertvollen Ziele im Nahen Orient zu erreichen. Marschall⁹⁾ sieht in diesem Vorgehen Russlands weniger einen Schritt aus Not, als einen Beweis dafür, dass eine generelle Balkanentente zwischen Russland und Oesterreich überhaupt nicht möglich sei, da Russland¹⁰⁾ der Mitwirkung Oesterreichs nur bedurfte, um eine Veränderung des Status quo im Nahen Orient speziell durch England zu ungunsten Russlands in der Zeit seiner ostasiatischen Expansion zu verhindern. Da Russland dieses Wächters jetzt nicht mehr bedurfte, liess es nach Wien sagen, „der Mohr hat

1) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXV, S. 401.

2) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXII, S. 410.

3) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXII, S. 405.

4) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXV, S. 42.

5) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXV, S. 387.

6) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXV, S. 401.

7) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXV, S.

8) Schoen, „Erlebtes“. S. 211.

9) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXVII, S. 258.

10) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXII, S. 90.

seine Pflicht getan, der Mohr kann gehen“, und schlug eine Richtung ein, welche, gelinde¹⁾ gesagt, der österreichischen Orientpolitik nicht Rechnung trug, schärfer gesagt²⁾, „einen Schachzug gegen Oesterreich“ bedeutete.

Trotz dieser Schwenkung meint Bülow,³⁾ Russland sei nach wie vor bestrebt, die Orientfrage einer allmählichen und friedlichen Erledigung zuzuführen (1908). Dieser Meinung waren auch Pourtalès und Tschirsky. Der erste⁴⁾ glaubt, dass trotz der Erregung, die die Verkündung des Sandschakbauprojekts von Seiten Oesterreichs in Russland hervorrief, die russische Regierung „keine ernsten Verwicklungen“, keine „Komplikationen“, keine „akuten Krisen“,⁵⁾ keine „kritische Gestaltung der Dinge im Nahen Orient“ wünsche, der zweite⁶⁾ meint, Russland sei durchaus nicht gewillt (1908), die Balkanfrage ins Rollen zu bringen. Auch Ratibor⁷⁾ (1908) berichtet, Russland möchte keine „ernsten Störungen“ auf dem Balkan hervorzurufen. Pourtalès⁸⁾ hat den Eindruck, dass, so gern Iswolsky dem Wiener Kabinett jetzt einen Streich spielen würde, er doch Bedenken trage, in der mazedonischen Reformfrage ganz ins englische Fahrwasser einzulenken, da er fürchte, England könnte zu radikal vorgehen, wodurch sich die Lage auf dem Balkan leicht kritisch gestalten würde. Auch Schoen bestätigt dies. Er sagt,⁹⁾ Iswolsky sei bemüht, das weitgehende englische Programm in der mazedonischen Frage weniger radikal und damit weniger gefährlich zu gestalten. Schoen nimmt daher an, Russland wünsche kein völliges Abrücken von den eine konservative Balkanpolitik befolgenden Mächten. Auch Ratibor¹⁰⁾ ist der Meinung, Russland möchte die Entente mit Oesterreich noch aufrechterhalten. Schliesslich glaubt auch Tschirsky,¹¹⁾ es suche augenblicklich keine diplomatischen Händel mit Oesterreich auf dem Balkan. Dies war auch die Ansicht Bülows. Auch er meint,¹²⁾ Russland wolle die bestehenden latenten und tiefen Gegensätze zu Oesterreich nicht verschärfen.

Wir sehen, dass die deutschen Diplomaten einerseits ein erhöhtes Interesse Russlands für den Balkan feststellen, andererseits der Meinung sind, es wünsche dort keine ernsten Komplikationen. Trat nun ihrer Meinung nach eine Aenderung der russischen Politik während der bosnischen Krise ein? Pour-

1) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXII, S. 39.

2) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXV, S. 507.

3) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XII, S. 317.

4) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXV, S. 352.

5) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXV, S. 362.

6) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXV, S. 332.

7) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXVI, S. 9.

8) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXV, S. 352.

9) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXV, S. 499.

10) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXVI, S. 9.

11) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXVI, S. 332.

12) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXVI, S. 47.

talès¹⁾ hatte den Eindruck, Russland würde, so unangenehm es auch ein Vorgehen Oesterreichs gegen Serbien empfinden, zugunsten der slawischen Brüder nicht eingreifen. Dieser Meinung war auch Bülow. Auch er glaubt,²⁾ eine kriegerische Haltung von dieser Seite sei nicht zu befürchten, da das offizielle Russland ehrlich blutigen Ereignissen vorzubeugen suche. Ratibor³⁾ berichtet, Russland habe „amtliche Ermahnungen“ nach Belgrad erlassen, die zur „Besonnenheit“ rieten. Auch Pourtaès⁴⁾ sagt, die russische Regierung „ermahne“ den serbischen Thronfolger und die serbischen Abgeordneten zur Ruhe und warne vor „unbedachten Schritten“.

Zur selben Zeit aber unternahm Russland nach Meinung der deutschen Diplomaten Schritte, welche die Serben in ihrem Widerstande ermutigten und bei ihnen das Gefühl erwecken mussten, dass ihre Haltung von russischer Seite gebilligt werde. Miquel⁵⁾ sieht es im Empfange des Kronprinzen Georg von Serbien, des serbischen Parteiführers Paschitsch und einer Reihe serbischer Professoren und Politiker zutage treten. Er sagt, der Besuch käme einer politischen Demonstration gleich, denn die amtliche Regierung gestattete, dass die russischen Studenten einen Aufruf zum Proteste gegen die Einverleibung Bosniens zirkulieren liessen, man in den Frauenklubs lebhaft für die serbische Schwester eintrat, die Zeitungen ihre Sympathie den Serben bezeugten und Professor Pogodin in einer Versammlung sagte, die öffentliche Meinung in Russland erkläre sich niemals mit der Beraubung der Südslawen einverstanden. Auch Pourtaès⁶⁾ ist der Meinung, Russland habe es gern geschehen lassen, dass die Blätter eine Bewegung der panslawistischen Kreise voraussagten, deren Umfang und Wirkung sich nicht übersehen liessen. Schliesslich berichtet auch Ratibor⁷⁾ von „russischen Einflüsterungen und Versprechungen“ an Serbien, und selbst der russische Gesandte habe serbische Ovationen vor der Gesandtschaft persönlich dankend empfangen. Auch die Forderungen⁸⁾ Iswolskys nach Autonomie für Bosnien und territoriale Kompensationen für Serbien schienen Bülow kein geeignetes Mittel, um Ruhe in Serbien zu schaffen.

Wir sehen, dass die deutschen Diplomaten der Ansicht waren, dass, trotz des Wandels der russischen Politik, sie in ihrem Vorgehen dieselbe wie vor 1905 blieb; sie mahnte offiziell zur Ruhe, ermutigte jedoch inoffiziell die Serben in ihrem Wider-

1) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXVI, S. 270.

2) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXVI, S. 517.

3) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXVI, S. 266.

4) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXVI, S. 269.

5) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXVI, S. 266.

6) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXVI, S. 617.

7) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXVI, S. 266 und 729.

8) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXVI, S. 620.

stande. Daher glaubt Bülow.¹⁾ erst die „ernste und bestimmte Lossage Russlands von Serbien“ könne dort Ruhe schaffen. Dieser Meinung war auch Ratibor,²⁾ auch er schreibt, ohne Russlands Willen hätte Serbien sich nicht gebeugt. Er zweifelt nicht, dass erst in dem Augenblick, wo Russland Serbien ernstlich zur Ruhe mahnte und auf die Zukunft vertröstete, es auf russischen Befehl den schmachlichen Rückzug antrat. Ratibor glaubt,³⁾ die russische Hypnose, die seit 600 Jahren die Serben beherrschte, habe auch während dieser Krise das Verhalten der letztern bestimmt. Während die russische Politik in der serbischen Sache nach der Meinung von Hintze⁴⁾ „ohne Krieg geschlagen war“, nach Romberg⁵⁾ eine „Niederlage“, nach Pourtalès⁶⁾ ein „Fiasko“ erlitt, arbeitete sie mit mehr Erfolg in Bulgarien, wo sie nach Meinung der Diplomaten durch ihre Initiative der Anerkennung Bulgariens viel zur Befestigung ihrer Stellung erreicht hat. Romberg glaubt,⁷⁾ die Anerkennung der bulgarischen Unabhängigkeit ohne das Einverständnis Deutschlands und Oesterreichs habe ganz ausgesprochen die Tendenz gehabt, dieses bei den Bulgaren zu diskreditieren. Dies war auch die Meinung von Marschall. Er glaubt,⁸⁾ Russland habe diesen Schritt getan, um zu verhindern, dass aus der bulgarischen Unabhängigkeitserklärung ein bulgarisches Dankgefühl und „noch weiteres“ gegenüber Wien sich entwickle. Um dies zu vermeiden, fand sich Russland, wie Miquel⁹⁾ berichtet, schnell mit dem Vorgegangenen ab. Miquel glaubt, der Versuch Russlands, sich durch Strenge gegen Bulgarien als objektiven Freund des Sultans zu empfehlen, sei missglückt. Marschall¹⁰⁾ meint, die Bedrohung Bulgariens sei nur nötig gewesen, damit Russland später die Rolle des Retters spielen konnte. Dass Russland mit der Bedrohung es nicht ernst meinte, war auch die Meinung Hintzes,¹¹⁾ denn er sagt, sie habe milde, sogar väterlich geklungen. Auch Miquel teilt diese Ansicht. Er berichtet,¹²⁾ die Empörung über den „ungehorsamen Schützling“ und die „Klagen“ über den Fürsten Ferdinand haben rasch selbstgefälligen Aeusserungen über die Krönung der Slawenbefreiung durch das hochherzige Russland Platz gemacht. Marschall¹³⁾ glaubt, das „Heilige Russland“ betrachte

¹⁾ Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXVI, S. 620.

²⁾ Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXVI, S. 729.

³⁾ Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXVI, S. 729.

⁴⁾ Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXVII, S. 526.

⁵⁾ Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXVI, S. 582.

⁶⁾ Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXVI, S. 802.

⁷⁾ Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXVI, S. 582.

⁸⁾ Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXVI, S. 554.

⁹⁾ Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXVI, S. 124.

¹⁰⁾ Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXVI, S. 554.

¹¹⁾ Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXVI, S. 567.

¹²⁾ Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXVI, S. 124.

¹³⁾ Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXVI, S. 554.

es als sein Monopol, die christlichen Balkanvölker im Besitz un-rechten Gutes auf Kosten der Türkei zu sichern. Dies sollte ganz besonders bezüglich Bulgariens bewahrt werden, welches seine Existenz dem russischen Gelde und Blute verdanke.

Auch der Vorschlag Russlands, den bulgarischen Tribut auf sich zu nehmen, betrachteten Marschall und Hintze¹⁾ als einen Zug Russlands gegen die Bestrebungen Aehrenthals Bulgarien an Oesterreich zu fesseln. Dies war auch die Meinung von Pourtalès²⁾ wenn er schreibt, Russland habe mit diesem Schritte als „Retter in der Not“ erscheinen wollen, um sein Prestige auf der Balkanhalbinsel wieder zu heben. Marschall³⁾ sieht diese Schritte Russlands als einen „bedeutsamen politischen Coup“ an. Sie waren gegen Oesterreich gerichtet, aber für die ganze übrige Welt berechnet, der vor Augen gestellt werden sollte, dass Russland, trotz aller äusserer und innerer Rückschläge, als Protektor der christlichen Völker geblieben sei. Auch Hintze⁴⁾ ist der Ansicht, Russland habe mit diesem Vorgehen einen bedeutsamen Erfolg erreicht, denn es hatte damit das zur Wahrung seines Interesses getan, was es ohne Krieg und ohne Hilfe Europas durchsetzen könnte.

Gleich nach der bosnischen Krisis berichtet Pourtalès,⁵⁾ Russland beabsichtige eine „rege Tätigkeit“ zu entfalten, Brockdorff-Rantzau⁶⁾ meldet, es sei „eifrig beschäftigt“, dem Gedanken der Gründung eines Balkanbundes praktisch näher zu treten. Auch Reichenau und Miquel bestätigen dies. Der erstere sagt,⁷⁾ Russland betreibe mit „besonderer Rührigkeit“, der zweite,⁸⁾ mit der „grössten Offenheit“, Vorbereitungen zur Gründung eines Balkanbundes. Auch Jagow⁹⁾ schreibt in seinen Memoiren, Russlands Hand labe eifrig in Sofia, namentlich aber in Belgrad gearbeitet. Romberg¹⁰⁾ ist der Meinung, die Vorbereitungen Russlands seien in der Patronisierung des Planes der Teilung Mazedoniens zwischen Serbien und Bulgarien und in der Anstrengung, beide Brüdervölker zu einigen, zutage getreten. Brockdorff-Rantzau¹¹⁾ sieht es auch in der Empfehlung an die Serben, sich jeder Provokation Oesterreichs zu enthalten, in der Aufforderung, geräuschlos an der Herstellung eines guten Einverständnisses mit den andern Balkanstaaten zu arbeiten und ihre ganze Aufmerksamkeit diesem Ziele zuzuwenden.

1) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXVI, S. 567.

2) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXVI, S. 536.

3) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXVI, S. 554.

4) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXVI, S. 568.

5) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXVII, S. 159.

6) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXVII, S. 164.

7) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXVII, S. 168.

8) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXVII, S. 186.

9) Jagow, Ursachen und Ausbruch des Weltkrieges. S. 49.

10) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXVI, S. 158.

11) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXVII, S. 164.

Welchen Zwecken sollte dieser von Russland patronisierte Bund nach Meinung der deutschen Diplomaten dienen? Brockdorff-Rantzau¹⁾ meint, der Bund soll eine nationale Barriere gegen das Vordringen fremder Herrscher bilden. Auch Scharfberg²⁾ und Pourtalès³⁾ waren der Meinung, die russische Politik beabsichtigte dadurch einen „Sturmbock“, einen „Wall“ gegen das Vordringen Oesterreichs und Deutschlands zu gründen. Schliesslich glaubt auch Marschall⁴⁾ Russland möchte für die Gründung des Balkanbundes den Einfluss Oesterreichs und Deutschlands ausschalten.

Sahen die deutschen Diplomaten eine Gefahr in dieser Arbeit Russlands? Bülow⁵⁾ ist der Ansicht, dass, wenn es Russland gelingen sollte, den Balkanbund zustande zu bringen, die Lage Oesterreichs wirklich sich verschlechtern würde. Auch Pourtalès⁶⁾ sagt, die Arbeit Russlands berge die Möglichkeit neuer Konflagrationen in sich. Die deutschen Diplomaten sind der Meinung, dass, trotz der regen Tätigkeit, Russland augenblicklich (1910) nach wie vor Ruhe brauche, „friedensbedürftig“ sei und den „Stillstand der Dinge“ im Nahen Orient wünsche. Einen Beweis dafür sieht Tschirsky⁷⁾ im Streben Russlands, der Spannung mit Oesterreich ein Ende zu machen, eine Aenderung in seinem Verhalten zur Donaumonarchie eintreten zu lassen. Auch Jagow und Pourtalès sind der Meinung, Russland strebe aus dem oben erwähnten Grunde nach einer „Annäherung an Oesterreich“, einer „Wiederanknüpfung“ normaler Beziehungen (mit ihm). Pourtalès⁸⁾ glaubt aber, das Streben Russlands, eine „Entspannung“ zwischen Petersburg und Wien herbeizuführen, könne sich nur auf die „Wiederherstellung des Kontaktes“ beschränken und keineswegs zu einer weitgehenden Verständigung führen. Er sieht den Grund dafür in der Erbitterung über die Annexion, in der „Utopie“ eines grossen Balkanbundes und in dem Gedanken der Entwicklung unabhängiger slawischer Balkanstaaten unter dem Protektorate Russlands, der in der russischen Gesellschaft zu tiefe Wurzeln geschlagen hat, als dass man dort sich mit der Idee einer Vereinbarung befreunden könnte, welche die westlichen Balkanslawen dem Einfluss Oesterreichs unterstellt hätte. Dieser Meinung war auch Tschirsky,¹¹⁾ denn er bezweifelt bei dem Mangel an gegenseitiger innerer Aufrichtigkeit beider Staaten eine mehr als äusserliche Annäherung zwischen Russ-

¹⁾ Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXVII, S. 164.

²⁾ Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXVIII, S. 323.

³⁾ Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXVII, S. 177.

⁴⁾ Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXVII, S. 446 und 453.

⁵⁾ Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXVI, S. 520.

⁶⁾ Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXVII, S. 177.

⁷⁾ Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXVII, S. 515.

⁸⁾ Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXVII, S. 453.

⁹⁾ Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXVII, S. 455 und 532

¹⁰⁾ Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXVIII, S. 517.

land und Oesterreich in absehbarer Zeit. Aber auch diese Annäherung diene den Diplomaten zum Beweis, dass Russland¹⁾ in den nächsten Jahren keine Komplikationen auf dem Balkan brauchen könne. Zimmermann²⁾ konstatiert bei der Zusammenkunft der Monarchen in Baltischport (1912) die Aufmerksamkeit Russlands, die auf Aufrechterhaltung des Status quo im Balkan gerichtet sei, so dass es auf keinen Fall eine Politik unterstützen wolle, welche die Störung des Status quo herbeiführen könnte. Auch Bethmann-Hollweg³⁾ hat die bestimmte Ueberzeugung, Russlands Orientpolitik bleibe auf jenes Ziel gerichtet. Schliesslich sind auch Pourtalès und Kühlmann der Ansicht. Der eine sagt,⁴⁾ Russland möchte dem Ausbruch eines Konfliktes auf der Balkanhalbinsel vorbeugen, der andere,⁵⁾ Russland sei es ernstlich um Erhaltung der Ruhe auf dem Balkan zu tun. Dieses Streben Russlands zeigte sich nach der Meinung Kühlmanns in den sehr nachdrücklichen Mahnungen, die Russland als erste Macht an den König von Montenegro richtete (August 1912), nach Lucius⁶⁾ darin, dass Russland dem bulgarischen Gesandten sagen liess, Bulgarien könne nicht auf russische Hilfe rechnen, und „scharfe Warnungen“ nach Cetinje, Belgrad und Athen gehen liess (Sept. 1912), auch Zimmermann und Schoen waren dieser Meinung. Der erste sagt,⁷⁾ Russland habe „unverzüglich energische Vorstellungen“ in Cetinje, Sofia und Belgrad erhoben. Der zweite⁸⁾ berichtet, Sasonow habe die Vertreter der Balkanstaaten dringend ersucht, ihre Regierung von jedem weiteren Schritte, der durch die „Unbesonnenheit“ der Balkanstaaten bereits gespannte Situation noch verschärfen könne, nachdrücklich zu warnen.

Pourtalès und Griesinger⁹⁾ stellen auch während des Balkankrieges fest, dass die russische Regierung „mässige Ratschläge“ erteilte, „Zurückhaltung und Mässigung“ empfahl und die Warnung ergehen liess, auf die unbedingte Unterstützung Russlands zu rechnen. Trotz diesen Mahnungen und Warnungen zweifelten die deutschen Diplomaten aber während des Balkankrieges an der Aufrichtigkeit der russischen Friedensliebe. Tschirsky¹⁰⁾ war der Meinung, Zweifel müssten schon auftauchen, wenn man beobachtete, wie Russlands amtlicher Vertreter, Hartwig, der nichts anderes als ein panslawistischer Agitator war, jahrelang von seiner Regierung ganz unangefoch-

1) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXVII, S. 468.

2) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXXI, S. 447.

3) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXXI, S. 448.

4) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXXI, S. 538.

5) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXXIII, S. 84.

6) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXXIII, S. 106.

7) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXXIII, S. 44.

8) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXXIII, S. 184.

9) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXIII, S. 345 und 455.

10) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXXI, S. 202.

ten sein Wesen in Serbien treiben konnte. Er zweifelt nicht, dass Hartwig, der wie ein russischer Vizekönig in Serbien regierte und das Land so in der Hand hielt, dass dort keine Note geschrieben wurde, die man ihm nicht vorlegte, auch bei der neuesten Phase der serbischen Politik die Hand im Spiele hatte. Dieser Meinung war auch Pourtalès.¹⁾ Er erkennt dies unter anderem im Verhalten Hartwigs, der, nachdem die russische Regierung den Serben vom Kriege abgeraten hatte, als einziger Diplomat den serbischen Kronprinzen beim Ausmarsch in den Krieg ein Stück Weges begleitete. Auch Schoen berichtet,²⁾ Hartwig gehe in seinen Sympathien für Serbien sehr weit. Kiderlen stellt fest,³⁾ dass seine Sprache sich nicht im Einklang mit der Haltung der russischen Regierung befand. Dieses wird auch von Griesinger, Jagow und Pourtalès bestätigt. Der erste sagt,⁴⁾ Hartwig treibe dort eine panslawistische Hetze, „agitiere“ und bestärke die Serben in ihrer „Verzögerungspolitik“, der zweite,⁵⁾ er erwecke dort Widerstand, der dritte endlich,⁶⁾ er spiele in Belgrad eine „hetzende Rolle“. Einen Beweis dafür lieferten nach Meinung von Griesinger die Äußerungen Hartwigs, Serbien könne auf einen Hafen an der Adria unmöglich verzichten, da Russland aus Serbien eine slawische Vormacht zu schaffen beabsichtigte, welcher Bosnien, die Herzegowina und die südlichen Teile Ungarns einverleibt werden müssten. Wenn Hartwig auch contrecœur⁷⁾ gezwungen war, eine gemeinsame Demarche der Mächte in Belgrad mitzumachen, so störte es ihn seiner Meinung nach doch nicht, in seinen fortwährenden Unterredungen mit König Peter und dem Parliamente unter der Hand durchblicken zu lassen, wie sehr die Sympathie der panslawistischen Welt auf ihrer Seite stände und wie leicht ihnen unvorhergesehene Ereignisse die Erfüllung ihrer Wünsche bringen könnten.

Nach der Meinung Lafferts⁸⁾ war auch die Haltung der Russen in der nordalbanischen Grenzkommision (1913) geeignet, die Serben in ihrem Glauben zu stärken, da die Russen sich nicht als Mitglieder einer internationalen Kommission, sondern als Vertreter Serbiens benommen haben: sie empfangen allein serbische Deputierte, schritten zur Besichtigung der neuen Grenzlinie mit serbischen Offizieren und fassten jedes für Serbien ungünstige Urteil als persönliche Beleidigung auf. Auch Griesinger⁹⁾ glaubt, die Haltung der Russen habe sich viel eher

1) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXXIII, S. 388.

2) Die gr. Politik der europ. Kabinette Bd. XXXIII, S. 300.

3) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXXIII, S. 294.

4) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXXIV, S. 618.

5) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXXIV, S. 633.

6) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXXIII, S. 388.

7) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXXIV, S. 564.

8) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXXVI, S. 230.

9) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXXVI, S. 418.

geeignet, die serbische Regierung in ihrem Glauben an die stillschweigende Billigung ihrer albanesischen Velleitäten zu befestigen, als sie zur Achtung der Londoner Beschlüsse anzuhalten. Die deutschen Diplomaten kommen in Anbetracht der Haltung Hartwigs und der Mitglieder der albanesischen Grenzkommission zum Schluss, dass die russische Regierung während dieser Krisis genau dasselbe „unwürdige Doppelspiel“ betrieben habe, wie sie es während der bosnischen Krise und vor dem japanischen Kriege tat: offiziell mahnte sie zur Ruhe, inoffiziell gestattete sie, die Balkanstaaten in ihrem Widerstande zu stärken. Pourtalès¹⁾ zweifelt nicht, dass, wenn Sasonow während des Krieges den Serben gegenüber dieselbe deutliche Sprache geführt hätte, die er vor dem Kriege allen Balkanstaaten gegenüber führte, diese gewiss ihren Eindruck nicht verfehlt und auf die Serben ernüchternd gewirkt hätte. Schliesslich glaubt auch Tschirsky,²⁾ dass, wenn die Russen den Serben den Glauben genommen hätten, für ihre Aspirationen Untrestützung oder Rückendeckung bei Russland zu finden, sie sich von diesen losgesagt hätten. Auch Jagow³⁾ ist der Meinung, es wäre für Russland, wenn es wirklich gewollt hätte, bei seinem Einflusse auf die Balkanstaaten nicht schwer gewesen, dem Willen Europas dort Gehör zu verschaffen. Derselben Ansicht waren auch Bethmann-Hollweg und Wangenheim. Sie sagen,⁴⁾ Russland habe durch sein Doppelspiel „Hemmungen und Verzögerungen“ verursacht, die Mächte am Eingreifen verhindert und müsse daher die Schuld an der unnötigen Ausdehnung des Krieges auf sich nehmen.

Was wollte Russland nach Meinung der Diplomaten mit dieser Politik erreichen? Kiderlen glaubt,⁵⁾ Russland habe mit seiner Unterstützung serbischer Ansprüche auf einen Hafen an der Adria, deren es sich nach aussen hin befelessigte, nicht viel mehr bezweckt, als den „Schein und das Prestige“ zu wahren und der „traditionellen Rolle als Beschützer der Balkanstaaten“ treu zu bleiben. Er nimmt daher an, es wäre Russland ebenso wenig erwünscht gewesen, einen Hafen an der Adria in den Händen der Serben, wie Konstantinopel in denjenigen der Bulgaren zu wissen und damit die Aussicht auf Verwirklichung etwaiger eigener Aspirationen auf diese beiden wertvollen Stützpunkte für seine militärische Machtstellung im Mittelmeer herabzumindern. Dieser Meinung war auch Pourtalès. Er hat ebenfalls den bestimmten Eindruck, Russland wünschte, trotz seiner Sympathie für die Balkanstaaten, keine grosse Er-

1) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXXIII, S. 455.

2) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXXIV, S. 508

3) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXXIV, S. 457.

4) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXXIV, S. 670 und 710

5) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXXIII, S. 367.

6) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXXIII, S. 385 und 395.

folge der Bulgaren, da es ihm nicht angenehm sein konnte, die Bulgaren ihren ruhmreichen Feldzug gegen die Türkei durch den Einzug in Konstantinopel krönen zu sehen, auf welches es selber vor 34 Jahren hatte verzichten müssen. Er betrachtete aber¹⁾ Sasonow doch zu sehr als Slawen, um auf den alten Grundsatz der russischen Politik, ein vom türkischen Joche befreites und von Christen bewohntes Gebiet dürfe nicht wieder unter dieses Joch zurückkehren, zu verzichten. Er trat vielmehr für jeden Fuss slawischen Bodens, den es galt, den slawischen Brüdern zu sichern, ein, als ob es sich dabei um ein höchwichtiges russisches Lebensinteresse handelte. Schliesslich sagt auch Wangenheim.²⁾ Russland sei bemüht gewesen, den Sieg der Balkanvölker über die Türkei zu einem möglichst vollständigen zu gestalten.

Pourtalès³⁾ erklärt (1914), man sei in Russland trotz der von den slawischen Balkanstaaten während der letzten Krisis errungenen grossen Erfolge nicht zufrieden; man werfe der Regierung vielmehr vor, sie habe nicht genügend für die Sache des Slawentums und Russlands erreicht.

Die deutschen Diplomaten stellen fest, dass nach dem Balkankriege Russland seine Tätigkeit auf dem Balkan fortsetzte, die sie jetzt auch in Rumänien zu entfalten suchte. Quadt⁴⁾ sagt, die russische Regierung habe mit allen Mitteln an der Entfernung Rumäniens vom Dreibund gearbeitet. Auch Pourtalès und Jagow bestätigen dies. Der eine⁵⁾ schreibt, man sei in Petersburg gegenüber Rumänien ganz besonders entgegenkommend und liebenswürdig, der andere,⁶⁾ man umwerbe Rumänien, mache ihm den Hof und agitiere systematisch am Hofe; die russische Diplomatie suchte seinem Berichte⁷⁾ nach, mit dem Heiratsprojekte für König Karol einzusetzen, im Volke arbeiteten die russischen Agenten und der russische Rubel.

Auch in seinen Memoiren sagt Jagow,⁸⁾ Russland wühlte auf dem Balkan weiter. Der Mord von Sarajewo war seiner Meinung nach die Frucht der von russischen Agenten in Belgrad gesäten Saat, denn auf die Unterstützung Russlands vertrauend und durch Hartwig sekundiert, glaubte sich Serbien alles gegen Oesterreich zu erlauben. Auch Schoen⁹⁾ nennt in seinen Memoiren den Mord von Sarajewo die Frucht von Hartwigs Umtrieben.

1) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXXV, S. 198.

2) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXXIV, S. 710.

3) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXXIV, S. 541.

4) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXXIV, S. 433.

5) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXXIX, S. 474.

6) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXXVI, S. 360.

7) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXXIX, S. 498.

8) Jagow, Ursachen und Ausbruch des Weltkrieges, S. 20.

9) Schoen, „Erlebtes“. S. 221.

2. Die russische Meerengenpolitik.

1905—1914.

Wie stand es nun um diese Zeit nach Meinung der deutschen Diplomaten mit der russischen Meerengenpolitik? Trat auch da ein Wandel ein? Die deutschen Diplomaten bejahen dies. Sie sagen, Russland habe sich, nachdem es vom eisfreien Hafen im Fernen Osten durch den Krieg mit Japan, vom Persischen Golf durch das Abkommen mit England zurückgedrängt wurde, wieder entschlossen, eine aktive Politik in der Meerengenfrage zu treiben. Metternich¹⁾ meint (1908), Russland verlange jetzt die Oeffnung der Dardanellen, Pourtales,²⁾ Iswolsky träume von der freien Ein- und Ausfahrt der russischen Kriegs- und Handelsschiffe aus dem Schwarzen Meere für sein Vaterland, Bülow,³⁾ Iswolskys Ziel sei die Lösung der Meerengenfrage im russischen Sinne. Hintze⁴⁾ glaubt, Russland wünsche die Uebernahme und Beherrschung des Bosphorus und der Dardanellen. Dies war auch die Meinung von Pourtales.⁵⁾ Er sagt, Russland wolle versuchen, die Herrschaft über die Meerengen zu erreichen, um auf diese Weise einen „Ausgang in die eisfreie See zu gewinnen“. Ebenso hat Marschall⁶⁾ den Eindruck, Russland wolle vor den Bestimmungen der grossen internationalen Verträge nicht Halt machen, und komme daher auf sein altes Begehren zurück,⁷⁾ „das Schwarze Meer für russische Schiffe zu einem „mare liberum“, für fremde zu einem „mare clausum“ zu machen, d. h. es wolle das Recht haben,⁸⁾ seine Kriegsschiffe frei durch die Meerengen in das Mittelmeer zu führen; für die Flotte anderer Mächte dagegen soll das Schwarze Meer geschlossen bleiben. Wie stellten sich jetzt die deutschen Diplomaten zu den russischen Wünschen? Bülow⁹⁾ sagt, die wohlwollende Haltung Deutschlands habe sich den russischen Wünschen gegenüber, welche ihren Ausdruck schon im Zusatz-Protokoll zum geheimen Vertrage von 1887 gefunden haben, nach dem Erlöschen des Vertrages nicht geändert. Er¹⁰⁾ hebt immer wieder hervor, Russland wisse, dass Deutschland seine Meerengenpolitik nicht bekämpfen werde, weil es in dieser Frage kein primäres Interesse habe. Wenn Bülow auch der Meinung¹¹⁾ ist (1908), Deutschland könne diese Sache jetzt

1) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXVI, S. 205.

2) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXV, S. 537.

3) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXII, S. 82.

4) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXVI, S. 567.

5) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXV, S. 385.

6) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXV, S. 294.

7) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXII, S. 90.

8) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXII, S. 83.

9) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXVI, S. 373.

10) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXVI, S. 202.

11) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXVI, S. 437.

nicht fördern, so glaubt¹⁾ er doch, Russland dürfe „la clef de la maison“ nicht von den Westmächten allein eingehändigt werden. Dieser Ansicht war auch Schoen,²⁾ wenn er meint, dass, sollte es zur Einräumung der freien Durchfahrt an Russland kommen, Deutschland und Oesterreich sich auf Seite der Mitgeber befinden müsse, und nicht den Westmächten „die Ueberraschung dieser Morgengabe“ überlassen dürfe. Schliesslich hält auch Wilhelm II.³⁾ am alten Grundsatz Bismarcks und Schweinitz fest, dass die Meerengen Russland von Wien und Berlin, nicht aber von England bekommen dürfe. Er glaubt daher, Berlin und Wien müssten zusammen die Verhandlungen über die Meerengenfrage mit Petersburg beginnen.

Wir sehen, dass die Stellung der deutschen Diplomaten bezüglich der russischen Meerengenvünsche im Jahre 1908 im allgemeinen dieselbe wie vor dem japanischen Kriege blieb. Sie waren wie früher geneigt, Russland in diesem Punkte keine Schwierigkeiten zu bereiten. Kiderlen⁴⁾ und Pourtalès⁵⁾ sagen, Russland habe 1908 die Frage fallen lassen, weil es „einen Korb, eine glatte Absage“ aus London erhalten habe. Nach dem Berichte von Pourtalès⁶⁾ benützte aber die russische Regierung die Zuspitzung des italienisch-türkischen Konfliktes (1911), um die Meerengenfrage wieder ins Rollen zu bringen. Auch Marschall⁷⁾ bestätigt dies. Es trat seiner Meinung nach im Verlangen Russlands zutage, im Einverständnis mit der Pforte künftig die russischen Kriegsschiffe nach Massgabe eines zu schliessenden „accord special“ durch die Meerengen frei passieren zu lassen, den fremden Kriegsschiffen aber den Zugang zu verwehren. Marschall⁸⁾ betrachtet den russischen Vorschlag, der eine Lösung der Meerengenfrage im russischen Sinne bedeute, als „Beginn der Katastrophe“, als „Stoss ins Herz des türkischen Reiches“. In dem Augenblick, wo die russische Kriegsflotte frei die Meerengen passieren kann, ist Russland Herr in Konstantinopel, da alle Kauteln, die es anfangs zugestehen würde, wie z.B. die Durchfahrt nur einzelner Kriegsschiffe und in bestimmten Zeiträumen, in kürzester Zeit ausser Übung treten würden. Er glaubt,⁹⁾ die Herrschaft der Russen in Konstantinopel bedeute nicht nur einen Schlag für die Türkei, sondern auch einen für Deutschland, da die Deutschen dort vor die Alternative gestellt würden, entweder das Land zu verlassen, oder das Produkt ihrer Arbeit unter russischer Kon-

1) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXIII, S. 83.

2) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXVI, S. 28.

3) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXVI, S. 372.

4) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXX, S. 253.

5) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXVI, S. 377.

6) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXX, S. 204.

7) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXX, S. 212.

8) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXX, S. 226.

9) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXX, S. 226.

trolle zu stellen. In krassem Gegensatz zu seinen früheren Auffassungen, vertritt Marschall¹⁾ jetzt die Meinung, Deutschland müsse verhindern, dass Russland sein Ziel bezüglich der Meerengen erreichen solle, denn, wenn man ihm keine Schwierigkeiten bieten soll, so heisst es, eine Lösung anzunehmen, welche für Russland allein akzeptabel sei, nämlich die freie Durchfahrt der russischen Flotte und die Schliessung der Meerengen für alle andern Flotten. Er glaubt,²⁾ Deutschland müsse die Abwehr gegen diesen russischen Streich aus eigener Kraft führen, weil der Widerstand der Westmächte erloschen oder dem Erlöschen nahe sei. Im Gegensatz zu Marschall stehen Bethmann-Hollweg und Kiderlen. Beide³⁾ sind ihrer alten Ansicht treu geblieben, es entspreche der deutschen Politik, Russland in der Meerengenfrage keine Schwierigkeiten zu bereiten, da sie keinen Wunsch habe, Geschäfte der Westmächte zu machen. Dass diese in der Meerengenfrage eine Schwenkung vollzogen haben sollen, schien Kiderlen nicht glaubhaft. Auch Pourtalès glaubt,⁴⁾ das Zarenreich sei bei der Lösung dieses Problems diesmal wieder auf unüberwindliche Schwierigkeiten gestossen. Diese Ueberzeugung beruhte bei ihm auf der plötzlichen Erklärung Sasonows in Paris, Russland denke nicht daran, die Meerengenfrage aufzurollen und keinerlei amtlichen Schritte in dieser Frage zu unternehmen, während der russische Botschafter in Konstantinopel noch wegen der Meerengen verhandelte. Bei Pourtalès⁵⁾ ist in der Erklärung Sasonows nicht festgestellt, ob der russische Botschafter amtlich beauftragt gewesen sei, in Konstantinopel Schritte in der Meerengenfrage zu tun, oder ob er auf eigene Faust gehandelt habe. Er neigt aber zur Annahme, der Botschafter habe in Konstantinopel seine Instruktionen überschritten, ohne aber ganz selbständig und ohne Wissen des Ministeriums gehandelt zu haben.

Wangenheim⁶⁾ ist der Meinung (1913), die abermalige Niederlage der Russen hätte die Vorbereitung eines neuen Vorstosses auf dem Landwege zur Folge gehabt. Den Grund zu dieser Annahme sah er in der Verlegung des Schwerpunktes der russischen Tätigkeit von der europäischen nach der asiatischen Türkei, die im erhöhten Interesse der Russen für die Armenier zutage trat. Er sagt, man könne mit Bestimmtheit annehmen, dass, sobald von Petersburg aus über die Not der Armenier geklagt werde, ein neuer russischer Vorstoss in der Richtung nach Konstantinopel bevorstehe. Es handelt sich dabei seiner Meinung nach nicht um eine spontane Regung der russischen Politik, sondern um die letzte Etappe einer sorg-

1) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXX, S. 230.

2) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXX, S. 221 und 247.

3) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXX, S. 210 und 253.

4) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXX, S. 248.

5) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXX, S. 250.

6) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXXVII, S. 175.

fältig vorbereiteten Aktion grössten Stils.¹⁾ Im Gegensatz zu Wangenheim²⁾ glaubt Pourtalès, die Klagen der Russen über die Not der Armenier lassen noch auf keinen neuen russischen Vorstoss schliessen. Seiner Meinung nach beabsichtigten die Russen demnächst nicht die Meerengenfrage aufzurollen. Der Hauptgrund, weswegen sie den Stein jetzt noch nicht ins Rollen bringen wollten, erblickte er darin, dass England zurzeit (1913) zu einer Aufteilung des kleinasiatischen Besitzes der Türkei nicht geneigt wäre, was den Russen nicht verborgen bleiben konnte. Wenn Pourtalès³⁾ 1913 auch an keinen russischen Vorstoss glaubte, zweifelte er doch nicht, dass Russland sein altes Ideal keineswegs aufgegeben hat. Die Besitzergreifung der Meerengen bildete nach wie vor das Ziel, dessen einstige Erreichung die meisten Russen ihrem Vaterlande wünschten.

3. Die russische Politik in Armenien.

Die deutschen Diplomaten sind der Meinung, dass das erhöhte Interesse Russlands für die Meerengen die Vollziehung eines Wandels der russischen Politik in Armenien zur Folge hatte. Die deutschen Diplomaten, wie Wangenheim und Pourtalès, sprechen erst davon im Jahre 1913, als Russland die armenische Reformfrage wieder ins Rollen bringen wollte. Wangenheim⁴⁾ sieht diesen Wandel in der Unterbrechung des von seiten Russlands seit 1878 betriebenen Russifizierungssystems, in dem Verhältnissen des gestern noch unterdrückten armenischen Volkes, im Bestreben, seine Ansprüche in die Höhe zu schrauben, in der Wühlarbeit und in der Stiftung von Unzufriedenheit. Es suchte alle Annäherungsversuche zwischen Kurden Armeniern zu verhindern, ja, es unterstützte sogar neben den Armeniern auch die Kurden mit Geld und Waffen, damit diese ihr Räuberleben auf Kosten der Armenier fortsetzen konnten. Er glaubt, es fehle Russland nicht an Organen zur Anknüpfung von Beziehungen. Schon dadurch,⁵⁾ dass das Haupt der orthodoxen armenischen Kirche seinen Sitz im russischen Gebiete hatte, wurden hinüber und herüber manche Fäden geknüpft. Ferner unterhält Russland in Anatolien und Nordwestpersien nicht weniger als 15 Konsulate und Konsularagenturen, was nach der Meinung Wangenheims ebenso viele russische Propagandaherde bedeutete, von denen aus den Armeniern durch Geld und gute Worte die Idee suggeriert werden sollte, alle ihre Stammesgenossen genossen unter dem Szepter des Zaren alle Wohltaten eines geordneten Rechtsstaates und daher sei die

¹⁾ Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXXVIII, S. 74.

²⁾ Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXXVIII, S. 81.

³⁾ Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXXVIII, S. 133.

⁴⁾ Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXVIII, S. 11.

⁵⁾ Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXVIII, S. 23.

Aufnahme der ganzen armenischen Nation in den russischen Untertanenverband ein erstrebenswertes Ziel. Für Propagandazwecke in Ostanatolien allein soll Russland, wie er meint, im letzten Jahre $2\frac{1}{2}$ Millionen Rbl. ausgegeben haben. Wangenheim glaubt,¹⁾ mit diesen Mitteln erhalte Russland die asiatische Türkei in steter Aufregung und in einem Zustande, welcher Russland im gegebenen Augenblick gestatte, als interessierter Grenzstaat für sich das Recht der Intervention in Anspruch zu nehmen. Kühlmann²⁾ ist ebenfalls der Meinung, die einzige Grossmacht, die von den Unruhen in Armenien unmittelbaren Nutzen ziehen könne, sei Russland, da sie ihm die Möglichkeit zu geben in der Lage seien, unter dem Vorwande gefährlicher Unruhen an seiner Grenze in das armenische Gebiet einzumarschieren. Im Gegensatz zu Wangenheim aber glauben Pourtalès und Kühlmann³⁾ nicht, Russland wolle schon jetzt in Armenien einschreiten: sie sind vielmehr überzeugt, dass die offizielle russische Politik sich jetzt für die Erhaltung des Status quo in der asiatischen Türkei einsetze. Wenn Pourtalès⁴⁾ auch zugibt, es sei von seiten Russlands in Armenien gewählt worden, so glaubt er doch, man könne diese Wühlarbeit nicht auf einen bestimmten, wohl durchdachten Plan der gegenwärtigen Leitung der auswärtigen russischen Politik zurückführen. Seiner Meinung nach darf man aber die Rolle nicht ausser Acht lassen, welche die inoffiziellen Kreise erfahrungsgemäss in der russischen Politik spielen. Diese Kreise, welche überall das Tempo der russischen Expansionspolitik beschleunigen, arbeiten zweifellos daran, Russland zu einem Vorgehen in Kleinasien zu veranlassen. Er zweifelt auch nicht, dass es nicht an amtlichen Organen der russischen Politik fehle, welche mit jenen Kreisen jetzt sympathisieren und ihnen mehr oder minder versteckt ihre Unterstützung zuteil werden lassen. Dieser Meinung war auch Kühlmann, indem er glaubt, die mächtige Unterströmung werde früher oder später eine Politik der Ausdehnung in Türkisch-Armenien befürworten.

4. Die russische Politik in der Türkei.

1905—1914.

Wie gestaltete sich nach Meinung der Diplomaten die russische Politik in der Türkei in der Zeit, wo sie nach der Verwirklichung ihres Zieles, nach der Herrschaft über die Meerengen, strebte? Die deutschen Diplomaten sind der Meinung, dass die russische Politik speziell der Türkei gegenüber im allgemeinen dieselbe blieb, wie vor dem japanischen Kriege, d. h. sie

¹⁾ Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXXVIII, S. 75.

²⁾ Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXXVIII, S. 54.

³⁾ Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXXVIII, S. 54 und 81.

⁴⁾ Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXXVIII, S. 81.

suchte einerseits die Türkei zu zertrümmern und wollte andererseits Russland als „Freund und Beschützer“ des Sultans erscheinen lassen. Miquel¹⁾ sagt, Russland suche ein „freundschaftliches Verhältnis“ mit der Türkei anzubahnen und lasse es an „Liebeswerben“ nicht fehlen, da es immer wieder²⁾ verkündete, es sei berufen, „die Interessen des Sultans“³⁾ zu wahren. Auch Marschall⁴⁾ berichtet, Russland äussere „Freundschaftsversicherungen“, um durch „allerhand Gefälligkeiten“ den Sultan zu gewinnen. Er⁵⁾ sieht diese in dem Verzicht Russlands auf einen erheblichen Teil der alten Kriegsentschädigung, zugunsten einer Vereinbarung mit Bulgarien, und in den ständigen Beziehungen der Botschaft zum Komitee, in den fortgesetzten Einladungen an die türkischen Abgeordneten der verschiedenen Parteien, endlich in der ununterbrochenen Weihrauchwolke, in welche die russische Botschaft das Jungtürkentum einhüllte. Mit all diesen grossen und kleinen Mitteln sollte die Türkei umgarnt werden. Marschall glaubt, bei diesen Treibereien sei nur der Versuch, einen Balkanbund mit Einschluss der Türkei zu gründen, von eigentlichem Interesse, der die Türkei auf diese Weise von Deutschland und Oesterreich abziehen sollte. Er⁶⁾ betrachtet dieses Streben Russlands als eine „Utopie“, Bülow⁷⁾ als „Bluff“, Pourtalès⁸⁾ als „Traum“. Marschall⁹⁾ und Pourtalès¹⁰⁾ sind überzeugt, dass dieser Bund schon deshalb nicht zustande kommen könne, weil die Türkei bei ihrem Eintritt in ihn eine Garantie ihres europäischen Besitzstandes beanspruchen würde, was Russland gegenüber der slawischen Welt kaum zu übernehmen wagen werde. Mit der gleichen Skepsis betrachten Marschall und Pourtalès die „wohlwollende Haltung“ der russischen Regierung gegenüber den neuen Zuständen in der Türkei. Marschall¹¹⁾ scheinen die Versicherungen des russischen Botschafters, Russland habe ein grosses Interesse, im Inneren konsolidierte, wirtschaftlich prosperierende und militärisch starke Staatswesen als Nachbarn zu sehen, wenig wahrscheinlich zu sein, weil sie ihm als Antipode dessen erscheinen, was Russland bisher in der Türkei verfolgt hat. Dieser Meinung war auch Pourtalès.¹²⁾ Auch er ist überzeugt, Russland wünsche keine wirkliche Erstarkung der Türkei. Er glaubt, es nehme im stil-

1) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXVII, S. 214.

2) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXVII, S. 186.

3) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXVI, S. 171.

4) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXVI, S. 555.

5) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXVII, S. 251—252.

6) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXVII, S. 252.

7) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXVI, S. 52.

8) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXX, S. 205.

9) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXVIII, S. 257.

10) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXX, S. 205.

11) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXVIII, S. 160.

12) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXV, S. 592.

len an, die Rekonvaleszenz des „kranken Mannes“ werde nicht ohne Zwischenfälle und Rückschläge vor sich gehen, die der russischen Politik Gelegenheit bieten würden, ihren Zielen näher zu kommen. Schliesslich meint auch Kiderlen,¹⁾ Russland könnte ein Erstarken und Aufblühen des ottomanischen Reiches nicht wünschen, denn eine gleichmässige und gerechte Behandlung aller türkischen Untertanen ohne Unterschied der Religion, würde ihm die Möglichkeit nehmen, unter dem Vorwande des Protektorats der orthodoxen Christen sich in die inneren Angelegenheiten der Türkei zu mischen und diese dadurch zu schwächen. Dass die russische Politik die Schwächung der Türkei herbeiführen wolle, bezweifeln die deutschen Diplomaten nicht. Marschall²⁾ sagt ganz deutlich, Russland strebe die „Zertrümmerung“ der Türkei an, arbeite auf die „Verelendung“³⁾ des Reiches hin und beabsichtige ein „russisches Protektorat“³⁾ über die Pforte zu verhängen. Auch Wangenheim⁴⁾ ist überzeugt, Russland habe seine „finsternen Pläne“ nicht aufgegeben. Dies trat nach Meinung Marschalls⁵⁾ während des italienisch-türkischen Krieges deutlich hervor, als Russland sich bereit erklärte, die „Territoires adjoints“, also die Hauptstadt, den deutschen Hafen Haidar-Pascha und einen Teil der anatolischen Bahn unter seinen Schutz zu nehmen, wenn die Pforte freie Durchfahrt nur der russischen Flotte durch die Meerengen gestatten werde. Er betrachtet⁶⁾ den russischen Vorschlag, die Durchfahrt der russischen Flotte in jenem exklusiven Sinne zu erreichen, als einen zweiten Vertrag von Hunkiar-Iskelessi (vom Jahre 1833), in welchem Russland für die Durchfahrt der Türkei zwar den Fortbestand, nicht aber den Machtbestand garantiert; denn in dem Augenblicke,⁷⁾ wo einige Panzerschiffe vor der wehrlosen Hauptstadt liegen, ist Russland politisch und militärisch deren Meister. Bei der intensiven Zentralisation im türkischen Reiche ist die Macht, welche Konstantinopel beherrscht, Herr im Lande. Das Streben Russlands, die Selbständigkeit der Türkei zu vernichten, trat seiner Meinung nach⁸⁾ auch in dessen Vermittlungseifer während des italienisch-türkischen Krieges (1911) zutage, wo es einen Friedensschluss auf der Basis der vollen italienischen Souveränität über Tripolitanien und Cyrenaika befürwortete, der einen Stoss ins Herz des türkischen Kalifats und damit ein Signal zum Zusammenbruch des türkischen Reiches bedeutete. Mit diesen beiden Schritten suchte

1) Die gr. Politik der europ. Kabinette, Bd. XXV, S. 590.

2) Die gr. Politik der europ. Kabinette, Bd. XXV, S. 625.

3) Die gr. Politik der europ. Kabinette, Bd. XXX, S. 243.

4) Die gr. Politik der europ. Kabinette, Bd. XXXVI, S. 266.

5) Die gr. Politik der europ. Kabinette, Bd. XXX, S. 243.

6) Die gr. Politik der europ. Kabinette, Bd. XXX, S. 248.

7) Die gr. Politik der europ. Kabinette, Bd. XXX, S. 226.

8) Die gr. Politik der europ. Kabinette, BBd. XXX, S. 309.

die russische Politik nach Meinung Marschalls, die Türkei zum politischen, und ausserdem im letzten Fall, dem religiösen Selbstmord entgegenzuführen. Wangenheim¹⁾ glaubt, dass auch nach den Balkankriegen Russland die Türkei sich nicht erholen lassen wollte. Er sieht es deutlich im Widerstande Russlands gegen die militärische Stärkung der Pforte. Zwar protestierten die Russen damals nicht gegen die Stärkung der türkischen Armee als solche, sondern gegen die Uebertragung des Oberkommandos über das in Konstantinopel garnisonierende Korps an einen deutschen General. Dennoch konnte sich niemand seiner Meinung nach über den wahren Grund der russischen Opposition täuschen. Er ist überzeugt, dass, wenn Liman nicht zum kommandierenden General des Konstantinopeler Korps ernannt worden wäre, die Russen einen anderen Punkt herausgegriffen hätten, um darin ihren Protest auszudrücken. Einen neuen Beweis,²⁾ dass man in Petersburg jede Stärkung der Türkei, auch durch die Ententemächte, als eine im Grunde gegen Russland gerichtete Massnahme betrachtete, sieht Lucius im Jahre 1914 in der nunmehr sich zeigenden Unzufriedenheit der Russen über das türkisch-französische Abkommen, welches der Türkei den Bau gegen Russland gerichteter strategischer Bahnen erlaubte. Nichts konnte aber nach Meinung der Diplomaten den Russen unangenehmer sein, als eine Erstärkung der Türkei, die sie schon als abgewirtschaftet und zukünftige leichte Beute betrachteten.³⁾

5. War ein kriegerisches Vorgehen Russlands im Nahen Orient zu befürchten?

Wir wollen jetzt, nachdem wir den Verlauf der russischen Politik nach Meinung der deutschen Diplomaten im Nahen Orient beobachtet haben, noch einmal auf die Frage zurückkehren, ob ihrer Meinung nach ein kriegerisches Vorgehen auf dem Balkan von seiten Russlands zu befürchten war.

Wir hören die deutschen Diplomaten von einer solchen Besorgnis vor dem japanischen Kriege nie sprechen, im Gegenteil, sie haben, wie wir das bei der Betrachtung der russischen Balkanpolitik (1890—1905) genauer gesehen haben, einheitlich hervor, Russland sei in jener Zeit allen⁴⁾ „Experimenten und Abenteuern“ dort abgeneigt gewesen. So sagen Hohenlohe⁵⁾ und Holstein.⁶⁾ die russische Politik halte an der Wahrung des Friedens fest: Marschall und Radolin heben immer wieder her-

¹⁾ Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXXVI, S. 266.

²⁾ Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXXVI, S. 765.

³⁾ Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXVI, S. 517.

⁴⁾ Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. X, S. 257.

⁵⁾ Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XII, S. 161.

⁶⁾ Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XVIII, S. 753.

vor, sie wünsche keine „ernsten Komplikationen“¹⁾, keinen „Ausbruch von Feindseligkeiten“.²⁾ Schliesslich glauben³⁾ auch Hatzfeld, Bülow, Alvensleben, Wedel und Mühlberg, die russische Regierung wolle den Ausbruch von Unruhen vermeiden.

Wie war aber die Lage der Dinge nach Meinung der Diplomaten nach dem japanischen Kriege, als Russland den Schwerpunkt seiner Politik wieder nach dem Nahen Orient verlegt hat? War dann ihrer Meinung nach ein aggressives Vorgehen Russlands zu befürchten? Monts sagt (1908),⁴⁾ in Russland habe auch dann eine absolut friedliche Stimmung geherrscht. Auch Pourtalès,⁵⁾ der die Dinge an Ort und Stelle beobachtete, berichtet (1909), von einer „kriegerischen Stimmung“ oder von „Kriegslust“ könne in Petersburg keine Rede sein. Dies bestätigen Hintze, Metternich und Bülow. Der erste sagt,⁶⁾ niemand denke dort an Krieg, der andere,⁷⁾ man wolle keinen Krieg, der dritte endlich,⁸⁾ man sei „weit vom Schuss“. Bülow⁹⁾ ist daher der Meinung (1908), eine „kriegerische“ oder „feindselige“ Haltung von dieser Seite sei nicht zu befürchten. Pourtalès¹⁰⁾ glaubt, ein Eingreifen Russlands zugunsten der slawischen Brüder liege ausserhalb jeder Wahrscheinlichkeit. Im Gegensatz zu Pourtalès befürchtet Metternich (1909),¹¹⁾ Russland werde, im Falle eines kriegerischen Vorgehens gegen Serbien eingreifen, da es die Vernichtung Serbiens nicht ertragen werde. Die andern Diplomaten teilen 1908 diese Meinung nicht. Sie erklären auch in den folgenden Jahren, in Russland bestehe der Wunsch, alles zu tun, um zu verhindern, dass es schon in den nächsten Jahren genötigt werde, in einen Krieg einzugreifen. So sagt Tschirsky,¹²⁾ die russische Regierung habe die Absicht, den Ausbruch kriegerischer Verwicklungen in seinen Interessensphären hinauszuschieben. Auch Kühlmann und Pourtalès waren dieser Ansicht. Der eine behauptet,¹³⁾ Russland strebe nach Erhaltung der Ruhe, der andere,¹⁴⁾ es bemühe sich, dem Ausbruch eines Krieges vorzubeugen, weil es einen Krieg zweifellos nicht wünsche. Der Grund dafür lag

1) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XIV, S. 486 und Bd. XVIII, S. 325.

2) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XII, S. 537.

3) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XII, S. 169 und 537, und Bd. XVIII, S. 220, 256, 291.

4) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXV, S. 220.

5) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXVI, S. 683.

6) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXVI, S. 129.

7) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXVI, S. 166.

8) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXVI, S. 161.

9) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXVI, S. 161.

10) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXVI, S. 270.

11) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXVI, S. 292.

12) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXVII, S. 515.

13) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXXIII, S. 84.

14) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXXIII, S. 27.

nach Meinung Pourtalès und Miquels¹⁾ darin, dass Russland die Zeit für Feindseligkeiten noch nicht für gekommen hielt, die ihm die Möglichkeit geboten hätten, mit Erfolg einzugreifen, um mit den Zielen der slawischen Brüder, seine eigenen, d. h. die Meerengen, zu erreichen.

Die deutschen Diplomaten bezogen aber diese Ansicht, Russland strebe keine kriegेरischen Verwicklungen an, nur auf die amtliche russische Politik, die sich gerade in diesem Falle scharf von der nichtamtlichen unterschied. Dass die letzte schon 1905 zum Kriege trieb, schien nicht der Fall gewesen zu sein, da die deutschen Diplomaten sich in jener Zeit nie darüber äusserten. Anders lagen aber die Dinge hier nach dem japanischen Kriege.

Pourtalès,²⁾ der das Wachsen der panslawistischen Bewegung in Petersburg nach dem japanischen Kriege beobachten konnte, stellt (1908/09) ein Anschwellen der kriegेरischen Wogen unter den Panslawisten und die Existenz vieler „Heiss-sporne“ unter ihnen fest, welche Komplikationen im Nahen Orient nicht ungern gesehen hätten; denn sie sahen in einem Kriege, in welchem Russland ihrer Meinung nach leichtes Spiel gehabt hätte, ein geeignetes Mittel zur Wiederherstellung des durch den japanischen Krieg erschütterten Prestige Russlands. Pourtalès³⁾ sagt, die amtliche Regierung habe einen schweren Stand gegenüber den Hetzereien der Panslawisten gehabt, die, unterstützt vom Grossfürsten Nikolaus Nikolajewitsch und von zwei Grossfürstinnen, welche als geborene⁴⁾ montenegrinische Prinzessinnen eifrig für die slawische Sache Propaganda führten, auf den Zaren selbst Einfluss zu üben suchten, was ihnen, wenn auch nur vorübergehend, gelang. Seiner Meinung nach wurden die Panslawisten besonders gefährlich während des Winters 1912/13, als, berauscht von den Siegen der Balkanslawen, sie in den Strassen von Petersburg unter Beteiligung von Offizieren⁵⁾ Demonstrationen gegen die von der Regierung geführte friedliche Politik veranstalteten,⁶⁾ in Versammlungen scharfe Resolutionen gegen Oesterreich fassten, zur „Abrechnung“ und zum Kriege mit ihm drängt. Er glaubt⁷⁾ (1914), im Frühjahr 1913 seien die Funken recht nahe um das Pulverfass geflogen, und wenn es in diesem kritischen Augenblick unter den Panslawisten einen General wie Skobelew gegeben hätte, dieser es vielleicht fertig gebracht hätte, einen Krieg herbeizuführen. Pourtalès war aber während dieser letzten Krisis überzeugt, dass trotz aller Spannungen, trotz des

1) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXXIII, S. 197.

2) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXV, S. 33.

3) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXIV, S. 330.

4) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXXIV, S. 437.

5) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXXIV, S. 552.

6) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXXIV, S. 437.

7) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXXIX, S. 552.

Ringens der Einflüsse der zum Kriege treibenden Elemente, und denjenigen Kreisen an der Erhaltung des Friedens arbeiten, die russische Regierung das Heft in der Hand behalte, solange Oesterreich keine aggressive Politik gegen Serbien treiben werde. Im Gegensatz zu seiner Auffassung während der bosnischen Krisis, fürchtet Pourtalès¹⁾ jetzt, Russland werde in diesem Fall zum Schwerte greifen und für die serbischen Ansprüche eintreten. Denn man kann seiner Meinung nach²⁾ mit Bestimmtheit annehmen, im Falle eines Vorgehens Oesterreichs gegen Serbien werde die zwar verhältnismässig kleine, aber mächtige und rührige Gruppe der panslawistischen Hetzer die ganze öffentliche Meinung mit sich fortreissen und die jetzigen Leiter der Regierung verdrängen. Er fürchtet, der Verlauf der Dinge würde ähnlich sein, wie bei dem letzten von Russland geführten Kriege. Es würde gegen den Willen des Monarchen, seiner Regierung, sowie der grossen Majorität des russischen Volkes zum Kriege kommen. Es würden „anonyme Kräfte“ den Krieg herbeiführen, welcher dann auch besonders gegen Oesterreich in weiten Kreisen populär werden würde. Diese Besorgnis von Pourtalès zeigt auch Bethmann-Hollweg.³⁾ Er fürchtet, die Kräfte, die hinter der panslawistischen Hetze stehen, werden die Oberhand gewinnen, falls Oesterreich in einen Konflikt mit Serbien geraten würde. Die Vertreter der friedlichen Richtung, d. h. die amtliche Regierung, würden seiner Meinung nach, falls sie versuchen würden, sich ihnen zu widersetzen, einfach vom Sturm der öffentlichen Meinung fortgeweht werden.

Pourtalès⁴⁾ stellt fest, dass auch nach der Balkankrisis die Panslawisten das Treiben und Hetzen gegen Oesterreich nicht unterlassen haben. Die Animosität gegen Oesterreich herrschte jetzt nicht nur in panslawistischen Kreisen. Selbst unter denjenigen, deren Sympathie für die slawischen Brüder auf der Balkanhalbinsel eher kühl waren, hatte die Balkankrisis einen tiefen Groll hinterlassen, der auf dem Gefühl, die russische Diplomatie sei während dieser Krisis vor der österreichischen wieder zurückgewichen, beruhte. Daher war auch bei ihnen der Wunsch, mit Oesterreich einmal abzurechnen, erklärlich. Pourtalès glaubt aber jetzt (1914), wie während der Balkankrisis gebe es unter den Panslawisten auch jetzt keine Leute wie Katkow und Aksakow, die Alexander II. gegen seinen Willen in einen Krieg getrieben haben, wenn sie nicht noch plötzlich auftauchen sollten. In diesem Unvorhergesehenen lag seiner Meinung nach eine Gefahr, denn es war fraglich, ob die Regierung jeweilen die Energie haben würde, den Forderungen

1) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXXIV, S. 437.

2) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXXIII, S. 386.

3) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXXIV, S. 346.

4) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXXIX, S. 549 und 571.

der Panslawisten wirksam entgegenzuwirken. Bedauerliche Beweise ihrer Schwäche sieht Pourtalès¹⁾ im zeitweiligen Bedürfnis der russischen Regierung, den Panslawisten angesichts ihrer Treibereien einige Zugeständnisse zu machen, ferner in der Ohnmacht der Regierung, gegen die panslawistische Presse vorzugehen. In dieser Schwäche lag seiner Meinung nach die Gefahr der gegenwärtigen Lage.

Bereitete sich aber die amtliche Regierung nach Meinung der Diplomaten auf einen Krieg vor? Jacobi und Hintze bejahen dies. Der eine meint²⁾ (1908), Russland bereite sich auf einen Krieg gegen Deutschland vor, da es mit der Möglichkeit eines Widerstandes Deutschlands gegen seine neue Orientpolitik rechne. Auch der andere³⁾ ist fest überzeugt, Russland treffe Kriegsvorbereitungen. Hintze schreibt (1910), Russland schneide sowohl vor als nach dem japanischen Kriege seine militärischen Rüstungen auf ein und denselben Krieg zu, auf den gegen Deutschland. Er zweifelt nicht, dass es den Anlass zu einem Kriege zu gelegener Zeit im Nahen Orient suchen und finden werde. Schliesslich ist auch Wilhelm II.⁴⁾ der Meinung (1914), Russland bereite sich systematisch auf einen Krieg gegen Deutschland vor. In krassem Gegensatz zu ihnen steht Plessen⁵⁾ (1910). Seiner Meinung nach hat Hintze die russischen Verhältnisse Deutschland gegenüber zu schwarz gesehen, denn was er für Rüstung gegen Deutschland hielt, wäre nichts als eine Reorganisation der russischen Landesverteidigung überhaupt. Dieser Ansicht waren auch Bethmann-Hollweg, Lucius und Pourtalès. Der erste glaubt⁶⁾ (1914), Russland plane keinen baldigen Krieg mit Deutschland, der zweite⁷⁾ meint, Russland liege jede aggressive Absicht gegen Oesterreich und Deutschland fern, der dritte⁸⁾ sagt endlich, man habe mit keinen aggressiven Plänen des östlichen Nachbarn zu rechnen. Pourtalès⁹⁾ bestreitet, dass Russland systematisch und bewusst auf einen Krieg zusteure. Seiner Ueberzeugung nach waren für die Armeevermehrung und sonstige militärische Vorbereitungen nicht kriegerische Absichten gegen Deutschland, sondern das Bestreben, die Schlagfertigkeit der Armee, welche sich im japanischen Kriege als ungenügend erwiesen und durch den Krieg gelitten hat, zu erhöhen, ferner der Wunsch des Militärs, nach der letzten Armeevermehrung Deutschlands nicht hinter dem westlichen Nachbarn zurückzubleiben, sodann das Drängen

1) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXXIX, S. 552.

2) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXV, S. 357.

3) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXVII, S. 551.

4) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXXIX, S. 554.

5) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXVII, S. 554.

6) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXXIX, S. 629.

7) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXXVI, S. 765.

8) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXXIX, S. 552.

9) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXXIX, S. 552.

Frankreichs, und endlich das Misstrauen gegen Oesterreich massgebend. Auch Lucius¹⁾ glaubt (1914), die starke Rüftung Russlands, besonders auf maritimem Gebiet, geschehe aus dem Gefühl der Besorgnis und zum Zwecke der Einschüchterung.

6. Die Gründe der russischen Passivität.

Die deutschen Diplomaten waren, wie wir eben erklärt haben, der Meinung, die amtliche Regierung beabsichtige kein kriegerisches Vorgehen. Worauf beruhte ihrer Meinung nach die russische Zurückhaltung? Die deutschen Diplomaten sehen den Grund dafür bis 1905 hauptsächlich in der ostasiatischen Expansion Russlands. So sagt z. B. Hatzfeld,²⁾ Russland, welches im Fernen Osten grosse Zwecke verfolge, habe weder ein Interesse, noch den Wunsch, das Aufrollen der orientalischen Frage herbeizuführen. Dieser Ansicht waren auch Rotenhan und Eulenburg. Der eine sieht³⁾ im russischen Unternehmen in Ostasien eine Friedensgarantie für Europa, der andere⁴⁾ behauptet, die Konsequenz des gesteigerten Interesses Russlands für den Fernen Osten sei die Notwendigkeit seiner Bestrebung gewesen, Konflikte im Nahen Orient zu vermeiden. Diesem stimmt auch Marschall⁵⁾ zu. Er glaubt aber, die Abwendung Russlands nach Asien reiche nicht vollkommen aus, um seine passive Haltung im Nahen Orient zu erklären, denn schon gelegentlich der griechisch-türkischen Wirren im Jahre 1897 habe das Petersburger Kabinett eine beachtenswerte Mässigung bekundet. Er glaubt daher, die Gründe, welche Russland eine Aufrollung der orientalischen Frage inopportun erscheinen liessen, müssen schon damals bestanden haben. Er findet dieselben in der schlechten Erfahrung, die das offizielle Russland mit den politischen und kriegerischen Aktionen im Nahen Orient gemacht hat, auch wenn es Sieger gewesen war, und daher vorläufig seinen mächtigen Konkurrenten der „Tradition“ überlässt, auf dem Wege der politisch-religiösen Kleinarbeit die gemeinsamen Ziele allmählich zu fördern. Schliesslich glaubt Alvensleben⁶⁾ (1903), (was vielleicht vom Zeitunterschied abhängt), auch die immer wieder zutage tretenden Symptome für revolutionäre Strömungen im Innern und die schlechte Finanzlage hätten es der russischen Regierung dringend erscheinen lassen, Komplikationen im Nahen Orient zu vermeiden.

Wie erklärten aber die deutschen Diplomaten die Friedfertigkeit Russlands nach dem japanischen Kriege? Bülow,⁷⁾

1) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXXVI, S. 765.

2) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XII, S. 169.

3) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XIII, S. 279.

4) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. IX, S. 347.

5) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XVIII, S. 120.

6) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XVIII, S. 319.

7) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXVI, S. 446.

Bethmann-Hollweg¹⁾ und Jagow²⁾ erklären dies durch die „Aktionsunfähigkeit“ Russlands. Diese beruhte nach Meinung der Diplomaten auf dem schlechten Zustand der russischen Armee. Wir hören Pourtalès³⁾ von der „Unfertigkeit“, Bülow⁴⁾ von der „desorganisierten“, nicht „schlagfertigen“ russischen Armee sprechen. Hintze⁵⁾ glaubt, der Zustand der Armee setze Russland auf geraume Zeit ausserstande, eine Politik zu treiben, die den „Appell an die Waffen“ nötig mache. Auch Posadowsky-Wehner⁶⁾ und Tschirsky⁷⁾ sind der Ansicht, Russland könne keinen Krieg führen, bevor eine „Reorganisation“ und eine „Rekonstruktion“ von Heer und Flotte durchgeführt werde. Ausser den militärischen, bestanden nach Meinung⁸⁾ der Diplomaten noch finanzielle Gründe, die Russland an ein kriegerisches Vorgehen hinderten. Pourtalès⁹⁾ glaubt, die „Lage des Haushaltes“, Bülow,¹⁰⁾ der „Zustand der Finanzen“, Monts,¹¹⁾ das „Streben, Geld zu erhalten“, zwingen die russische Regierung zur Zurückhaltung. Schliesslich heben die deutschen Diplomaten die ausserordentliche Verschlechterung der inneren Lage als Grund der russischen Friedfertigkeit hervor, da diese die ganze Aufmerksamkeit der russischen Regierung in Anspruch nehmen musste. So sagt Marschall,¹²⁾ die Wirren im eigenen Hause schlossen jede aktive Politik Russlands aus. Dieser Erklärung stimmen auch Bülow und Pourtalès zu. Der eine meint,¹³⁾ ein Krieg würde zu sofortigen revolutionären Ausbrüchen im Innern führen, der andere,¹⁴⁾ es würde das „Wiederaufflackern“ der Revolution mit unabsehbaren Folgen bedeuten.

Dies waren nach Meinung der Diplomaten die Gründe, welche Russland veranlassten, nach den schweren Erschütterungen, die es während des japanischen Krieges durchgemacht hatte, eine friedliche Politik zu führen.¹⁵⁾

7. Die russische Kriegsfurcht.

Die deutschen Diplomaten sind der Ansicht, dass man die Stimmung in Russland richtiger wiedergebe, wenn man von einer Kriegsfurcht, als von einer Kriegsbegeisterung spreche.

- 1) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXVII, S. 270.
- 2) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXVII, S. 427.
- 3) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXVI, S. 279.
- 4) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXVI, S. 211.
- 5) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXVI, S. 805.
- 6) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXXI, S. 270.
- 7) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXVII, S. 515.
- 8) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXV, S. 323.
- 9) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXVI, S. 279.
- 10) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXVI, S. 220.
- 11) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXV, S. 332.
- 12) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXII, S. 320.
- 13) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXVI, S. 211.
- 14) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXVI, S. 270.
- 15) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXVI, S. 161.

Schweinitz¹⁾ berichtet davon bald nach der Kündigung des Rückversicherungsvertrages. Er sagte damals (1891/92) immer wieder, die russischen Staatsmänner seien besorgt gewesen, Oesterreich könnte, mit Hilfe Deutschlands, ein aggressives Vorgehen gegen Russland planen. In den darauffolgenden Jahren schien diese Besorgnis in Russland zu verschwinden, denn die deutschen Diplomaten berichten darüber erst wieder nach dem japanischen Kriege. Hintze²⁾ berichtete damals, Hand in Hand mit dem Gefühl der Entkräftigung sei die „Furcht“ gegangen, Oesterreich und Deutschland könnten Russlands zeitweilige Schwäche benützen, um ihre Interessen rücksichtslos auf Kosten derjenigen Russlands zu fördern, womöglich Russland zum Kriege herauszufordern. Auch Schoen³⁾ ist der Meinung, bei Iswolsky habe die Besorgnis geherrscht, die Donaumonarchie könnte die Unmöglichkeit, in der sich Russland auf Jahre hinaus befand, eine aktive Orientpolitik zu treiben, benützen, um ihrerseits ihre Position auf der Balkanhalbinsel politisch wie wirtschaftlich so zu stärken, dass sie dann unerschütterlich wäre. Schliesslich sagt auch Bethmann-Holiweg,⁴⁾ Russland habe die Befürchtung gehegt, Deutschland könnte ein aggressives Vorgehen Oesterreichs im Orient unterstützen und, wenn es darüber zum Kriege mit Russland käme, zur Beteiligung bereit sein. Dieses bestätigt auch Pourtalès,⁵⁾ Er glaubt (1909), die Furcht habe hauptsächlich auf der Fabel beruht, Deutschland wolle die Schwäche Russlands ausnützen, um es wegen seines Anschlusses an England zu strafen. Um es zu demütigen, verhalte es auch während der bosnischen Krisis Oesterreich auf Kosten Russlands zu grossen Erfolgen. Schoen⁶⁾ (1908) sagt, man habe in Russland immer wieder hören können, Deutschland habe Oesterreich in das Unternehmen der Sandschakbahn hineingetrieben, das Wiener Kabinett sei von den deutschen Verbündeten vorgeschoben worden. Auch Hintze⁷⁾ berichtet, die Russen seien überzeugt gewesen, Oesterreich hätte die Annexion ohne die Unterstützung Deutschlands nicht gewagt, sondern könnte sich nur auf Betreiben des letzteren so weit vorwagen. Dies bestätigt schliesslich auch Pourtalès.⁸⁾ Er sagt, man sei in Petersburg der Ueberzeugung, Deutschland sei der „Hintermann Oesterreichs“ und „Urheber“ der neuesten Wendung der österreichischen Balkanpolitik. Diese Ansicht herrschte in Russland auch während des Winters

1) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. VII, S. 381.

2) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXVII, S. 531.

3) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXVI, S. 825.

4) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXVII, S. 867.

5) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXVI, S. 683.

6) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXV, S. 310/12.

7) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXVI, S. 126.

8) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXV, S. 318.

1912/13. Auch damals¹⁾ war man überzeugt, dass, um Russland zu demütigen, Oesterreich nur deshalb danach streben konnte, Serbien und Montenegro um die Früchte ihrer Siege zu bringen, weil es Deutschland hinter sich stehen hatte. Ohne diese Unterstützung hätte das Wiener Kabinett seine jetzige Politik nicht führen können. Diese Ueberzeugung der Russen beruhte nach Meinung Pourtalès²⁾ (1912) darauf, dass sie Oesterreich allein keine aktive Balkanpolitik zutrauten, da sie eine sehr geringe Meinung von seinen Machtmitteln, insbesondere von seiner Armee, hatten und bestimmt daran glaubten, die Donaumonarchie stehe vor einem vollständigen finanziellen Zusammenbruch. Die Folge dieser Anschauung war nach seiner³⁾ Meinung das Zunehmen der Animosität der Russen nicht nur gegen Oesterreich, sondern auch in hohem Grade gegen Deutschland.

8. Der deutsch-russische Gegensatz auf dem Balkan.

Beruhete aber nach Meinung der deutschen Diplomaten die Erregung der Russen gegen Deutschland nur auf der Ueberzeugung, Deutschland schiebe Oesterreich auf der Balkanhalbinsel vor? Oder spielten dabei noch andere Gründe? Pourtalès⁴⁾ ist der Meinung, die Erregung der Russen gegenüber Deutschland hätte auch ohne den russisch-österreichischen Zwischenfall (1908) stattgefunden, denn der Grund dafür lag hauptsächlich darin, dass die russischen Politiker, die sich eingehend mit der Frage des Nahen Orients beschäftigten, auf dem Balkan ein Gebiet erblickten, auf dem sich die Interessengegensätze zwischen Russland und Deutschland mehr und mehr zuspitzen begannen. Seiner Meinung nach wäre das Misstrauen der Russen gegen die wirtschaftliche Ausbreitung Deutschlands vielleicht gar nicht so gross, wenn sich bei ihnen die Ansicht nicht immer mehr fortsetzte, Deutschland trete den Plänen Russlands im Nahen Orient überall als gefährlicher Rivale entgegen. Diese Ueberzeugung der Russen war so stark, dass alle Versicherungen Pourtalès's, Deutschland denke nicht daran, politischen Einfluss auszuüben, da es nur, gestützt auf das Prinzip der offenen Tür, Absatzgebiete für seinen Handel suche, keinen Glauben fanden und immer wieder mit der Antwort abgewiesen wurden, dass heutzutage politische und wirtschaftliche Interessen zusammenfallen. Pourtalès sagt, das „Wort von dem pommerischen Grenadier“ hätte in Russland keinen Glauben mehr gefunden. Man fürchtete vielmehr, Deutschland decke der Türkei den Rücken gegen Russland. Auch Bülow und

¹⁾ Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXXIV, S. 375.

²⁾ Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXV, S. 333, und Bd. XXXIV, S. 376.

³⁾ Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXXIV, S. 574.

⁴⁾ Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXV, S. 353.

Bethmann-Hollweg bestätigen dies. Der eine sagt,¹⁾ man fürchte in Russland, Deutschland hetze die Türken gegen Russland, der andere,²⁾ es treibe sie zu einer aggressiven Politik auf dem Balkan. Jacobi³⁾ (1908) glaubt, man rechne in Russland mit der Möglichkeit eines Widerstandes Deutschlands gegen seine neue Orientpolitik. Auch Pourtalès⁴⁾ berichtet, Iswolsky sehe im Einfluss Deutschlands in der Türkei das Haupthindernis für die Verwirklichung seiner Zukunftsträume. Schoen⁵⁾ schreibt in seinen Memoiren, die Leiter der russischen Aussenpolitik hätten immer mehr erkannt, dem Zarenreiche werde der Weg zur Ausdehnung, den es nach der Verriegelung des asiatischen Ostens einzuschlagen gedachte, der Weg nach Konstantinopel, durch Deutschlands sich immer mehr befestigende Freundschaft mit der Türkei erschwert, wenn nicht versperrt. Schliesslich glaubt auch Bethmann-Hollweg,⁶⁾ in Russland habe sich der Gedanke immer mehr eingebürgert, Deutschland sei das Haupthindernis für die Verwirklichung seiner nach dem japanischen Kriege neu belebten Aspirationen auf ausschliessliche Beeinflussung des Balkans und auf Konstantinopel.

Portalès⁷⁾ meint daher, Deutschland müsse sich darauf gefasst machen, bei der Betätigung seiner wirtschaftlichen Interessen auf dem Balkan fortan mit Russland als mit einem gegenwärtigen Faktor zu rechnen, der ihm den Platz an der Sonne nicht gönne. Die Ansicht Portalès's, die wirtschaftliche Betätigung Deutschlands auf dem Balkan müsse es in einen Gegensatz zu Russland bringen, wurde scheinbar nicht von allen Diplomaten geheilt, da ein Teil von ihnen (hauptsächlich Marschall) nach einer immer weiteren Ausdehnung Deutschlands in der Türkei strebte.

D. Die asiatische Politik Russlands.

(1905 — 1914).

Wir müssen jetzt zum Schluss noch einen Blick auf Asien werfen und wollen sehen, wie nach Meinung der Diplomaten sich dort die Dinge nach dem japanischen Kriege gestaltet haben. Trachtete Russland nach Revanche? Mühlberg und Bethmann-Hollweg verneinen dies. Der eine glaubt⁸⁾ (1906), Russland denke nicht an einen Krieg gegen Japan des verlorenen Territoriums wegen, der andere⁹⁾ (1910) meint, Russ-

1) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXV, S. 374.

2) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXVII, S. 384.

3) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXV, S. 357.

4) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXV, S. 592.

5) Schoen, Erlebtes. S. 38.

6) Bethmann-Hollweg, Betrachtungen zum Weltkrieg, Teil I, S. 3.

7) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXV, S. 354.

8) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXV, S. 234.

9) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXXII, S. 66.

land verspüre zu einem neuen Waffengange mit Japan zur Zeit keinerlei Neigung. Bethmann - Hollweg glaubt vielmehr, Russland suche eine Verständigung mit dem Inselreiche. Auch die übrigen Diplomaten waren der Meinung, das nach aussen und innen geschwächte Russland suche eine Verständigung mit Japan und England. So sagt Wedel,¹⁾ dass die Leiter der russischen Politik „eine Bereinigung“ der asiatischen Fragen anstreben. Auch Mühlberg und Marschall bestätigen dies. Der eine schreibt,²⁾ die russische Regierung suche „eine Begleichung“ der mit England und Japan bestehenden Reibungsflächen, der andere³⁾ es wünsche eine Verständigung mit England. Schliesslich berichten auch Bülow⁴⁾ und Quadts⁵⁾ Russland wünsche England als ruhigen Nachbarn zu gewinnen und sich mit „England gut zu stellen“. Auf diese Weise hoffte Russland nach der Meinung Mühlbergs,⁶⁾ sich eine Sicherung gegen Komplikationen mit England und Japan zu verschaffen. Nach Meinung Bülows⁷⁾ hoffte es, den Status quo an seiner turkestanischen Grenze gesichert zu sehen. Miquel⁸⁾ erkennt das Streben der russischen Politik, sich mit England gut zu stellen, deutlich in den Mitteilungen der russischen Regierung an die Petersburger Telegraphenagentur, sie möge fortan nach Persien keine England-feindlichen Nachrichten senden und sich auch aus Persien keine solchen mehr kommen lassen. Er sieht es ferner in der Entsendung derselben Instruktion dem russischen Botschafter in Persien, Herrn Hartwig, da dieser die Reibungen mit England bisher (1906) noch nicht genügend vermiedert hat. Schliesslich trat der Umschwung in den Beziehungen zu England nach Meinung Quadts⁹⁾ (1908) auch zutage in der Abberufung Herrn Hartwigs nach Petersburg durch die russische Regierung, da unter ihm die russische und englische Gesandtschaft nur pro forma und nach aussen hin zusammenhing, während beide de facto eine diametral entgegengesetzte Politik trieben. Erst die Abberufung Hartwigs ermöglichte der russischen Vertretung mit der englischen in Persien geschlossen vorzugehen.

Gab aber Russland jetzt das Streben, den Zugang zum „warmen Meer“ zu erreichen, nach Meinung der Diplomaten auf? Die deutschen Diplomaten verneinen dies. Marschall ist der Meinung,¹⁰⁾ dass, nachdem der Ausgang zum Gelben

1) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXV, S. 452.

2) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXV, S. 58.

3) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXV, S. 260.

4) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXI, S. 362.

5) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXVII, S. 742.

6) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXV, S. 58.

7) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXI, S. 362.

8) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXV, S. 20.

9) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXVII, S. 730.

10) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXV, S. 210.

Meere durch den Friedensschluss für Russland versperrt wurde, sein Drang nach dem südlichen Meere viel stärker geworden sei. Dass Russland jetzt wieder mehr nach dem Indischen Ozean strebe, war auch die Ansicht Miquels und Quadts, wenn sie es auch nicht direkt sagen. Sie glauben aber, die russische Politik diene in Persien als Beweis dazu. So meint Miquel¹⁾ (1907), Russland verfolge den Gedanken, Nord- und Mittelpersien für sich „zu reservieren“, um später, wenn sich die Verhältnisse gebessert haben werden, vorgehen zu können. Dies sagt auch Quadts²⁾. Er glaubt, Russland sei daher bemüht gewesen, Persien in „freundschaftlicher Umar-
mung“ zu ersticken, es völlig von allen Mitteln zu entblößen damit es später als reifer Apfel ihm in den Schoss fallen solle. Auch Marschall³⁾ berichtet, Russland strebe danach, dieses Land an der Entfaltung seiner wirtschaftlichen Kräfte zu hindern, um auf diese Weise seine politische und militärische Schwäche zu steigern. Aus diesem Grunde strebte Russland nach Meinung Miquels⁴⁾ nach der völligen wirtschaftlichen Vorherrschaft in Nord- und Mittelpersien. Auch Quadts glaubt, Russland habe sich deshalb aufs äusserste bemüht, den Handel in diesen Teilen vollständig in seine Hand zu bringen. Schliesslich sagt auch Stemrich,⁵⁾ Russland sei bestrebt, in Nordpersien sich wirtschaftlich eine Sonderstellung zu erwerben. Miquel⁶⁾ ist daher der Meinung, dass Russland inzwischen jedes fremde Unternehmen mit Misstrauen beobachten und es, soweit dies mit legalen Mitteln möglich sei, zu hindern suchen werde. Dieser Ansicht war auch Quadts,⁷⁾ wenn er glaubt, Russland werde alles tun, um die anderen Mächte auf diese oder jene Weise von den persischen Märkten zu verdrängen. Diese Absicht trat seiner Meinung nach⁸⁾ schon im russisch-englischen Verträge vom 31. August 1907 zutage, laut welchem in der russischen Interessensphäre Konzessionen nur an Russen verliehen werden können. Persische Untertanen können dort dann nur Konzessionen erlangen, wenn sie beweisen, dass hinter ihnen kein fremdes Kapital stehe. Quadts und Miquel zweifeln nicht, dass diese Bedingungen in erster Linie gegen Deutschland gerichtet waren, weil man wusste, dass man im freien Wettbewerb weder jetzt noch später mit Deutschland standhalten könne. Quadts⁹⁾ glaubt aber, das Streben Russlands, Deutschland von den persischen Märkten zu verdrängen, könne nur langsam und in nicht zu brüskierter Art geschehen, da

1) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXV, S. 146.

2) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXVII, S. 722.

3) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXV, S. 126.

4) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXV, S. 146.

5) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXVII, S. 813.

6) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXV, S. 146.

7) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXVII, S. 824.

8) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXVII, S. 761.

9) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXVII, S. 824.

das Prinzip der offenen Tür einmal proklamiert worden sei. Das Streben Russlands, Deutschland aus Persien zu verdrängen, trat nach Meinung von Pourtalès und Schoen¹⁾ auch bei der Regelung der persischen Finanzen deutlich hervor, als die russische Regierung bei der Gewährung der Anleihe an Persien die Bedingung stellte, dass ausschliesslich französische Beamte zur Verwaltung und Kontrolle dieser Finanzen zugelassen werden sollen.

Unterliess aber Russland nach Meinung der Diplomaten in dieser Zeit jede Arbeit in Ostasien? Die Diplomaten verneinen dies. Pourtalès²⁾ ist der Meinung, Russland habe auch in China eine instinktive Abneigung gegen jede Unterstützung der wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung dieses Landes gezeigt, da es fürchtete, diese Macht könnte unter Umständen ein gefährlicher Gegner für Russland werden. Dieses trat seiner³⁾ Meinung nach bei der Gewährung der Anleihe an China (1912) deutlich in der Forderung der russischen Regierung hervor, das gewährte Geld von der chinesischen Regierung nicht vorwiegend zu Rüstungszwecken oder zum Bau von strategischen Bahnen, die Russland unerwünscht wären, zu verwenden. Während Russland auf diese Weise keine Stärkung Chinas zulassen wollte, hatte es nach der Meinung von Rex⁴⁾ (1912) durch einen Vertrag mit dem obersten mongolischen Lama seinen Einfluss in der Mongolei erheblich befestigt und der chinesischen Regierung eine Grenzprovinz geraubt. Auch die Absichten auf die Mandschurei gab Russland nach Meinung Pourtalès's und Bethmann-Hollwegs⁵⁾ nicht auf. Sie sehen dies im russisch-japanischen Verträge (1910), dessen Tendenz ihrer Meinung nach unverkennbar auf die künftige Aufteilung der Mandschurei zwischen ihnen hinausläuft. Bethmann-Hollweg⁶⁾ glaubt, dass vom politischen Standpunkt aus es Deutschland nur recht sein dürfe, wenn Russland sich auf diese Weise im Fernen Osten festlege, Grenznachbar Japans werde und sich dadurch für die Zukunft ernste Reibungsflächen schaffe.

E. „Russland — der traditionelle Freund“.

Wir wollen nun, nachdem wir die Hauptrichtungen der russischen Politik kennen gelernt haben, uns noch einmal den deutsch-russischen Beziehungen zuwenden. In der Einleitung haben wir darauf hingewiesen, dass die russische Politik sich in zwei Etappen von Deutschland entfernt hat. Die erste,

1) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXVII, S. 754 und 758.

2) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXXII, S. 76.

3) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXXIII, S. 302.

4) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXXII, S. 431.

5) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXII, S. 119 und 125.

6) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXXII, S. 125.

die mit der Nichterneuerung des Rückversicherungsvertrages von 1890 begann und mit der Annäherung an England (1908) endete, können wir noch im Vergleich mit der zweiten als deutschfreundlich bezeichnen. Wir sahen in jener Zeit (1890 — 1907) Deutschland und Russland immer wieder zusammengehend und zusammenarbeitend. (In Ostasien 1895/1900, und auf dem Balkan.) Die zweite Etappe, die mit dem Anschluss Russlands an England (1907) begann, zeigt dagegen eine zunehmende Entfernung der russischen von den deutschen Interessen, eine wachsende Spannung zwischen beiden Reichen, die während des Weltkrieges ihren Höhepunkt erreicht hatte.

Freundschaftliche Beziehungen zwischen Deutschland und Russland gab es, wie wir wissen, auch vor 1890. So hat Bismarck die russische Freundschaft gesucht und gefunden (Rückversicherungsvertrag 1887, Dreikaiserbündnis 1881 — 84 und 1872—73). Deutschfreundliche Zeiten hat es in Russland auch vor Bismarck gegeben. In den kritischen Jahren 1866 und 1870, in der Entstehungsstunde des Deutschen Reiches, hat Russland Preussen den Rücken gedeckt. Auch Preussen hat durch seine Haltung beim polnischen Aufstande (1863) und während des Krimkrieges (1856) seine freundschaftliche Beziehung zu Russland hervortreten lassen. Die deutschen Diplomaten¹⁾ führen die freundschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Reichen noch weiter bis auf Anfang des 18. Jahrhunderts zurück, sehen aber die Geburtsstunde der deutsch-russischen Freundschaft erst zu Anfang des 19. Jahrhunderts, als Russland²⁾ und Deutschland sich zum gemeinsamen Kampf gegen die immer weiter um sich greifenden Ideen der französischen Revolution, bzw. deren Erben, den korsischen Usurpator, Napoleon, zusammenschlossen.

Diese Freundschaft, die damals auf der natürlichen Grundlage der Interessengemeinschaft zwischen den beiden Reichen entstanden war und die durch die freundschaftlichen und engen Beziehungen der Herrscherhäuser noch mehr befestigt wurde, pflegten die deutschen Diplomaten später als eine „traditionelle“ zu bezeichnen. Immer wieder hören wir sie in ihren Berichten von einer „traditionellen Freundschaft“, von den „jahrhundertalten, traditionellen Beziehungen“ zwischen Deutschland und Russland sprechen. War aber diese Auffassung einheitlich? Wenn wir diese Frage genauer untersuchen, so sehen wir, dass die bezüglichen Ansichten der deutschen Diplomaten verschieden sind. Während die einen fest an eine „traditionelle Freundschaft“ zwischen Deutschland und Russland glauben, bestreiten es die anderen. Zu den ersten gehört vor allem Hohenlohe, Bülow, Schoen und Lichnowsky. So

¹⁾ Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XIX, S. 417.

²⁾ Eckardstein, Lebenserinnerungen und pol. Denkwürdigkeiten. Bd. III, S. 33.

stellt 1895 Hohenlohe¹⁾ fest, Russland, welches sich mit Deutschland durch die Freundschaft der souveränen Häuser verband, sei im Laufe der letzten 1½ Jahrhunderte Deutschland durch tatkräftige Bundesgenossenschaft wiederholt nahegetreten. Auch Bülow²⁾ ist der Meinung (1905), dass im Laufe von 180 Jahren Deutschland stets gut mit dem Zarenreiche gestanden und sich ihm in allen seinen Krisen als wohlwollender Nachbar oder als „treuer Freund“³⁾ zur Seite gestellt habe. Er glaubt,⁴⁾ dass die „traditionellen dynastischen Bande“ der beiderseitigen Herrscherhäuser den festesten Hort des Weltfriedens bilden. (1890/1902). Dieser Ansicht war auch Schoen⁵⁾. In seinen Memoiren bestätigt er, die seit einem Jahrhundert bestehende „Freundschaft zwischen den beiden Herrscherhäusern, die im Jahre 1906 noch das festeste Band der deutsch - russischen Beziehungen bildete. Auf beiden Seiten, erzählt Schoen, der als Botschafter in Petersburg die Beziehungen an Ort und Stelle genau beobachten konnte, bestand damals noch der feste und aufrichtige Wille, dieses Band sich nicht lockern zu lassen, ja dessen Befestigung war sogar das Ziel nicht weniger Erwägungen und Betrachtungen. Und wenn dies Ziel nicht immer erreicht wurde, so erklärt dies Schoen dadurch, dass es entweder undeutlich blieb, oder auf der einen oder andern Seite der falsche Weg eingeschlagen werden konnte. Bei dieser Lage schien ihm die Haltung Russlands auf dem diplomatischen Kampffelde von Algieras von Interesse zu sein, wo es dank der interessierten Freundschaft, die es an die Republik fesselte, und der „moralischen Freundschaft“ mit Deutschland, berufen war, einen Ausgleich herbeizuführen. Sei es, dass die Weisungen der russischen Regierung in diesem Sinne nicht deutlich genug waren, sei es, dass der russische Vertreter sie nicht genau befolgte, von einer fruchttragenden russischen Vermittlung war in Algieras wenig zu bemerken, vielmehr zeigte sich bald, dass der russische Vertreter rückhaltslos auf die Seite Frankreichs übertrat. Schoen⁶⁾ zweifelt auch nicht, dass die Versicherungen Iswolskys, die Annäherung an England sei nicht als eine Absage an „die bewährte deutsche Freundschaft“, geschweige denn als ein feindseliges Abwenden von Deutschland zu werten, aufrichtig waren. Denn Iswolsky, sowohl wie der Zar waren der Meinung, die auf bestimmte Punkte sich beschränkende Abmachung könne sich mit dem „Freundschaftsverhältnis“ zu Deutschland vertragen. Er sieht in der Abfassung des russisch-englischen Abkommens nichts, was als eine Ueberleitung zu einer Verständigung auf weiteren geographischen

1) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. X, S. 156.

2) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XIX, S. 417.

3) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XIV, S. 186.

4) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XVIII, S. 50.

5) Schoen, „Erlebtes“. S. 30.

6) Schoen, „Erlebtes“. S. 36/37.

und allgemein politischen Gebieten gedeutet werden könnte. Iswolsky war seiner Meinung nach sichtlich bemüht, die Verbindung mit Deutschland auch weiter zu pflegen, denn von seiner Seite ging die Anregung aus, auch mit Berlin ein Abkommen, und zwar über die Bahnbauten in Persien in Verbindung mit der Bagdadbahn zu vereinbaren. Schoen¹⁾ ist der Meinung, Iswolsky habe erst dann dem Drängen der Westmächte, Russland in ihren Kreis ganz herüberzuziehen, nachzugeben begonnen, als er erkannte, dass dem Zarenreiche der Weg nach Konstantinopel durch Deutschlands sich immer mehr befestigende Freundschaft zur Türkei und durch das kräftige Vorgehen Oesterreichs auf dem Balkan, welches auf die starke Hilfe Deutschlands bauen durfte, erschwert, wenn nicht versperrt zu werden drohte. Dies zu bekämpfen, fühlte sich Russland zunächst zu sehr geschwächt, aber eben aus dieser Erkenntnis erwuchs das Bestreben, Zeit zur Wiedererstarkung zu gewinnen und auswärtige Hilfe, die sich anbot, anzunehmen. Auch Bülow²⁾ ist der Meinung (1908), Russland habe im Hinblick auf seine geschwächte und gefährdete Position sich genötigt gesehen, mit dem bisherigen Gegner, England, zu paktieren, aber zugleich auch an der „traditionellen Freundschaft“ mit Deutschland festzuhalten. Auch Stumm und Tschirsky³⁾ sind der Ansicht, dass, trotz der russisch-englischen Verständigung, die sich auf bestimmte Punkte der asiatischen Politik bezog, Russland keine deutschfeindlichen Absichten im Auge gehabt habe, sondern ausschliesslich die Sicherung seines Friedensbedürfnisses suchte. Dass im Zarenhause „die Tradition alter verwandtschaftlicher und dynastischer Beziehungen“ nach wie vor lebendig war, glaubt auch der Historiker Schiemann.⁴⁾ Die Zusammenkunft des Zaren mit Wilhelm II 1909 hat ihm die Tatsache bestätigt, dass die Ereignisse der letzten Jahre die freundschaftlichen Beziehungen nicht erschüttert, sondern gefestigt haben. Auch Pourtalès⁵⁾ sieht in der Begegnung der Monarchen das erfreuliche Ergebnis, dass die persönlichen Beziehungen der beiden Herrscher zueinander im Verhältnis der beiden benachbarten Reiche einen Faktor bilden, dessen Bedeutung auch die Gegner Deutschlands weit entfernt sind zu unterschätzen. Schliesslich sagt Bethmann-Hollweg.⁶⁾ die Begegnung Nikolaus II mit dem Kaiser in Baltischport 1912 bedeute einen neuen Beweis für die Freundschaftsbeziehung, welche die beiden Herrscher seit langen Jahren verbunden hat. Der Gedankenaustausch zwischen den Staatsmännern ergab aufs neue den festen Entschluss, die zwischen beiden Ländern bestehenden

1) Schoen, „Erlebtes“. S. 38.

2) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXV, S. 476.

3) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXVIII, S. 533.

4) Schiemann, „Deutschland“, die grosse Politik. Bd. IX.

5) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXVI, S. 835.

6) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXXI, S. 437.

atehrwürdigen Traditionen hochzuhalten. Noch im Jahre 1913 berichtet Pourtalès,¹⁾ Sasonow habe sehr warm und aufrichtig mit ihm über die „traditionell-freundschaftlichen“ Beziehungen zu Deutschland gesprochen. Er sieht aber ²⁾ die Phrase von der „traditionellen Freundschaft“ im allgemeinen als ein wenig verbraucht an, die in den deutsch-russischen Beziehungen, wie sie sich in den letzten 30 Jahren entwickelten, oft keine grosse Rolle gespielt habe. Lichnowsky,³⁾ der in seinen Memoiren immer wieder zur Betrachtung der deutsch-russischen Beziehungen zurückkehrt, sieht den Grund der wachsenden Entfremdung zwischen Deutschland und seinem „traditionellen Freunde“ in der Politik des ersteren gegenüber Russland. Die Haltung Deutschlands in den Balkanfragen, welches sich seit dem Berliner Kongress hinter Oesterreich stellte, sowie die Kündigung des Rückversicherungsvertrages trügen die Schuld am Vollzug des Anschlusses des „traditionellen Freundes“ Deutschlands an die Westmächte.

Im krassen Gegensatz zu den oben erwähnten Diplomaten steht Eckardstein.⁴⁾ In seinen Memoiren glaubt er ebenso wie Lichnowsky, Deutschland trage allein die Schuld an seinem Isolierungsprozess. Er sieht aber⁵⁾ im scharfen Gegensatz zum letzteren den Fehler Deutschlands nicht in der Vernachlässigung der Pflege der russischen Freundschaft, sondern gerade im Gegenteil, im ostentativen und törichten Nachjagen Wilhelms II nach der angeblichen „traditionellen Freundschaft zwischen den Häusern Hohenzollern und Romanow“. Man liess in Berlin den Dreibund fallen, man stiess England grundlos vor den Kopf, aber man jagte nach der „traditionellen Freundschaft“, ⁶⁾ die sich darin bestätigte, dass Nikolaus II., nachdem Wilhelm II und die deutsche Diplomatie sich während des japanischen Krieges nicht „zu knapp“ von Russland haben ausnützen lassen, Deutschland den Eselstritt gab und sich nicht nur in Algeciras, sondern auf der ganzen Linie England und Frankreich anschloss. Eckardstein⁷⁾ ist der Ansicht, die „so viel gepriesene „traditionelle Freundschaft“ habe sich schon früher darin geäussert, dass Nikolaus II., beziehungsweise seine Ratgeber, durch systematisch durchdachte Indiskretionen über die fortgesetzten Avancen Wilhelm II, England zum Zweibund herüberzuziehen strebten. Er glaubt, die „traditionelle

1) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXXIV, S. 168.

2) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXXI, S. 485.

3) Lichnowsky, Auf dem Wege zum Abgrund. Bd. I, S. 299.

4) Eckardstein, „Lebenserinnerungen und politische Denkwürdigkeiten“ Bd. III, S. 1171.

5) Eckardstein, „Lebenserinnerungen und politische Denkwürdigkeiten“. Bd. III, S. 54.

6) Eckardstein, „Lebenserinnerungen und politische Denkwürdigkeiten“. Bd. III, S. 69.

7) Eckardstein, „Lebenserinnerungen und politische Denkwürdigkeiten“. Bd. III, S. 171.

Freundschaft“ sei nicht erst nach dem japanischen Kriege oder in der Regierungszeit Nikolaus II in die Brüche gegangen, sondern er gibt der Ueberzeugung Ausdruck, sie habe überhaupt nie existiert, sondern sei immer nur ein „Phantom“ einer Freundschaft gewesen. Er sieht weder in der Haltung Russlands gegenüber Preussen - Deutschland während des französischen Krieges (1870), noch in der während des Krieges mit Oesterreich (1866) ein Zeichen der Freundschaft zutage treten. Im ersten Falle¹⁾ führt er die wohlwollende Haltung der Russen auf die äusserst klug berechneten Anerbietungen Bismarcks zurück, der den Russen eine Aenderung des Pariser Vertrages (von 1856) versprochen hatte, im zweiten²⁾ gibt er zu, Alexander II habe Preussen zunächst freie Hand gelassen, sagt aber, man habe in Petersburg nach dem grossen Siege von Königgrätz die wohlwollende Neutralität gegenüber Preussen zu bereuen angefangen und durch fortgesetzte Noten Bismarck schliesslich gezwungen, rasch den Frieden mit Oesterreich zu schliessen. Ebenso wie Alexander II von dem neu entstandenen Deutschen Reiche absolute Unterordnung und Heeresfolge in allen wichtigen europäischen Fragen verlangte, suchte früher³⁾ sein Vater, Nikolaus I, seine Finger in rein deutschen Angelegenheiten zu behalten, um dem deutschen Einheitsgedanken mit aller Kraft entgegenzutreten und ihn im Keime zu vernichten. Dies war, wie Eckardstein glaubt, nun das Hauptziel, welches Nikolaus I in seiner Politik Preussen gegenüber verfolgte. Mit Eckardstein ging auch Jagow⁴⁾ einig. Auch er sagt in seinen Memoiren, dass Nikolaus I nur ein schwaches Preussen wünschte, welches ihm gewissermassen Gefolgschaft leisten sollte. Jede Vorstellung, der Nachbarstaat könnte ein starkes Reich und ein gleichberechtigter Faktor werden, hatte seinem Herrscherinstinkte widerstrebt. Er geht aber in seiner Verneinung der russischen Freundschaft doch nicht so weit wie Eckardstein. Er betrachtet, ebenso wie Lichnowsky, die Haltung Russlands während des deutsch-französischen Krieges, als einen wichtigen Dienst, den die Russen dem Deutschen Reiche in seiner Geburtsstunde geleistet haben. Er meint aber, Alexander II habe sich damals mehr durch „persönliche Freundschaft“ und „traditionell-dynastische Gefühle“ leiten lassen, als durch Rücksichten auf die Stimmung des Volkes, die damals durchaus deutsch-feindlich war. Auch fehlte es damals seiner Meinung nach nicht an Stimmen, die den Zaren vor der Erstarbung Preussens warnten und ihm die Unterstützung Frank-

¹⁾ Eckardstein, „Lebenserinnerungen und politische Denkwürdigkeiten“. Bd. III, S. 44.

²⁾ Eckardstein, „Lebenserinnerungen und politische Denkwürdigkeiten“. Bd. III, S. 43.

³⁾ Eckardstein, „Lebenserinnerungen und politische Denkwürdigkeiten“. Bd. III, S. 34.

⁴⁾ Jagow, „Ursache und Ausbruch des Weltkrieges“. S. 12.

reichs als in den russischen Interessen liegend dringend anrieten. Aber damals war noch der Wille des Selbstherrschers aller Reussen maßgebend. Erst der Versuch Gortschakows in den 70-er Jahren, die Freundschaft mit Frankreich anzubahnen, führte einen Wendepunkt in den deutsch-russischen Beziehungen herbei. Dies war auch die Meinung von Pourtales.¹⁾ Er sieht den Beginn der Verstimmung zwischen Petersburg und Berlin im Jahre 1875, als Gortschakow sich plötzlich berufen fühlte, als Retter Frankreichs vor einem neuen Angriff Deutschlands, an den in Wirklichkeit niemand dachte, aufzutreten. Einen weiteren Schritt der Entfremdung sieht Jagow²⁾ im Berliner Kongress, den er eigentlich als das „Todesgeläute“ der russisch-deutschen Freundschaft bezeichnet. Unter Alexander III und Nikolaus II verschwand nach seiner Meinung das deutsch-freundliche Element am Hofe, in der Regierung und Diplomatie und die nationalistischen, antideutschen Tendenzen wurden massgebend.

F. Die russische Dankbarkeit.

Im engsten Zusammenhang mit der Frage über die russische Freundschaft betrachten die deutschen Diplomaten diejenige über die russische Dankbarkeit. Indem die meisten von ihnen, wie wir eben erwähnten, in Russland einen „traditionellen Freund“ Deutschlands, mit dem es durch eine jahrhundertalte Freundschaft verbunden war, sahen, glaubten sie, bei einem solchen Staate auf Dankbarkeit für die ihm geleisteten Dienste rechnen zu dürfen.

Wann erhoben die deutschen Diplomaten den Anspruch auf Dankbarkeit? Wir hören bis 1905 nur einmal Hatzfeld, gleich nach dem chinesisch-japanischen Kriege (1895), darüber sprechen, die andern Diplomaten äussern sich in dieser Frage erst in den Jahren 1906/08 und dann noch einmal ganz kurz im Jahre 1910.

Wofür verlangen die deutschen Diplomaten einen Dank von Russland? Bülow³⁾ (1905) glaubt, Russland schulde Deutschland Dank für die vielen seit dem Beginne des japanischen Krieges gegebenen Beweise „werktätiger Freundschaft und Sympathie“, Mühlberg,⁴⁾ für die „weitgehenden Dienste“ während und nach dem Kriege, Schoen⁵⁾ (1906), „für loyale, wohlwollende und uneigennützige Haltung“, für die „unschätzbaren Dienste“, „Rücksichten und Gefälligkeiten“,⁶⁾ die Deutschland seinem Nachbarn während des japanischen Krieges, bei den

1) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXVI, S. 868.

2) Jagow, „Ursachen und Ausbruch des Krieges“. S. 15/16.

3) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XX, S. 277.

4) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXI, S. 451.

5) Schoen, „Erlebtes“. S. 27.

6) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXV, S. 253.

Friedensverhandlungen und aus Anlass der Unruhen erwiesen hat. Ähnlich äussern sich auch die andern Diplomaten. Jacobi¹⁾ (1908) beansprucht einen Dank für die „äusserst freundschaftliche Haltung“ Deutschlands für seine „wirkliche Freundschaft während des japanischen Krieges. Eckardstein²⁾ verlangt ihn für die „überschwengliche Unterstützung“, Pourtalès³⁾ für die „äusserst wohlwollende Haltung“, die bis an die „äusserste Grenzen des Zulässigen“ während des Krieges und der Revolution gegangen sei, Metternich⁴⁾ für die bis zur äussersten Grenze der Parteinahme bewährte „wohlwollende Neutralität“.

Wir sehen, dass die deutschen Diplomaten einheitlich einen Dank erwarteten für die Dienste, die Deutschland während des japanischen Krieges und der Revolution geleistet hatte. Im Jahre 1910 glaubten Schoen und Pourtalès⁵⁾ einen solchen auch für die „loyale Haltung“ Deutschlands in Persien erwarten zu dürfen.

Erhielt nun Deutschland nach Meinung der Diplomaten den erwarteten Dank? Hatzfeld⁶⁾ (1895) klagt, Russland habe Deutschlands Hilfe gleich nach dem chinesisch-japanischen Kriege 1895 gern angenommen und ausgenützt, aber Deutschland keinen Dank gezeigt. Auch Metternich⁷⁾ kehrt 1908 auf die Geschehnisse des Jahres 1895 zurück und stellt fest, Deutschland, welches Russland nach dem chinesisch-japanischen Kriege beigestanden hat, habe nicht einmal unmittelbar nachher Dankbarkeit dafür geerntet. Es hat Deutschland den Preis des Zusammengehens vorenthalten und die chinesische Anleihe mit Frankreich allein gemacht.

War aber Russland nach Meinung der Diplomaten nach dem japanischen Kriege dankbar? Der Militärbevollmächtigte in Petersburg Jacobi⁸⁾ schreibt (1908), unmittelbar nach dem japanischen Kriege hätten die Russen die Dienste Deutschlands anerkannt und dafür sogar beinahe etwas wie „Dankbarkeit“ empfunden. Dieses bestätigt auch Schoen⁹⁾ in seinen Memoiren, wo er sagt, dass gleich nach dem japanischen Kriege die Haltung Deutschlands in Petersburg gebührend vermerkt und dankbar anerkannt wurde. Sowohl der Zar wie Graf Lamsdorff sagten ihm damals, die freundschaftliche Haltung Deutschlands werde nicht vergessen. Auch die Haltung

1) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXV, S. 356.

2) Eckardstein, „Lebenserinnerungen und politische Denkwürdigkeiten“. Bd. III, S. 93.

3) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXVI, S. 237.

4) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXVI, S. 294.

5) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXVII, S. 754/58.

6) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. IX, S. 359.

7) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXV, S. 602.

8) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXV, S. 356.

9) Schoen, „Erlebtes“. S. 27 und 39.

Deutschlands während der Revolution hatte damals an leitender Stelle Russlands Anerkennung gefunden, wenn man auch dort einer gewissen Neigung, sie als etwas Selbstverständliches zu betrachten, unterlag, weniger als einen Ausfluss von Freundschaft, denn als ein Erzeugnis eigenen Bedürfnisses.

Jacobi ist aber der Meinung, Russland habe damals so gnädig mit Deutschland vorlieb genommen, weil man „klein geworden“, die eigene Schwäche fühlte und sich genötigt sah, nach einer Stütze zu suchen. In dem Augenblick aber, wo England um Russland zu werben begann, fühlte es sich wieder gestärkt. Es betrachtete sich durchaus nicht mehr als „Mauerblümchen“ und vergass die Dienste, die Deutschland ihm geleistet hatte. Jacobi sagt, an „Stelle der Dankbarkeit sei Wut“ über die eingebildete machiavellistische Politik Deutschlands getreten, die Russland in den Krieg gehetzt habe und daher die eigentliche Ursache der russischen Niederlage darstelle. Während Mühlberg¹⁾ noch glaubt, Deutschland habe einen „geringen Dank“ von russischer Seite erhalten, bestreitet dies Zimmermann²⁾ indem er berichtet, Deutschland habe keinen „Dank“ von Russland geerntet. Dieser Meinung waren auch Metternich und Jagow. Der eine sagt,³⁾ Russland sei Deutschland keineswegs dankbar gewesen, der andere,⁴⁾ Deutschland sei nur mit politischem Undank von Russland belohnt worden. Schon die Haltung Russlands auf der Algeciras-Konferenz 1906 zeigte dies nach Meinung der Diplomaten. Bülow⁵⁾ berichtet (1907), Russland, welches in Algeciras gelegentlich eine Vermittlungsrolle angenommen, habe sich hierbei grundsätzlich nur auf nebensächliche Fragen beschränkt, um dann in wirklich wichtigen Angelegenheiten umso entschlossener für Frankreich Stellung zu nehmen. Fast wörtlich ebenso äussert sich darüber Radowitz.⁶⁾ Er sagt, die russischen Vertreter erklären, sie seien angewiesen, für Vermeidung von Uneinigkeit zu sorgen, stehen aber meist auf französischer Seite. Auch Zimmermann meint,⁷⁾ die russische Regierung habe in der Marokkofrage ihre Aufgabe in der völligen Anschliessung des französischen Standpunktes erblickt. Aehnlich äussern sich auch Monts und Schoen. Der eine schreibt,⁸⁾ Russland habe sich, trotz schöner an Deutschland verschwendeter Worte, als absolut zuverlässiger Helfer Frankreichs in Algeciras erwiesen, der andere,⁹⁾ es habe dort eine „offene und ausschliessliche“ Parteinahme für

1) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXV, S. 356.

2) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXI, S. 451.

3) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXVI, S. 197.

4) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXV, S. 602.

5) Jagow, „Ursachen und Ausbruch des Weltkrieges“, S. 17.

6) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXV, S. 362.

7) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXI, S. 122.

8) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXVI, S. 197.

9) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXVI, S. 290.

10) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXI, S. 317.

den französischen Verbündeten ergriffen. Der Grund¹⁾ des willenlosen Anschlusses Russlands an den französischen Freund und Helfer lag nach Meinung Schoens in seiner drückenden finanziellen Notlage.

Die deutschen Diplomaten stellen fest, Russland habe sich in Algier nicht nur ad hoc, sondern auch für die Zukunft auf Seiten der Gegner Deutschlands gestellt. Hintze²⁾ glaubt, dass gegenüber der Not, sich Ruhe zu verschaffen, „rein ethische Faktoren“, wie Dankbarkeit gegenüber dem hilfreichen Deutschland, nicht standhalten könnten. Russland ging darüber hinaus und verstand sich zu dem Preis, den das Abkommen mit England bedingte: Drohung gegen Deutschland. Stumm und Tschiraky³⁾ bestreiten dies (1910), sie glauben, dass es keinen Anhaltspunkt für die Behauptung gebe, das russisch-englische Abkommen habe die Bedrohung Deutschlands durch Russland zur Voraussetzung gehabt. Sie glauben, erst mit der Zeit durch den Einfluss Englands sei das hinzugekommen, was Hintze die Drohung gegen Deutschland nenne. Pourtalès⁴⁾ ist der Meinung, Russland habe durch den Anschluss an die anglo-französische entente cordiale ein erhebliches Gewicht in die Wagschale der Gruppe geworfen, welche schon wiederholt ihren Einfluss in einem den deutschen Interessen entgegengesetzten Sinn geltend gemacht habe. Auch Zimmermann⁵⁾ stimmt dem zu und sagt, Russland sei auf Seiten derjenigen Mächte zu finden gewesen, deren Bestreben darauf gerichtet sei, Deutschland tunlichst zu isolieren. Ähnlich äussern sich Bülow, Metternich und Eckardstein. Auch ihrer Meinung nach bestand der Dank Russlands darin, dass es Vereinbarungen und Abmachungen traf, die dazu dienten, „die Macht Deutschlands zu lähmen,“⁶⁾ die „politische Einkreisung“⁷⁾ herbeizuführen, den „Ring der Einkreisung“ zu schliessen.⁸⁾ Nach Meinung von Pourtalès und Schoen hat Deutschland auch für seine Haltung in Persien „keinerlei Dank“ erhalten. Russland war wie gewöhnlich bemüht über die Interessen Deutschlands hinwegzugehen, um seinem Verbündeten eine bevorzugte Stellung bei der Kontrolle und Verwaltung der persischen Finanzen einzuräumen.

Dies⁹⁾ immer wieder auftauchenden Beweise der russischen Haltung gegenüber den ihm geleisteten Diensten erweckten bei den deutschen Diplomaten die Auffassung, es sei gewagt, auf

1) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXI, S. 252.

2) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXVI, S. 525.

3) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXVII, S. 533 und 535.

4) Die gd. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXVI, S. 237.

5) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXVI, S. 197.

6) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXVI, S. 294.

7) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXVI, S. 517.

8) Eckardstein, „Lebenserinnerungen und politische Denkwürdigkeiten“. Bd. III, S. 96.

9) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXVII, S. 754 und 758.

Russlands loyale Dankbarkeit zu bauen. Schoen¹⁾ bestärkt diese Meinung noch dadurch, dass er annimmt, „Undank“ sei ein Hauptcharakterzug der Russen. Er glaubt, es entspreche dem russischen Nationalcharakter wenig, sich in die Vorstellung zu finden, welche auch nur entfernt an ein moralisches Abhängigkeitsverhältnis gegenüber einem Nachbarstaate erinnere, da dessen loyale und vornehme Haltung ein schwer fassbarer Begriff für Menschen von niederem Kulturniveau bilde.

Tiefer in die Sache scheint Metternich²⁾ zu blicken. Seiner Meinung nach ist der Grund der russischen Undankbarkeit nicht in ihrem niederen Kulturniveau zu suchen, sondern darin, dass die politische Dankbarkeit den Blick mehr auf das Kommende als auf das Vergangene gerichtet habe.

Im Laufe der Zeit scheint aber Schoen³⁾ seine Meinung geändert zu haben, denn in seinen Memoiren sagt er, Russland habe die neue Richtung eingeschlagen, nicht weil es undankbar sei, sondern weil es dazu durch den unerbittlichen Gang der Ereignisse, der ein stärkeres Motiv als die eigenen Wünsche bilde, gezwungen worden sei.

1) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXI, S. 251.

2) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXI, S. 254.

3) Schoen, „Erlebtes“. S. 221.

Zweiter Teil.

Politische Faktoren und Methoden.

A. Die politischen Faktoren.

In diesem Abschnitt wollen wir versuchen, diejenigen politischen Faktoren festzustellen, die nach Meinung der deutschen Diplomaten den Gang der russischen Politik bestimmt und beeinflusst hatten.

Als politischer Faktor kommt erstens Zar Nikolaus in Betracht, der, geboren 1868, am 1. November 1894 nach dem Tode seines Vaters, Alexander III, den Thron bestieg und am 26. November sich mit der Prinzessin Alix von Hessen (nach ihrem Uebertritt zur orthodoxen Kirche Alexandra Feodorowna) vermählte, da nach der russischen Verfassung die Bestimmung der äusseren Politik ganz und ausschliesslich zur Sphäre der unmittelbaren Tätigkeit der obersten Gewalt gehört. Zweitens kommen die nächsten Verwandten des Zaren, d. h. die Kaiserin-Mutter, die Zarin, einige Grossfürsten und Grossfürstinnen, in Betracht, da diese auf den Zaren, und auf diese Weise, wenn auch keinen direkten, so doch indirekten Einfluss auf die russische Politik selbst ausüben. Drittens und vor allem sind das Ministerium, oder kurz die Minister massgebend. Bei ihnen, hauptsächlich bei den Aussenministern Lobanow (1895—1896), Murawiew (1896—1900), Lamsdorff (1900—1906), Iswolsky (1906—1910) und Sasonow (1910—1914), lag natürlich, wenn ihnen auch nach der russischen Verfassung nur eine vollziehende Gewalt zustand, die Entscheidung über den Gang der Politik.

Aber die Politik wird nicht nur von amtlicher Stelle aus bestimmt. Auch gewisse Strömungen und Stimmungen können die Minister, und infolgedessen indirekt die Politik beeinflussen. Es kommt daher noch viertens die panslawistische Strömung, die Presse, schliesslich noch der Einfluss von aussen als politische Faktoren hinzu.

Wir beginnen unsere Betrachtungen mit dem Zaren und wollen feststellen, welche Rolle er nach Meinung der deutschen Diplomaten in der russischen Politik spielte.

1. Der Zar.

Der deutsche Kronprinz, der den Zaren 1903 in Petersburg und 1909 in Zarskoje Selo besuchte, schildert ihn in seinen Me-

moiren¹⁾ als „einfache und schlichte“ Persönlichkeit, die sich nur in engem Umgange herzlich und ungezwungen gab. Denselben Eindruck hatte der Zar auch auf Schoen,²⁾ der ihn als Botschafter in Petersburg oft sah, gemacht. In seinen Memoiren charakterisiert er den Zaren als einen im innersten Grunde „schlichten Menschen“, der frei von drängenden Impulsen und jeglicher phantastischen Leidenschaftlichkeit war und eine ruhige, fast nüchterne Stellungnahme selbst zu erregenden Fragen annahm. Auch er sagt, der Zar fühlte sich nur im engsten Familienkreise wohl, am wohlsten aber in der Kinderstube. Radolin³⁾ betont noch, dass Kaiser Nikolaus „milde und freundlich“, Bülow,⁴⁾ dass er „edel“, Rex,⁵⁾ dass er „edeldenkend“ war. Diese Eigenschaften des Zaren könnten leicht den Glauben erwecken, Nikolaus II habe der Politik fremd gegenüber gestanden. Dieses trifft aber nach Meinung der deutschen Diplomaten nicht zu. Pourtalès⁶⁾ sagt, der Zar habe eine politische Situation schnell und richtig erfasst, Schoen,⁷⁾ er habe über die Gabe rascher und zutreffender Auffassung springender Punkte und einer gewissen Schlagfertigkeit verfügt. Dieses stimmt auch mit der Ansicht Rex'⁸⁾ überein, der Nikolaus als einen geistig gut veranlagten Menschen bezeichnet. Radolin⁹⁾ schränkt aber seine politische Fähigkeit immerhin etwas ein, wenn er sagt, der Zar gebe sich vielleicht nicht immer über die Tragweite der Situation Rechenschaft. Dieser Meinung war auch Lichnowsky.¹⁰⁾ Er glaubt, das Auftreten des Zaren in Paris (1896), wo der Ton der Trinksprüche wesentlich wärmer war, als alle bisherigen, wo er Faure einen Kuss gab und sich mit dem Mob fraternisierte, sei für einen Träger des monarchistischen Prinzipes ein unerhörter Vorgang gewesen.

Dem „frei von drängenden Impulsen“, also passiven Charakter des Zaren entsprach nach Meinung der Diplomaten seine Friedensliebe. Bülow¹¹⁾ sagt, Nikolaus II sei friedliebend gewesen, Münster,¹²⁾ er habe die „allerbesten und friedlichsten Absichten“ besessen, Hohenlohe,¹³⁾ er habe den entschiedenen Wunsch gehegt, den Frieden zu wahren. Fast wörtlich äussert sich darüber Radolin,¹⁴⁾ der Zar wäre „vor allem friedlich“, und

1) Kronprinz Wilhelm, „Erinnerungen“, S. 62.

2) Schoen, „Erlebtes“, S. 45.

3) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XIII, S. 85.

4) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XVIII, S. 99.

5) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. IX, S. 337.

6) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXVI, S. 376.

7) Schoen, „Erlebtes“, S. 44.

8) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. IX, S. 337.

9) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XIII, S. 85.

10) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XI, S. 374.

11) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XVIII, S. 99.

12) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XV, S. 236.

13) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XII, S. 353.

14) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XI, S. 342.

hätte das Bestreben, den Frieden zu wahren und mit sämtlichen Mächten in freundschaftlichen Beziehungen zu bleiben. Selbst Wilhelm II war nach dem Berichte Bülows¹⁾ von der Ueberzeugung durchdrungen (1901), Nikolaus II habe das aufrichtige Bestreben, den Frieden zu erhalten. War aber die Friedensliebe Nikolaus II nach Meinung der Diplomaten ein politischer Faktor, mit dem gerechnet werden konnte? Die deutschen Diplomaten bezweifeln dies, denn es fehlte ihrer Meinung nach dem Zaren, der von den besten Intentionen beseelt war, ein starker und eigener Wille. Lichnowsky²⁾ glaubt, Nikolaus II habe nicht die Willenskraft seines Vaters besessen. Bethmann-Hollweg³⁾ meint, es fehlte ihm an „Willenskraft“, Schoen⁴⁾ sagt direkt, er sei „willenlos“ gewesen, da ihm die willensstarke Tatkraft fehlte, um die Konsequenzen aus seinen Gefühlen zu ziehen, geschweige denn, sie über Hindernisse hinweg durchzuführen. Die Aeusserungen der Diplomaten über die Willenslosigkeit des Zaren werden von den Diplomaten noch weiter variiert, Marschall⁵⁾ berichtet, dass Nikolaus II „schwanke“, „jedes Rückgrates ermangele“ und „schwach“, Bülow,⁶⁾ dass er „nachgiebig und schwach“, Kaiser Wilhelm II,⁷⁾ dass er „schwach“ sei. Auch Radolin⁸⁾ glaubt, er sei schwach, ja sogar „masslos schwach“ und lasse sich „leicht beeinflussen“. Dieser Meinung war auch Schoen.⁹⁾ Er sagt in seinen Memoiren, der Mangel an Selbstvertrauen mache den Zaren „zögernd und schwankend“ in seinen Entschliessungen und den widerstrebendsten Einflüssen zugänglich. Immer blieb der Einfluss desjenigen beim Zaren ausschlaggebend, dem die letzte Gelegenheit zur Aussprache mit ihm zuteil geworden war. Dieses wird auch von Radolin und Bülow bestätigt. Der eine meint¹⁰⁾ (1897), man wisse genau, dass, wenn man aus der Tür gehe, der Zar die Ansicht des Hinausgehenden teile, wenn aber fünf Minuten darauf jemand anderes zu ihm komme, so sei ebenso schnell dessen Ansicht angenommen, der andere berichtet¹¹⁾ (1902), bei Kaiser Nikolaus behalte immer derjenige Recht, den er zuletzt sehe. Bülow¹²⁾ glaubt deshalb, die endgültigen Entschlüsse des Kaisers seien unberechenbar. Auch Schoen¹³⁾ teilt diese Ansicht (1906). Er zweifelt nicht, dass Nikolaus

1) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XVIII, S. 36.

2) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XI, S. 374.

3) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXVI, S. 861.

4) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXI, S. 254.

5) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XI, S. 385.

6) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XVIII, S. 99.

7) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XIII, S. 85.

8) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XI, S. 342.

9) Schoen, „Erlebtes“. S. 44.

10) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XI, S. 342.

11) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXI, S. 60.

12) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XVIII, S. 99.

13) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXI, S. 254.

unter dem Einflusse seiner Ratgeber Entschlüsse fasse, die mit früheren persönlichen Willensäusserungen, ja sogar mit feierlichen Versprechungen schlechterdings nicht oder nur in kasuistischer Auslegung in Einklang zu bringen seien. Schliesslich glaubt auch Pourtalès¹⁾ (1909), der Zar handle unter dem Einflusse seiner Ratgeber, denn er sagt, er habe oft Gelegenheit gehabt, die Gedanken und Anschauungen Iswolskys vom Zaren beinahe wortgetreu zu hören. Schliesslich sagt auch Kronprinz Wilhelm,²⁾ Nikolaus II fehle die nötige Entschlossenheit. Der Mangel an festem Willen aber hatte nach Meinung Tshirsky's, Bethmann - Hollwegs und Schoens zur Folge, dass die Stellung des Zaren schwach wurde. Der eine³⁾ berichtet, die „persönliche Autorität“ des Kaisers Nikolaus II. sei oft gleich Null gewesen, der andere,⁴⁾ ihm fehlte die „nötige Willenskraft“ seinen Ratgebern gegenüber, der dritte,⁵⁾ er sei schliesslich doch immer nur ein mehr oder weniger „willensloses Werkzeug“ in der Hand seiner verantwortlichen Ratgeber geblieben. Auch in seinen Memoiren sagt Schoen,⁶⁾ das Wort Nikolaus sei nicht so stark gewesen, wie in Berlin vielfach angenommen wurde. Schliesslich meint auch Pourtalès,⁷⁾ die grossen Entscheidungen ruhen in den Händen weniger sich gegenseitig befehlender Männer und Cliques. Der Zar erliess seiner Meinung nach Befehle und „bildete“ sich ein zu regieren. Bezeichnend dafür war der ungeduldige Ausruf des Zaren: „Ich habe schon vor zwei Jahren befohlen, dass ich ein Pressegesetz haben will, es ist leider noch immer nicht fertig.“ Und derselbe Monarch glaubt, nach dem Berichte von Pourtalès sagen zu können „I am the master“.

Die Schwäche des Zaren seinen Ratgebern gegenüber zeigte sich nach Meinung der Diplomaten in dessen Versuchen, aktiv und selbständig in der Aussenpolitik vorzugehen. Hohenlohe, Holstein und Marschall⁸⁾ sahen dies deutlich, während des griechisch-türkischen Krieges, als der Zar, dem Drängen der Kaiserin-Mutter nachgebend, auf seine eigene Politik verzichtet, um diejenige der Panslawisten weiter zu führen. Auch der zweite Versuch des Zaren⁹⁾ selbständig in der Politik zu handeln (Björkö, 1905), scheiterte, nach Meinung Schoens am Widerstande des russischen Aussenministers. Dieser Ansicht war auch Jagow.¹⁰⁾ In seinen Me-

1) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXVI, S. 376.

2) Kronprinz Wilhelm, „Erinnerungen“. S. 65, Bd. XXVI, S. 376.

3) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XIV, S. 557.

4) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXVI, S. 861.

5) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXVI, S. 867.

6) Schoen, „Erlebtes“. S. 28.

7) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXVI, S. 378.

8) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXII, S. 353 und 540.

9) Schoen, „Erlebtes“. S. 15.

10) Jagow, „Ursachen und Ausbruch des Krieges“. S. 20.

moiren sagt er, der Vertrag, den der Selbstherrscher Russlands in Björkö unterzeichnete, sei von dessen Regierung desavouiert worden.

Diese deutlich zutage tretende Schwäche des Zaren erweckte bei Radolin¹⁾ (1896) die Besorgnis, dass Nikolaus II. durch die Verhältnisse unter Umständen und gewiss gegen seinen Willen leicht in kriegerische Verwicklungen hineingetrieben werden könnte, wenn ein kräftigerer Wille als der seine es verstände, die Leidenschaft des Volkes zu wecken, um ungestüm das Programm der sogenannten russischen Patrioten auszuführen. Diese Besorgnis Radolins wurde später auch von Lichnowsky,²⁾ Bülow³⁾ und Bethmann-Hollweg⁴⁾ geteilt. Sie fürchten, der Zar könne leicht von einer nationalen Bewegung fortgerissen werden, denn selbst ein stärkerer und mächtigerer russischer Herrscher als Nikolaus II, Alexander II, hätte nicht vermocht, den auf ihn eindringenden panslawistischen Strömungen auf die Dauer Widerstand zu leisten, und wurde in den Krieg hineingedrängt, den er eigentlich vermeiden wollte. Wie wenig der Friede von der Friedensliebe des Zaren allein abhängt, zeigte nach Meinung Alvenslebens seinerzeit deutlich der russisch-japanische Krieg. Dieser Ansicht war auch Kaiser Wilhelm, denn er sagt,⁵⁾ Kaiser Nikolaus sei „völlig ahnungslos“ in den japanischen Krieg hineingetrieben worden. Die Besorgnis der deutschen Diplomaten wegen des Mangels an Willen beim Zaren scheint um so verständlicher zu werden, wenn man beachtet, dass sie Kaiser Nikolaus als einen Deutschenfreund hielten. Radolin⁶⁾ ist zwar der Meinung, der Zar habe sich erst im Laufe der Zeit eine „herzliche Auffassung für Deutschland angeeignet“. Die anderen deutschen Diplomaten dagegen sprechen nie von einer angeeigneten, sondern immer nur von „einer vorhandenen“ Sympathie des Zaren für Deutschland. So sagt Tirpitz,⁷⁾ Nikolaus II selbst sei Deutschland wohlgesinnt gewesen, Kronprinz Wilhelm⁸⁾ geht noch weiter, er glaubt, der Zar habe eine „aufrichtige Sympathie“ für Deutschland empfunden. Dieser Meinung waren auch Bülow, Schoen und Richthofen. Der eine⁹⁾ sagt, bei Nikolaus sei ein sichtbares Bestreben vorhanden, mit Deutschland gute und vertrauensvolle Beziehungen zu unterhalten, der andere,¹⁰⁾ Nikolaus sei von aufrichtiger Freund-

1) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XIII, S. 85.

2) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XI, S. 374.

3) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XVII, S. 527.

4) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXXIV, S. 346.

5) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXVI, S. 406.

6) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XIII, S. 85.

7) Tirpitz, „Erinnerungen“. S. 146.

8) Kronprinz Wilhelm, „Erinnerungen“. S. 65.

9) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XVIII, S. 28.

10) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXI, S. 254.

schaft für Wilhelm II beseelt, der dritte¹⁾ endlich (1902), er sei voller Vertrauen für Wilhelm II. Eckardstein²⁾ bestreitet dies in seinen Memoiren. Seiner Meinung nach hatte Nikolaus II nicht viel für Wilhelm II übrig, da er sich in abfälliger Redensart zu anderen Souveränen und ihren Staatsmännern über Kaiser Wilhelm II. zu äussern pflegte.

War aber bei den oben erwähnten Eigenschaften des Zaren nach Meinung der deutschen Diplomaten nicht möglich, durch Beeinflussung von deutscher Seite auf ihn, die russische Politik ins deutsche Fahrwasser zu bringen? Wilhelm II. war anfangs überzeugt, der Zar könnte in diesem Sinne beeinflusst werden, und stellte sich persönlich in den Dienst dieser Politik. Durch Briefe und mündliche Aussprache suchete er, auf den Zaren einzuwirken und die russische Politik im Fernen Osten festzunageln. Erst das Scheitern des russisch-deutschen Bündnisplanes (1905) nahm Wilhelm II diesen Glauben. Hintze³⁾ dagegen scheint auch nach Björkö die Hoffnung nicht verloren zu haben, denn noch 1910 glaubt er, der Zar könne gewonnen werden, wenn man ihm englische und französische Zeitungsartikel vorlege, die Ausfälle grober Art gegen die Person des Zaren oder die russische Eigenart enthalten.

Die meisten deutschen Diplomaten glauben aber nicht an die Kraft der deutschen Einwirkung. Radolin⁴⁾ ist der Meinung, eine solche Bestrebung von deutscher Seite sei unmöglich, da der Zar eine Abneigung habe, Menschen zu sehen, diejenigen aber, die er sehe, wachen darüber, keinen fremden Einfluss zuzulassen. Dieser Ansicht war auch Bülow.⁵⁾ Auch er meint, jeder Versuch, den Zaren im deutschen Sinne zu beeinflussen, könne von Seite derjenigen, die den Zaren beherrschen, konterkariert werden. Besonders eifrig konnte in dieser Hinsicht der russische Aussenminister sein, der im Gegensatz zu allen übrigen, jede Woche vom Zaren empfangen werde. Er konnte daher leicht seinen Einfluss, den der Charakter des Zaren und sein Amt ihm gewährten, dazu benutzen, den Plänen Deutschlands entgegenzuwirken. Wie Penelope konnte der Minister in der Nacht auftrennen, was Deutschland am Tage gewirkt hatte. Pourtalès⁶⁾ hebt noch ein Moment hervor, das seiner Meinung nach jede deutsche Beeinflussung des Zaren unmöglich machte, nämlich er glaubt, es sei bei dem zum „Misstrauen neigenden Charakter“ des Zaren noch zu befürchten, dass jeder Versuch einer Beeinflussung später den entgegengesetzten Erfolg haben könne. Selbst wenn im ersten Augenblick

1) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XVIII, S. 49.

2) Eckardstein, „Lebenserinnerungen und politische Denkwürdigkeiten“. Bd. III, S. 54.

3) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXVI, S. 867.

4) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XI, S. 342.

5) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXI, S. 60.

6) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXXI, S. 434.

die Ratschläge auf Kaiser Nikolaus Eindruck zu machen scheinen, liege doch die Gefahr vor, es könne sich nachträglich bei ihm das Misstrauen, Kaiser Wilhelm habe ihn überrumpeln wollen, regen. Schliesslich meinte Kronprinz Wilhelm,¹⁾ der deutsche Einfluss musste auch deshalb wirkungslos bleiben, weil der Zar viel zu schwach war, um seinen Willen gegen den der grossen deutschfeindlichen Partei durchzusetzen. Dieser Meinung war Bethmann-Holweg, denn er sagt,²⁾ weder vermochten die persönlichen Gefühle Nikolaus II für Wilhelm II die beginnende Abwendung der russischen Politik von Deutschland zu verhindern, noch konnte seine Erbitterung gegen England, die während des russisch-japanischen Krieges sichtbar wurde, für die von Iswolsky eingeleitete Orientierung der russischen Politik nach englischer Seite hin ein Hindernis bilden. In dieser Schwäche des Zaren lag seiner Meinung nach der Grund, weshalb den persönlichen Bemühungen Kaiser Wilhelms, wie denen des Militärattachés Hintze am russischen Hofe, auf den Zaren einzuwirken, ein in der Haltung der russischen Politik Deutschland gegenüber zum Ausdruck kommender greifbarer Erfolg bisher (1910) noch nicht beschieden gewesen sei. Diese Ansicht wird auch von Schoen³⁾ geteilt. Er sieht in der Schwäche des Zaren gegenüber seinen Ratgebern den Grund, weshalb dessen zweifellos vorhandene Sympathien für die Person des deutschen Kaisers ohne Einfluss auf die Beziehungen Deutschlands zum amtlichen Russland bleiben mussten.

2. Die Verwandten.

Wir haben eben gesehen, dass die deutschen Diplomaten der Meinung waren, der Zar sei nicht die Persönlichkeit, die starken Einfluss auf den Gang der russischen Politik ausübte. Wer war es nach ihrer Meinung dann? Waren es vielleicht zum Teil die nächsten Verwandten des Zaren? Die deutschen Diplomaten bejahen dies. Sie glauben, dass man besonders stark von weiblicher Seite bemüht war, durch Einfluss auf den Zaren den Gang der Politik zu bestimmen.

a. Die Kaiserin-Mutter.

Die deutschen Diplomaten sind der Meinung, unter den weiblichen Verwandten habe die wichtigste Rolle die Kaiserin-Mutter gespielt. Kronprinz Wilhelm⁴⁾ sagt in seinen Memoiren, dass Maria Feodorowna den „vorherrschenden Einfluss“ (1903) in der Petersburger politischen und Hof-Gesellschaft besass und die Uebermacht am Hofe inne hatte (1909). Sie übte nach

1) Kronprinz Wilhelm, „Erinnerungen“. S. 65.

2) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXVI, S. 861.

3) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXVI, S. 867.

4) Kronprinz Wilhelm, „Erinnerungen“. S. 62/65.

Meinung Hohenlohes und Holsteins einen gewissen Einfluss auf die Politik aus, welcher¹⁾ deutlich während des griechisch-türkischen Krieges (1897) zutage trat, als die Kaiserin-Mutter aus Familieninteressen für die Griechen Partei ergriffen und es fertig gebracht hatte, dass der Zar auf die national-russische Politik, in deren Interessen es keineswegs lag, Griechenland zum Königtum Byzanz anwachsen zu lassen, verzichtete und Familienpolitik im Sinne der Hohen Dame zu treiben begann, indem er Kreta trotz der Niederlage der Griechen für autonom erklärte.

Wenn es später an Beispielen, wo der Wille der Kaiserin-Mutter so deutlich hervortrat, fehlte, so scheinen die deutschen Diplomaten doch nicht zu zweifeln, Maria Feodorowna habe den Zaren zu beeinflussen gesucht. So hören wir Bülow²⁾ 1898 die Hoffnung äussern, dass in etwa zehn Jahren Kaiser Nikolaus vielleicht abgestumpfter gegen die weiblichen Einflüsse in seiner Familie sein werde als heute. Im folgenden Jahre 1899 sagt Tschirsky³⁾ deutlich, „à la cour nous avons le régime de femmes“.

Der Einfluss der Kaiserin-Mutter auf den Zaren musste nach Meinung von Rex⁴⁾ um so bedenklicher erscheinen, als Maria Feodorowna unzweifelhaft eine unversöhnliche Gegnerin Deutschlands war. Er glaubt, die russische Politik habe nur dank dem festen Willen des verstorbenen Zaren eine nicht noch prononcierterere deutschfeindliche Haltung angenommen. Auch Tschirsky⁵⁾ meint, die Kaiserin-Mutter habe „tiefes Miss-trauen“ und „Abneigung gegen Deutschland“ an den Tag gelegt. Schliesslich sagt auch Kronprinz Wilhelm,⁶⁾ die Hohe Dame sei eine „ausgesprochene Gegnerin“ Deutschlands gewesen.

b. Die Zarin.

Welche Rolle Alexandra Feodorowna selbst am Hofe spielte, ob sie einen grossen Einfluss auf den Zaren und auf die Politik hatte, ist aus den Akten schwer ersichtlich. Im Jahre 1895 stellt Radolin⁷⁾ fest, die junge Zarin fühlte sich noch zu unsicher und zu sehr unterdrückt durch Maria Feodorowna, um eine Rolle am Hofe zu spielen. Auch in den darauffolgenden Jahren scheint sie nach dem Berichte Tschirskys⁸⁾ (1899), dem Lande noch ebenso fremd gegenüber zu stehen. Im Gegensatz aber zu Radolin glaubt Tschirsky, die Zarin habe jetzt Einfluss auf

1) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XII, S. 353 und 458.

2) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XIV, S. 201.

3) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XV, S. 409.

4) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. IX, S. 304.

5) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XIX, S. 456.

6) Kronprinz Wilhelm, „Erinnerungen“. S. 65.

7) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. IX, S. 358.

8) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XV, S. 409.

den Kaiser, denn er sagt, Nikolaus II sei durch seine Gemahlin den Einflüssen von Kopenhagen, Windsor, vor allem aber von Darmstadt widerstandslos ausgesetzt. Auch Bülow) war der Meinung, Alexandra Feodorowna suche den Zaren zu beeinflussen (1905). Es schien ihm sehr wahrscheinlich, dass die Zarin zusammen mit Maria Feodorowna versuchen werde, dem Zaren eher zum Anschluss an England als an Deutschland zureden. Dass die Zarin Nikolaus nicht in deutschem Sinne beeinflusste, war auch die Meinung Tirpitz'.²⁾ In seinen Memoiren sagte er offen, die Kaiserin sei englisch gesinnt gewesen und habe nicht viel für ihr deutsches Vaterland übrig gehabt.

c. Die Grossfürstinnen.

Nach der Meinung von Pourtalès³⁾ haben auch die zwei montenegrinischen Grossfürstinnen, die Gemahlinnen von Nikolaus und Peter Nikolajewitsch versucht,⁴⁾ den Zaren in deutschfeindlichem Sinne zu beeinflussen. Ihr Einfluss trat seiner Meinung nach besonders deutlich während des Winters 1912/13 hervor, als sie bemüht waren, im Zaren das Bewusstsein zu wecken, es sei seine Pflicht, die serbische Bewegung zu unterstützen, und ihn daher gegen Oesterreich hetzten.

d. Die Grossfürsten.

Die deutschen Diplomaten sind der Meinung, dass im gleichen deutschfeindlichen Sinne die Grossfürsten tätig waren. Rex⁵⁾ sagt (1894), sie hätten keinesfalls Sympathie für Deutschland gehegt. Sie waren alle vielmehr Anhänger Frankreichs, die seinerzeit fast ausnahmslos das russisch-französische Einvernehmen gutgeheissen hatten. Rex fürchtet daher (1894), die Grossfürsten würden in erster Zeit einen grossen politischen Einfluss auf den Zaren ausüben. Besonders stark war nach der Meinung des Kronprinzen Wilhelm⁶⁾ auch in den folgenden Jahren (1903) der Einfluss des Grossfürsten Nikolaus Nikolajewitsch, der neben der Kaiserin-Mutter die „Uebermacht am Hofe“ besass. Kronprinz Wilhelm sagt in seinen Memoiren, er hätte eine „Abneigung gegen alles Deutsche“, die er auch in Gesprächen mit ihm während seines Besuches beim Zaren ziemlich deutlich zum Ausdruck brachte. Auch Pourtalès⁷⁾ nennt Nikolaus Nikolajewitsch einen „ausgesprochenen Gegner Deutschlands“, der in deutschfeindlichem Sinne am Hofe tätig war. Besonders eifrig arbeitete er nach Pourtalès während

1) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XIX, S. 450.

2) Tirpitz, „Erinnerungen“. S. 148.

3) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXXIII, S. 213.

4) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXXIV, S. 437.

5) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. IX, S. 340.

6) Kronprinz Wilhelm, „Erinnerungen“. S. 62 und 65.

7) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXXIV, S. 437.

des zweiten Balkankrieges. Sein Besuch im kaiserlichen Hoflager hatte eine überraschend kriegerische Stimmung zur Folge. Selbst der sehr friedliche Monarch wurde in einem nicht nur österreichfeindlichen, sondern kriegerischen Sinne umgestimmt. Pourtalès wiederholt während der Krisis (1913) immer wieder, dass das Anschwellen der kriegerischen Wogen letzten Endes auf den Einfluss von Nikolaus Nikolajewitsch zurückzuführen sei.

Neben Nikolaus Nikolajewitsch konnte nach Meinung von Rex²⁾ (1894) auch Grossfürst Sergius, der Bruder Alexanders III., zu den entschiedensten Gegnern Deutschlands gerechnet werden. Dieser Ansicht war auch Kaiser Wilhelm.³⁾ Er glaubt, Grossfürst Sergius sei ein „energischer Feind“ Deutschlands und bekunde entschieden grosses Misstrauen gegen das Nachbarland. Wilhelm II sieht dies deutlich während seiner Zusammenkunft mit dem Zaren in Darmstadt (1895), als Sergius es verstand, sich den Monarchen jeweils zu nähern, wenn er, Wilhelm, sich einmal mit Kaiser Nikolaus allein befand. In Gegenwart des Grossfürsten wurde Nikolaus stets auffallend verlegen und zurückhaltend. Kaiser Wilhelm nennt Sergius daher des Zaren „bösen Dämon“. Die deutschen Diplomaten sind, wie wir sehen, der Meinung, der Zar sei in seiner Familie ausschliesslich von Deutschfeinden umgeben gewesen, die ihn in diesem Sinne auch zu beeinflussen suchten.

e. Die Hofgesellschaft.

Wie stand es aber nach Meinung der Diplomaten mit der Hofgesellschaft? Rex⁴⁾ glaubt (1894), dass sie im allgemeinen von demselben Geiste beseelt war. Dieser Meinung war auch Kronprinz Wilhelm.⁵⁾ Er schreibt in seinen Memoiren, dass er während seines Besuches (1903) in der Petersburger Hofgesellschaft vergebens nach Spuren alter Freundschaft zwischen Preussen und Russland gesucht habe. Englisch und französisch waren die Umgangssprachen dieser Schicht, für Deutschland hatte niemand Interesse, mehrfach konnte man sogar auf eine offene Abneigung stossen. Seiner Meinung nach gab es dort nur einen Mann, nämlich den Hofminister Baron Fredericks, der damals (1903) „eine starke Neigung“ zu Deutschland hatte. Prinz Heinrich⁶⁾ glaubt dagegen, Baron Fredericks sei nur nicht antideutsch gewesen. Deutschland wohlgesinnt schien ihm aber Graf Benckendorff zu sein. Auch Radolin⁷⁾ ist der Meinung, der einzige Mann des Hofes, der

1) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXXIII, S. 385.

2) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. IX, S. 340.

3) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XI, S. 370.

4) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. IX, S. 340.

5) Kronprinz Wilhelm, „Erinnerungen“, S. 62/63.

6) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XVIII, S. 34.

7) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. IX, S. 358.

„deutschfreundlich“ genannt werden könne, sei Benckendorff. Er meint aber, dieser wage am Hofe nichts zu tun oder zu sagen, was seine Stellung gefährden könne. Auch Prinz Heinrich glaubt, wie Bülow¹⁾ berichtet, Benckendorff habe in seiner verhältnismässig untergeordneten Stellung am Hofe nichts zu sagen. Stärker schien ihm die Stellung des Barons Fredericks am Hofe gewesen zu sein. Er sagt sogar, er spiele in der Umgebung des Zaren die Hauptrolle und lasse keinen bedeutenden Menschen in den das Zarenpaar umschliessenden Ring zu. Dass Baron Fredericks einen Einfluss auf den Zaren und die Politik ausüben konnte, bezweifelt Tschirsky,²⁾ denn er sagt, Baron Fredericks sei bekanntlich einer der schwächsten Köpfe in ganz Russland.

3. Die Minister.

Wir haben bei der Betrachtung der Rolle, die der Zar in der russischen Aussenpolitik spielte, gesehen, dass die meisten Diplomaten der Meinung waren, die grossen Entscheidungen befänden sich nicht in der Hand von Nikolaus II., sondern in der seiner verantwortlichen Ratgeber, natürlich hauptsächlich in der der russischen Aussenminister, von denen auch sehr wesentlich der Kurs der russischen Politik abhängt. Wir müssen nun zu diesen leitenden Persönlichkeiten übergehen und sehen, wie sie von den deutschen Diplomaten beurteilt wurden, wobei gesagt sein soll, dass sie ihre Hauptaufmerksamkeit auf die Einstellung der Minister gegen Deutschland richteten. Wir beginnen der Reihe folgend mit dem ersten Aussenminister, der in unserem Zeitabschnitt in Betracht kommt, mit dem Fürsten Lobanow.

a) Fürst Lobanow (1895—1896).

Tschirsky³⁾ ist der Meinung, dass die kurze Amtszeit dieses Ministers für Russland reich an Erfolgen war, die sich, wenn nicht in einer tatsächlichen Vergrösserung des Länderbesitzes, so doch in einer bedeutenden Hebung des russischen Ansehens in der ganzen Welt äusserte. Er glaubt, es sei nur dem Geschehke des Fürsten Lobanow zu danken, wenn Russland unter Vermeidung jedes für das Reich gegenwärtig (1896) unerwünschten Konfliktes, ohne Anwendung von Waffen, seine Stellung in Ostasien und auf dem Balkan wesentlich gebessert habe und bei Behandlung aller auftauchenden politischen Fragen eine führende Rolle habe einnehmen können.

Was die politische Geschäftsführung dieses Ministers betrifft, so glaubt Tschirsky, sie kennzeichne sich durch ein kalt-

1) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XVIII, S. 34.

2) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XV, S. 409.

3) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XI, S. 355.

blütiges, nur rein sachliche Momente berücksichtigendes Abwägen, ferner durch ein geschicktes Ausnützen und ein rücksichtsloses, nie verlegenes Durchführen des gefassten Entschlusses. Auch Holstein¹⁾ sagt, Fürst Lobanow habe eine „Rücksichtslosigkeit“ in seiner Geschäftsführung gezeigt. Hatzfeld²⁾ fügt noch hinzu, dass Lobanow weder aufrichtig, noch zuverlässig war. Er glaubt, das Zusammenarbeiten mit ihm sei noch durch seinen „unverbesserlichen Hochmut“ erschwert worden, da er in jeder abweichenden Meinung einen Mangel an Respekt vor der Allmacht Russlands und eine Beleidigung seiner persönlichen Würde erblickte. Wie war nun aber nach Meinung der deutschen Diplomaten Lobanows Einstellung Deutschland gegenüber? Radolin³⁾ glaubt, Deutschland sei ihm „wenig sympathisch“ gewesen. Er fand nichts Greifbares, worin sich Lobanows Abneigung gegen Deutschland äusserte, aber er hatte nach jeder längeren geschäftlichen Konversation das Gefühl, dem Minister sei Deutschland und das deutsche Wesen nicht angenehm. Dieser Meinung war auch Hatzfeld.⁴⁾ Er glaubt, Radolin habe richtig erkannt, dass Lobanow nicht zu Deutschlands Freunden gerechnet werden könne. Seine Abneigung gegen Deutschland trat nach Meinung Hatzfelds, Holsteins⁵⁾ und Tschirskys⁶⁾ bei der Regelung der chinesischen Anleihenfrage klar hervor, wo er die Gleichberechtigung Deutschlands nicht zulassen wollte (1895). Sie zweifeln daher nicht, dass Lobanow auch den jungen Zaren in antideutschem Sinne beeinflusse. Dieses muss ihm um so leichter gewesen sein, als er nach Meinung Tschirskys⁷⁾ das Vertrauen von Nikolaus in hohem Grade besass. Tschirsky sieht den Einfluss Lobanows auf den Zaren unter anderem darin, dass er ihn bestimmen konnte, den Ball auf der französischen Botschaft in Moskau am Tage des Unglückes auf dem Chodynkafelde zu besuchen. Es gelang ihm auch, die Reise des Zaren nach Paris durchzusetzen. Auch Münster⁸⁾ (1896) zweifelt nicht, dass es Lobanow war, der die Reise des Kaiserpaars nach Paris durchsetzte.

In Anbetracht dieser Einstellung Lobanows Deutschland gegenüber, glaubt Tschirsky⁹⁾ nicht zu optimistisch zu sein, wenn er annimmt, die Beziehungen Deutschlands zu seinem östlichen Nachbarn könnten unter den Nachfolgern des Fürsten Lobanow aller Voraussicht nach nur „besser und wärmer“ sich gestalten. Er zweifelt nicht, dass die leitenden Gedanken der

1) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. X, S. 29.

2) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. IX, S. 353.

3) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XI, S. 341.

4) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. IX, S. 353.

5) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. IX, S. 353.

6) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. X, S. 29.

7) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XI, S. 355.

8) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XI, S. 372.

9) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XI, S. 357.

grossen russischen Politik: keine Begünstigung französischer Revanchegelüste und Sicherung des Friedens überhaupt, auch von diesen Nachfolgern übernommen und befolgt werden, solange sie mit den Interessen Russlands übereinstimmen.

b) Graf Murawiew (1896—1900).

Fürst Bismarck¹⁾ ist der Meinung, man könne mit der Ernennung des Grafen Murawiew zum russischen Ausserminister zufrieden sein, denn Murawiew, der ein vollkommener Russe sei, werde aller Wahrscheinlichkeit nach „nur russische“ Politik treiben und diese nicht in den Dienst irgendwelcher fremder Einflüsse stellen. Seiner Ansicht nach lag Murawiew jede Neigung fern, der unverfälschten russischen Politik und ihren Zielen zuwider den europäischen Frieden etwa nach französischem Wunsche zu gefährden.

Fürst Bismarck²⁾ glaubt, der Verkehr mit diesem Minister werde angenehm und leicht sein, weil ein hervorstechender Zug seines Charakters die Ehrlichkeit sei. Diese Meinung wird aber von Kaiser Wilhelm³⁾ keineswegs geteilt. Er sagt (1897/99), Murawiew sei vielmehr ein verlogener Herr, der lüge und illoyal handle . . . Die anderen deutschen Diplomaten äussern sich nicht darüber. Bülow⁴⁾ betont nur, Murawiew sei ein kluger, erfahrener und weltgewandter Staatsmann. Auch Tschirsky sagt, er sei klug und sehr findig, hält ihn aber nicht für einen grossen Staatsmann, nicht für einen Mann, um eine Politik der grossen Aktion beherrschend durchzuführen. Er war dazu zu schwach und zu biegsam. Dieser Ansicht scheint auch Bülow⁵⁾ gewesen zu sein, denn er sagt, Murawiew fürchte die öffentliche Meinung, widerspreche dem Zaren nie und strebe vor allem danach, Minister zu bleiben. Auch Tschirsky⁶⁾ berichtet, Murawiew sei stark darauf bedacht, sich in seiner Stellung zu halten und sich nach oben hin in den Kreisen der Grossfürsten beliebt und angenehm zu machen. Dieses trat nach Meinung der Diplomaten deutlich während des griechisch-türkischen Krieges zutage. Tschirsky⁷⁾ glaubt, Murawiew habe die Kandidatur des Prinzen Georg von Griechenland deshalb aufgestellt, weil er dadurch hoffte, das Wohlwollen der Kaiserin-Mutter zu erwecken. Auch Bülow⁸⁾ meint, Murawiew mache den russischen Familieninteressen entsprechend grie-

1) Hoffmann, „Fürst Bismarck“. S. 195.

2) Hoffmann, „Fürst Bismarck“. Bd. II, S. 393.

3) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XIV.

4) Die gr. Politik der europ. Kabinette. XIII, S. 232.

5) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XVIII, S. 99.

6) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XIII, S. 212.

7) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XII, S. 257.

8) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XII, S. 466.

chische Politik. Schliesslich sagt auch Marschall¹⁾ (1899), Graf Murawiew besitze für die Wünsche hochgestellter Damen ein feines Verständnis.

Was die Einstellung des Grafen Murawiew Deutschland gegenüber betraf, so bemerkt Bismarck²⁾ (1896), er habe sich früher, als er öfters die Geschäfte der russischen Botschaft in Berlin führte, niemals als grundsätzlicher Gegner Deutschlands gezeigt. Bülow³⁾ geht weiter. Er sagt, er habe bisher (1899) Murawiew als überzeugten Anhänger der Nützlichkeit des freien freundschaftlichen Zusammengehens beider grossen Reiche erkannt. Dieser Meinung war auch Tschirsky.⁴⁾ Er meint, der Minister, frei von jeder Sentimentalität in der Beurteilung der deutsch-russischen Beziehungen, wisse ein gutes Verhältnis zu seinem westlichen Nachbarn zu schätzen. Er glaubt daher, Murawiew sei nicht der Mann, der die russische Politik in neue Bahnen lenken und sich von Deutschland definitiv ablenken werde.

c) Graf Lamsdorff (1900—1906).

Wir gehen nun zum dritten Aussenminister, zu Lamsdorff über. Wie wurde dieser von den deutschen Diplomaten beurteilt? Bülow und Radolin⁵⁾ waren schon bei Aufstellung der Kandidatur Lamsdorffs zum Aussenminister der Meinung, Deutschland könne nur wünschen, dass Lamsdorff mit der Leitung der russischen auswärtigen Politik betraut werden möge, da er ein „erfahrener und loyaler“ Staatsmann sei. Wedel⁶⁾ fügt noch hinzu, er sei ein klarer, nüchterner und ruhig abwägender Politiker. In seinen Memoiren sagt Schoen.⁷⁾ Lamsdorff habe sich als ein Mann erwiesen, dessen Denken und Handeln im alten russischen Regime wurzelte, das nach aussen eine etwas wohlwollende, herablassende Haltung den anderen Mächten gegenüber einzunehmen liebte, nach innen kein anderes Staatsprinzip kannte, als die autokratische Gewaltherrschaft.

Wie war aber nach Meinung der deutschen Diplomaten die Einstellung des Ministers Deutschland gegenüber? Bülow⁸⁾ (1901), ist der Meinung, Lamsdorff wolle den Draht, der das Reich mit Deutschland verband, nicht abreißen lassen, er habe vielmehr ein sichtbares Bestreben, gute und vertrauensvolle Beziehungen zu Deutschland zu unterhalten. Auch Romberg⁹⁾ glaubt (1905), er habe günstige Dispositionen für Deutschland

1) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XII, S. 526.

2) Hoffmann, „Fürst Bismarck“. Bd. I, S. 393.

3) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XIII, S. 204.

4) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XIV, S. 557.

5) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XVI, S. 134.

6) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XVIII, S. 219.

7) Schoen, „Erlebtes“, S. 46.

8) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XVIII, S. 18 und 28.

9) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XVIII, S. 83.

und betone mit Wärme die Bedeutung gemeinsamer monarchischer und konservativer Interessen Deutschlands und Russlands. Schliesslich wird dies auch von Schoen¹⁾ bestätigt. Er sagt, den Minister habe seine konservative Gesinnung und die höfische Tradition zu Deutschland hinübergezogen. Er dünkte sich aber so hochstehend, dass er Deutschland kaum mehr als „gefälligen Freund“ behandelte. Bülow²⁾ ist der Meinung (1901), Lamsdorff wolle trotz allem die Beziehungen zwischen Russland und Deutschland nicht einen politischen Charakter tragen lassen. Er beobachtet dies deutlich bei den Vorbereitungen zum Besuche des Zaren in Danzig (1901). Dieser sollte nur durch geheimnisvolle Andeutung, durch Mitteilungen des Marineattachés und auf möglichst inoffiziellen Wege eingeleitet, und so behandelt werden, als ob es sich um eine Sache handle, die das Licht der Sonne zu scheuen habe, während alles politische Licht auf die darauffolgende Zarenreise nach Frankreich konzentriert werden solle. Dasselbe Bestreben Lamsdorffs war nach Meinung von Richthofen³⁾ auch beim Gegenbesuche Wilhelms II in Reval (1902) offenbar. Er wollte damals durch sein Fernbleiben die politische Bedeutung der Zusammenkunft herabdrücken, ja ausschalten. Trotz dieses Handelns Lamsdorffs ist Romberg⁴⁾ (1903) der Meinung, sowohl im Interesse des Friedens als der deutsch-russischen Verhältnisse könne eine Befestigung seines Einflusses (gegenüber den Pan-slawisten) nur erwünscht sein. Auch Bülow und Mühlberg⁵⁾ waren dieser Ansicht (1903). Sie bedauern nur, dass dieser friedensliebende Minister nicht den gleichen Einfluss auf die russische Politik in ihrer Allgemeinheit hatte, welchen ihm das Vertrauen des Berliner und des Wiener Kabinetts auf die Gestaltung der deutschen Balkanpolitik einräumte. Alvensleben⁶⁾ meint sogar (1903), Deutschland solle der Schwäche Lamsdorffs, als oberster Leiter der Politik der Mächte anerkannt zu werden, Rechnung tragen und sich möglichst seinen Wünschen akkomodieren. Auf diese Weise kann man seiner Meinung nach das Vertrauen Lamsdorffs zu Deutschland stärken und ihm den Wert guter Beziehungen zu Deutschland noch mehr zum Bewusstsein bringen, da er schon jetzt geradezu gezwungen wird, an seiner konservativen Friedenspolitik in engstem Zusammengehen mit den beiden Kaisermächten auf der Balkanhalbinsel festzuhalten.

Die deutschen Diplomaten änderten aber ihr Urteil über Lamsdorff, als ihre Hoffnung, ihn enger an Deutschland fesseln zu können, fehlschlug. Besonders stark trat der Wandel

1) Schoen, „Erlebtes“. S. 46.

2) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XVIII, S. 18.

3) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XVIII, S. 53.

4) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XVIII, S. 83.

5) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XVIII, S. 326.

6) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XVIII, S. 323.

in der Beurteilung Schoens¹⁾ zutage. Er sagt (1906), der Minister führe nur klingende Worte von schönen Traditionen, von intimen Beziehungen der Höfe, von monarchischer Solidarität im Munde und sei der erste, der die ihm vorgeblich so teure deutsche Freundschaft für französisches Geld verleugne. Er hat sich auch sonst seiner Meinung nach²⁾ als treuer Verfechter der französischen Interessen erwiesen, ohne hierbei am kaiserlichen Hofe auf energischen Widerstand zu stossen. Richt-hofen³⁾ glaubt schon 1902, Lamsdorff habe eine Vorliebe für Frankreich. Dass Frankreich ihm sympathisch war, bezweifelt Schoen.⁴⁾ In seinen Memoiren sagt er, Frankreich wäre ihm, seiner roten Farbe wegen und als Gläubiger, eher unbequem. Das Bündnis mit der Republik war aber eine Karte im Spiel der russischen Politik, die er nicht aus der Hand geben wollte. Schliesslich war er es noch nach der Meinung Schoens,⁵⁾ der am Ende seiner Regierung die Verständigung mit England in die Wege leitete.

In Anbetracht dieser neu eingeschlagenen Politik Lamsdorffs ist er der Meinung,⁶⁾ sein Fortgang könne für Deutschland keinen Verlust bedeuten. Was die Niederlegung des Amtes an sich betrifft, so glaubt er, für Lamsdorff sei nicht so sehr der Wunsch nach einer veränderten auswärtigen Politik, als das Gefühl, er passe in die neue Zeit (erstmaliger Zusammentritt der Duma), nicht mehr hinein, massgebend gewesen.

d) Iswolsky (1906—1910).

Schoen⁷⁾ charakterisiert den Nachfolger Lamsdorffs, Herrn Iswolsky, als einen fachmännisch sehr gründlich gebildeten, gewandten und klugen Diplomaten. Bülow⁸⁾ spricht von ihm noch (1906) als von einem Manne, der eine hohe staatsmännische Einsicht besass. Im Gegensatz zu ihnen hatten weder Bethmann-Hollweg noch Pourtalès einen so überwältigenden Eindruck von den politischen Fähigkeiten Iswolskys gewonnen. Der eine⁹⁾ gibt gern zu, Iswolsky sei keineswegs ein unbegabter Diplomat, glaubt aber, er sei dabei mehr schlau als klug. Der andere¹⁰⁾ schätzt ihn noch weniger, er hält Iswolsky nur für einen von „politischen Schlagwörtern“ und „tönenden Phrasen lebenden Herrn“ und nicht¹¹⁾ für den Mann einer gross ange-

1) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXI, S. 254.

2) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXII, S. 21.

3) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XVIII, S. 53.

4) Schoen, „Erlebtes“. S. 46.

5) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXII, S. 65.

6) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXII, S. 21/22.

7) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXII, S. 22.

8) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXV, S. 14.

9) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXVI, S. 854.

10) Die gr. Politik der europ. Kabinette. XXXI, S. 453.

11) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXV, S. 333.

legten politischen Aktion. Pourtalès¹⁾ scheint auch die diplomatische Kunst Iswolskys keine feine zu sein, er arbeitete seiner Meinung nach mit den plumpen Mitteln des „Bluffs“ und der „Aggressive“. Dieser Meinung war auch Bülow.²⁾ Auch er sagt, dass Iswolsky den „Bluff“ und „Einschüchterungsversuche durch krieglerische Fanfaren“ anzuwenden liebte. Diesem stimmen schliesslich auch Jacobi und Bethmann-Hollweg zu. Der eine³⁾ sagt, er liebe den „Bluff“, der andere,⁴⁾ er habe seinem Grolle sehr „drastische Ausdrücke“ zu geben gewusst.

Diese Einstellung der deutschen Diplomaten Iswolsky gegenüber veranlasste Jacobi⁵⁾ (1908), auch die Mitteilung Iswolskys, Russland werde, wenn Deutschland es in Mazedonien bei Regelung der Reformfrage nicht unterstütze, sich näher an England anschliessen, nur als „Bluff“ zu betrachten. Auch Pourtalès⁶⁾ glaubt, die Drohung Iswolskys, es werde zu recht schwierigen diplomatischen Auseinandersetzungen kommen, falls Deutschland sich dem Projekte feindlich zeige, sei nichts mehr als „Bluff“. Er sagt direkt, Iswolsky spiele nur, um Deutschland günstig für die zwischen ihm und England vereinbarten Reformen in Mazedonien zu stimmen, gern mit dem Gedanken, Schwierigkeiten deutscherseits würden ihn immer mehr in die Arme Englands treiben. Pourtalès⁷⁾ glaubt daher, ein Entgegenkommen Deutschlands sei in der Reformfrage nicht nötig, da Iswolsky den englischen Trumpf nicht aus der Hand geben, sondern sich vielmehr die Möglichkeit offen halten werde, diesen Trumpf bei der nächsten Gelegenheit wieder auszunützen, indem er durch „Drohung mit dem Anschluss an England“ versuchen werde, deutsche Dienste für Ziele der russischen Politik zu gewinnen.

Wie war aber nach Meinung der deutschen Diplomaten die Einstellung Iswolskys Deutschland gegenüber? Schoen⁸⁾ ist überzeugt (1906), dass Iswolsky, ohne als ein erprobter Freund Deutschlands bezeichnet zu werden, den Wert einer engen und aufrichtigen Freundschaft zwischen Deutschland und Russland aus Rücksichten auf die äussere und innere Politik zu hoch einschätze, um nicht auf die sorgsamste Pflege eines solchen Verhältnisses bedacht zu sein. Einen Beweis dafür sieht Schoen⁹⁾ (1907) im Bemühen Iswolskys, sich Vertrauen in Deutschland zu erwerben, indem er bei seinem Besuche in Berlin (1906), zum Beweise seiner loyalen Absichten, Einsicht-

1) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXV, S. 334.

2) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXVI, S. 521.

3) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXV, S. 527.

4) Bethmann-Hollweg, „Betrachtungen zum Weltkrieg“. Teil I, S. 3.

5) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXV, S. 527.

6) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXV, S. 484.

7) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXV, S. 539.

8) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXII, S. 22.

9) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXII, S. 65/66.

nahme in Stand und Tragweite der im Werden begriffenen russisch-englischen Verständigung über Asien mit der ausdrücklichen Versicherung erteilte, dass die Beteiligten sich verpflichtet hätten, sich von Uebereinkommen jeglicher gegen Deutschland gerichteter Tendenz freizuhalten. Zugleich legte Iswolsky Beweise dafür vor, dass er eine ihm zugegangene Einladung zu einem Besuche nach London mit der Bemerkung abgelehnt habe, es scheine ihm zurzeit nicht opportun, da er vor allem Wert darauf lege, sich mit Deutschland zu verständigen. Einen weiteren Beweis für die freundschaftliche Gesinnung Iswolskys Deutschland gegenüber sieht Schoen in der entgegenkommen- den und den deutschen Interessen Rechnung tragenden Haltung Iswolskys in der Frage der Garantierung der norwegischen Integrität und Neutralität. Er betont direkt, Iswolsky habe von vornherein den Wunsch zu erkennen gegeben, mit Deutschland Hand in Hand zu gehen und keinen Schritt ohne dessen Einverständnis zu unternehmen.

Schoen¹⁾ glaubt daher, die vielfach verbreitete Ansicht, Iswolsky neige in seinem Liberalismus mehr zu England hin und sei bereit, England in den schwebenden Fragen weit entgegenzukommen, sei nicht zutreffend. Seiner Meinung nach war Iswolsky keineswegs ein Anglomane, er hasse²⁾ vielmehr die Engländer, da er ihnen ihre antirussische Politik, die er in Tokio aus nächster Nähe kennen gelernt hatte, nicht vergessen konnte. Wenn er sich auch später gezwungen sah,³⁾ England die Hand entgegenzustrecken, so tat er es nach Meinung Schoens nicht leichten Herzens. Er sieht im schleppenden Tempo der russisch-englischen Verhandlungen einen Beweis dafür, dass Iswolsky nicht leichten Kaufes russische Interessen und Tendenzen aufgibt. Diese Ansicht vertritt Schoen⁴⁾ auch in seinen Memoiren, wo er anführt, er habe, trotz seiner Annäherung an England, mit Deutschland nicht brechen wollen. Der Versuch Iswolskys, ein Abkommen mit Deutschland über die Bahnbauten in Persien zu treffen, diene ihm als Beweis dazu. Im Gegensatz zu Schoen glaubt Bülow⁵⁾ (1908), die Beteuerungen guter Gesinnung, mit denen Iswolsky Deutschland gegenüber sehr freigebig sei, können nicht viel besagen. Wenn er auch keinen Anlass hat, an Iswolskys deutschfreundlichen Erklärungen zu zweifeln, so scheint ihm doch im Interesse der guten Beziehungen wünschenswert, dass dieselben auch in der Tat mehr als bisher (1908) bekräftigt würden. Dieser Meinung war auch Metternich.⁶⁾ Auch er glaubt, die „schönsten Redensarten“ Iswolskys gegenüber Deutschland bedeuten nicht allzu-

1) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXII, S. 22.

2) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXII, S. 65/66.

3) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXII, S. 65/66.

4) Schoen, „Erlebtes“. S. 37.

5) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXV, S. 346.

6) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXVI, S. 195.

viel. Seiner Meinung nach¹⁾ wird Iswolsky, wenn er auch versucht, es mit Deutschland nicht zu verderben, in Zukunft doch immer wieder mit England zusammengehen, wo es sich um diplomatische Geschäfte handelt. Im Gegensatz zu ihnen und im Anschluss an Schoen glaubt Pourtalès²⁾ (1909), die Versicherungen Iswolskys, der alten Politik gegenüber Deutschland treu zu bleiben, seien aufrichtig, denn er hält Iswolsky trotz seiner unleugbaren Hinneigung zu England nicht für einen derartig überzeugten Anglophilen und Deutschenfeind, dass er nicht für eine andere als die bisher befolgte Politik zu haben wäre. Er will aber damit nicht sagen, dass Iswolsky schon jetzt (1909), für eine Politik des Anschlusses an die konservativen Kaisermächte zu haben sei, denn das Gefühl der Erbitterung gegen Baron Aehrenthal dürfte ihm augenblicklich ein Einlenken in die deutsch-österreichischen Bahnen noch recht schwer machen.

Die deutschen Diplomaten sind der Meinung, dass persönliche Momente eine nicht zu unterschätzende Rolle in der Politik Iswolskys spielten. Bülow³⁾ sagt, er wäre „sehr eitel“, Wilhelm II⁴⁾, er besäße „eine bodenlose Eitelkeit“. Pourtalès⁵⁾ glaubt schliesslich, er wäre mit der „Hypothek der Eitelkeit“ belastet, Bethmann-Hollweg⁶⁾ fügt noch hinzu, Iswolsky habe ganz unter der Herrschaft seines persönlichen Ehrgeizes gestanden, der ihm oft den Blick für die nüchterne Realität der Politik trübte. Auch Pourtalès⁷⁾ glaubt, der Minister habe bei seiner Politik weniger nach einem wohl durchdachten Plane gehandelt, als dass er sich mehr durch persönliche Stimmungen leiten liess, denn er war im gleichen Masse empfänglich für Lob und Beifallsbezeugungen, wie er sich empfindlich gegen Kritik und Angriffe zeigte.⁸⁾ Wie stark Iswolsky sich von persönlichen Stimmungen in der Politik leiten liess, zeigte sich nach Meinung der Diplomaten besonders deutlich während der bosnischen Krisis. Pourtalès⁹⁾ sagt, die „verletzte Eigenliebe“ Iswolskys habe damals nach einem Sündenbock gesucht, der die Unzufriedenheit der öffentlichen Meinung mit dem Ausgang der Krisis auf sich nehmen sollte. Diesen Sündenbock fand er in Deutschland, denn er zeigte sich den falschen Ausstreuungen bezüglich der Annexion geduldig und passiv. Er ist fest davon überzeugt und betont es in seinen Berichten immer wieder, Iswolsky hätte, wenn er gewollt hätte, von vornherein der Lüge (Deutschland habe unter Kriegsdrohung eine Pression auf

1) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXVI, S. 195.

2) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXV, S. 334.

3) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXVI, S. 408.

4) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXVI, S. 406.

5) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXXI, S. 453.

6) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXVI, S. 854.

7) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXV, S. 334.

8) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXVI, S. 545.

9) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXVI, S. 484 und 785.

Russland in der Anerkennung der Annexion ausgeübt) entgegenwirken können. Die Sorge um die eigene Stellung lag ihm offenbar näher als die Abneigung gegen die Darstellung der Sachlage, welche Russland als von seinem Nachbarn gedemütigt erscheinen liess. Auch Bülow¹⁾ zweifelt nicht, dass Iswolsky aus persönlichen Gründen den tendenziösen Entstellungen des Sachverhaltes nicht mit dem nötigen Nachdruck entgegenwirkte, ja es sogar gern geschehen liess, dass durch schiefe Darstellungen und Unterdrückung von Tatsachen die öffentliche Meinung in Russland und in der slawischen Welt noch mehr vergiftet wurde. Pourtalès²⁾ sagt, Iswolsky sei es auch in diesem Falle weniger um die Beruhigung der erregten panslawistischen Kreise als um einen „persönlichen Erfolg“ und womöglich, um eine Demütigung Aehrenthals zu tun. Aus demselben Grunde suchte er nach seiner und Bülows³⁾ Meinung, dem Kaiser eine falsche Ansicht vom Vorausgegangenen beizubringen, indem er in ihm die Ueberzeugung aufrecht zu erhalten wusste, Russland habe eine loyale, gerechte Politik befolgt und sei nur das Opfer eines mit illoyalen Waffen kämpfenden Gegners gewesen.

Bülow⁴⁾ ist der Meinung, Iswolsky habe aus persönlichen Gründen auch den Anschluss an England gesucht, denn dieser eitle Herr glaubte, Bülows Meinung nach, sich in Russland durch ein Zusammengehen mit Oesterreich „weniger populär“ zu machen, als durch ein Vorgehen im Nahen Orient ohne oder sogar gegen Oesterreich. Deshalb benützte er den Vorwand des Baues der Sandschakbahn, um die Entente zu sprengen und den Zaren zu bewegen, in Reval die Inaugurierung einer neuen russischen Orientpolitik zu versuchen. Pourtalès⁵⁾ sucht die Ansicht Bülows zu widerlegen. Er glaubt, in der Frage der Anschliessung an England sei für Iswolsky das persönliche Motiv keineswegs das allein ausschlaggebende gewesen, sondern vielmehr habe die Lage Russlands ihn dazu gezwungen.

Portalès⁶⁾ wirft 1912 noch einmal einen Blick auf die Regierungszeit Iswolskys zurück und kommt am Schluss zur Ansicht, dass für die deutsch-russischen Beziehungen immer Staatsmänner, wie Iswolsky und sein Lehrmeister Gortschakow, die grösste Gefahr bilden werden, da sie um die Gunst gewisser „patriotischer Kreise“ zu erringen, sich in ihrer Politik vom slawischen Winde treiben liessen.

Bethmann-Hollweg⁷⁾ hebt an dieser Frage das persönliche Moment nicht hervor, er zweifelt aber ebensowenig wie Bülow und Pourtalès, dass Iswolsky es war, der, trotz der persönlichen

1) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXVI, S. 788 und 360.

2) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XII, S. 618.

3) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXVI, S. 655 und 783.

4) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXVI, S. 408.

5) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXV, S. 383.

6) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXXI, S. 471.

7) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Br. XXVI, S. 861.

Gefühle des Zaren für Deutschland und seiner Erbitterung gegen England, die Orientierung der russischen Politik nach englischer Seite eingeleitet hatte.

Dies bestreitet Schoen.¹⁾ Weder war es seiner Meinung nach zutreffend, dass Iswolsky aus persönlichen Gefühlen eine Annäherung an England suchte, noch, dass er es war, der die Orientierung der russischen Politik nach englischer Seite hin einleitete. Er sagt direkt, die Verständigung mit England sei nicht von Iswolsky, sondern von seinem streng konservativen Vorgänger in die Wege geleitet worden, weil sie als Notwendigkeit erkannt wurde.

Iswolsky (1910—1914).

Hatte Iswolsky nach Meinung der deutschen Diplomaten noch als Botschafter in Paris irgend einen Einfluss auf die russische Gesamtpolitik? Die deutschen Diplomaten glauben das wohl. Kühlmann²⁾ sagt, Iswolsky sei auch in Paris persönlich gefärbt geblieben und habe auch dort versucht, unter der vollständigen Verkennung der politischen Lage für sich persönlich eine Revanche für die Niederlage in der Annexionskrise vorzubereiten. Auch Schoen³⁾ bestätigt dies. Er sagt, Iswolsky habe noch immer die Erinnerung an die Niederlage nicht überwunden und komme in jeder politischen Unterhaltung auf die Annexion, auf Aehrenthal und auf Deutschlands „blitzende Wehr“ zurück. Seine alte Verbitterung gegen Oesterreich im allgemeinen und seine persönliche Gegnerschaft gegen dessen jetzige (1912) Balkanpolitik trat während dieser Krisis deutlich hervor. Kiderlen⁴⁾ stellte fest, dass während dieser Krisis die Sprache des russischen Vertreters mit der Haltung der russischen Regierung nicht in Einklang stehe, vielmehr bestätige die Sprache Iswolskys die serbische Auffassung, Russland würde hinter Serbien stehen, wenn Oesterreich sich dem Einverleiben Albaniens in Serbien widersetzen sollte. Auch Schoen⁵⁾ berichtet, Iswolsky habe sich wegen Oesterreichs Widerstand gegen die serbische Zulassung zum Adriatischen Meere höchst erregt gezeigt, mit „roten Augen“ die jetzige Lage angesehen und die Erfüllung serbischer Wünsche als überaus wichtig für Russland hingestellt. Wenn auch nach Schoens⁶⁾ Meinung Iswolsky sich später wesentlich abkühlte, die ruhige Behandlung der serbischen Frage durch das Wiener Kabinett anerkannte und sogar versicherte, er werde versuchen, mässigend auf Serbien zu wirken, so schien er, seine „Minier-

1) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXII, S. 65/66.

2) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXXIII, S. 301.

3) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXXIV, S. 666.

4) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXXIII, S. 294.

5) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXXIII, S. 291.

6) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXXIII, S. 342.

arbeit“¹⁾ auch weiter nicht aufgegeben zu haben, denn noch während der Londoner Botschafter-Konferenz war eine Unstimmigkeit zwischen den Erklärungen der russischen Kommission in London und der Sprache Iswolskys festzustellen. Die deutschen Diplomaten schienen schon früher an Iswolskys ehrlicher Befolgung der Petersburger Instruktionen gezweifelt zu haben, denn sie trugen Bedenken²⁾ für Paris als Ort der Botschafter-Konferenz nur deshalb zu stimmen, weil Russland dort durch Iswolsky vertreten sein würde. So sagt Lichnowsky³⁾ ganz deutlich, es wäre für Deutschland Paris annehmbarer gewesen, wenn keine Bedenken gegen die Persönlichkeit Iswolskys aufgetaucht wären. Auch Kiderlen⁴⁾ glaubt, Paris sei für Deutschland nicht annehmbar, weil Iswolsky dort intrigierte.

Das Iswolsky selbständig in Paris arbeitete, trat nach Meinung Schoens⁵⁾ unter anderem auch in der Abberufung des französischen Botschafters Louis in Petersburg auf Betreiben Iswolskys zutage, weil Louis nicht immer volles Verständnis für die russische Politik gezeigt haben soll.

e) Sasonow (1910—1914).

Wir gehen nun zum letzten russischen Aussenminister über. Wie wurde nun dieser von den deutschen Diplomaten beurteilt? Pourtalès⁶⁾ ist der Meinung, Deutschland könne mit dem Wechsel zufrieden sein, da der neue Minister⁷⁾ (im Gegensatz zu Iswolsky ein „verständiger“, „besonnener“ und „nüchterner“ Staatsmann sei, der sich durch ein sachlich abwägendes, ruhiges Wesen auszeichne. Er betont noch⁸⁾ mit einer gewissen Stärke, Sasonow habe einen nüchternen politischen Blick, denn dies ist seiner Meinung nach eine, im Grunde genommen, dem russischen Charakter fremde Eigenschaft. Den gleichen Eindruck machte Sasonow auch auf Bethmann-Hollweg und Wangenheim. Dem einen⁹⁾ scheint er ein ruhiger, ernster und verständiger Politiker zu sein,¹⁰⁾ der, ohne durch geistreiche Pointen zu brillieren, genau weiss, was er will, dem anderen,¹¹⁾ ein verständiger, extremen Wendungen abgeneigter Mann. Auch auf Wilhelm II¹²⁾ machte Sasonow einen vortrefflichen und vertrauenerweckenden Eindruck.

1) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXXIV, S. 666.

2) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXXIV, S. 13.

3) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXXIV, S. 24.

4) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXXIV, S. 31.

5) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXXIII, S. 108.

6) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXVII, S. 870.

7) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXVII, S. 884.

8) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXXI, S. 453.

9) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXVII, S. 383.

10) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXVII, S. 835.

11) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXXVIII, S. 108.

12) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXXI, S.

Bethmann-Hollweg und Pourtalès sind der Meinung, Sasonow wolle zunächst nur die innere Konsolidation Russlands, ohne diese Gegenwartsaufgabe mit irgend einem phantastischen Zukunftsproblem zu verquicken. Der erste¹⁾ hofft, es werde daher unter diesem Staatsmann möglich sein, auf dem Wege der offenen Aussprache denjenigen praktischen Kontakt wiederherzustellen, der unter Iswolsky verloren gegangen und nicht wieder herzustellen war. Auch der andere²⁾ meint, Sasonow werde einen wohlwollenden Einfluss auf Russlands Beziehungen zu Deutschland haben. War aber Sasonow ihrer Meinung nach ein wirklicher Freund Deutschlands? Die deutschen Diplomaten sprechen in den Akten nie von Sasonow als von einem ausgesprochenen Deutschenfreund, er war dazu nach ihrer Meinung ein zu fanatischer Russe. Pourtalès³⁾ glaubt, er habe vielleicht ein gewisses sympathisches Verständnis für deutsche Kultur, sei jedenfalls Deutschland nicht unfreundlich gesinnt gewesen und habe ein besseres und vertrauensvolleres Verhältnis zu Deutschland gewünscht. Dieser Meinung war auch Bethmann-Hollweg,⁴⁾ er glaubt aber (1910), im Endeffekt werde dies allerdings kein Posten sein, den Deutschland auf seiner Gutseite zu buchen haben werde. Auch Pourtalès ist weit entfernt, die Bedeutung des von russischer Seite gezeigten Annäherungsversuches zu überschätzen.

Denn der Wunsch Sasonows, mit Deutschland gut zu stehen beruhte, seiner Meinung nach,⁵⁾ lediglich auf der Erkenntnis des Nutzens, welchen gute Beziehungen mit dem westlichen Nachbarn der russischen Politik bringen können, da er überzeugt war, dass die Misserfolge der russischen Politik der letzten Jahre zum Teil auf die Vernachlässigung guter Beziehungen mit Deutschland zurückzuführen seien. Daher hat Sasonow auch gleich bei seinem Amtantritt Wert auf nähere Fühlungnahme mit Berlin gelegt. Er glaubt⁶⁾ (1912), man könne erwarten, dass Sasonow von dieser Erkenntnis ausgehend auch weiterhin die Freundschaft mit Deutschland auf der Basis der gemeinsamen Interessen pflegen werde. Was die Abneigung⁷⁾ Sasonows gegen die von Deutschland gewünschte schriftliche Abmachung betrifft, so erklärt sie Pourtalès dadurch, dass Sasonow, der eine ängstliche und wohl auch etwas misstrauische Natur sei, fürchte, Deutschland wolle ihn mit einer Erklärung bezüglich der englischen Politik kompromitieren. Vielleicht noch grösser ist seine Angst, die freundliche Haltung, die England Russland gegenüber in den letzten Jahren beobachtete,

1) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXXVII, S. 835.

2) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXVII, S. 884.

3) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXVII, S. 884.

4) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXVII, S. 835.

5) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXVII, S. 884.

6) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXXI, S. 453.

7) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXVII, S. 874.

könne sich wieder ändern. Trotz diesem Vorfalle ist Pourtalès¹⁾ auch in den folgenden Jahren (1914) überzeugt, in den Ansichten Sasonows über den Wert guter Beziehungen zu Deutschland habe sich nichts geändert, er bedaure vielmehr aufrichtig alles, was diese Beziehungen trüben könne, denn, solange Sasonow am Ruder sei,²⁾ könne das Verhältnis zwischen Russland und Deutschland trotz der panslawistischen und anti-deutschen Strömungen im Lande auch weiterhin ein leidliches bleiben. Er glaubt³⁾ (1912), es liege sogar im Interesse Deutschlands, Herrn Sasonow, der einen schweren Stand gegen die Panslawisten habe, die ihn als einen mit den Feinden der slawischen Sache paktierenden Verräter der heiligsten Tradition Russlands anklagen, wo sich Gelegenheit biete, direkt zu stützen, denn einen für Deutschland besseren Minister des Äusseren werde es nicht so leicht bekommen. Dieser Ansicht blieb Pourtalès⁴⁾ bis zum Kriege. Auch im Februar 1914 sagte er, unter denen, die als Nachfolger Sasonows in Betracht kommen, befände sich keiner, den Deutschland, vom Standpunkt deutscher Interessen betrachtet, Anlass hätte, lieber als Herrn Sasonow an der Spitze des hiesigen Ministeriums des Äusseren zu sehen.

f) Graf Witte (1893—1905).

Die deutschen Diplomaten sind der Meinung, dass ausser dem Minister des Äusseren noch einige andere Minister Einfluss auf die russische auswärtige Politik ausübten. Von diesen muss in erster Linie Graf Witte erwähnt werden:

Bülow⁵⁾ spricht von Witte als von einem hervorragend bedeutenden Mann, Radolin,⁶⁾ als von „einem bedeutenden“, Kronprinz Wilhelm⁷⁾ endlich, als von einem weitsichtigen Finanz- und Wirtschaftspolitiker. Eckardstein⁸⁾ nennt in seinen Memoiren Witte einen einflussreichen Mann in Russland. Dieses bestätigt auch Radolin.⁹⁾ Er sagt direkt (1899), die Ansichten Wittes hätten entscheidenden Einfluss auf den Gang der russischen Politik und die Entschlüsse der Regierung gehabt.

Was seine Einstellung Deutschland gegenüber betraf, so gehen die Meinungen der Diplomaten etwas auseinander. Radolin¹⁰⁾ ist der Ansicht (1895), Witte suche den Zaren in anti-

1) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXXIV, S. 544.

2) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXXI, S. 471.

3) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXXIII, S. 440.

4) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXXIV, S. 544.

5) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XIII, S. 82.

6) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XIII, S. 209.

7) Kronprinz Wilhelm, „Erinnerungen“. S. 63.

8) Eckardstein, „Lebenserinnerungen und politische Denkwürdigkeiten“. Bd. 3, S. 76.

9) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XIII, S. 209.

10) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. IX, S. 358.

deutschem Sinne zu beherrschen. Dieser Meinung scheint auch Münster¹⁾ gewesen zu sein, denn er sagt, Witte sei Lobanow beihilflich gewesen, die Reise des Zaren nach Paris durchzusetzen. Im Gegensatz zu ihnen glaubt Bülow²⁾ (1897), Witte stehe Deutschland recht freundlich gegenüber³⁾ und wünsche nicht, den Draht mit Deutschland abreißen zu lassen. Auch Schoen⁴⁾ (1906) meint, Witte habe freundschaftliche Gefühle für Deutschland besessen. Dies bestätigt auch Kronprinz Wilhelm.⁵⁾ In seinen Memoiren schreibt er, Witte habe sogar eine starke Neigung zu Deutschland gezeigt und sah die gesunde Zukunft Russlands vom engen Anschluss an Deutschland abhängig. Bülow⁶⁾ ist aber der Meinung, Witte habe zweifellos auch die intimen Beziehungen zu Frankreich, welche er in wirtschaftlicher wie in diplomatischer Hinsicht nützlich für Russland fand, aufrecht zu erhalten beabsichtigt. Schoen⁷⁾ glaubt (1906), Witte sei vor allem Opportunist, der je nach den Bedürfnissen das deutsche und das französische Register ziehe, um schliesslich diejenige Weise zu spielen, die ihm zum Ueber-tonen des revolutionären Brausens und zur Verherrlichung des eigenen Systems am geeignetsten scheine.

g) Kokowzew.

Von den andern Ministern, die nach Meinung der deutschen Diplomaten eine Rolle in der auswärtigen Politik spielten, wollen wir noch kurz den Ministerpräsidenten Kokowzew erwähnen.

Nach Meinung von Pourtalès⁸⁾ war er ein verständiger Staatsmann, den ein nüchterner politischer Blick auszeichnete. Auch auf Kaiser Wilhelm II⁹⁾ machte Kokowzew einen vor-trefflichen und vertrauenerweckenden Eindruck.

Was seine Einstellung zu Deutschland betraf, so glaubt Pourtalès,¹⁰⁾ er sei deutschfreundlich gesinnt und von dem ersten Wunsche beseelt gewesen, mit Deutschland gute Beziehungen zu unterhalten. Dieser Meinung war auch Schoen.¹¹⁾ In seinen Memoiren schreibt er, Kokowzew habe Deutschland eine sehr freundliche Gesinnung entgegengebracht. Sein Interesse für die Pflege der alten traditionellen Beziehungen zwischen den beiden Monarchen trat Pourtalès¹²⁾ Meinung nach u.a. auch darin

1) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XI, S. 372.

2) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XIII, S. 82.

3) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XVIII, S. 818.

4) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXI, S. 254.

5) Kronprinz Wilhelm, „Erinnerungen“. S. 63.

6) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XIII, S. 76.

7) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXI, S. 254.

8) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXXI, S. 453.

9) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXXI, S.

10) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXXI, S. 451.

11) Schoen, „Erlebtes“. S. 46.

12) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXXI, S. 429.

zutage, dass ihm Kokowzew durch Frau Pourtalès soufflierte, er möge auf einen Besuch des Kaisers beim Zaren als Gegenbesuch für Potsdam hinwirken. Pourtalès¹⁾ glaubt, dass, solange solche Staatsmänner wie Kokowzew und Sasonow am Ruder seien, trotz allem das Verhältnis Deutschlands zu Russland auch weiterhin ein leidliches bleiben könne.

4. Die Panslawisten.

Wurde die russische Politik nach Meinung der deutschen Diplomaten nur von den leitenden Persönlichkeiten bestimmt? Fourtalès²⁾ verneint dies, er glaubt im Gegenteil, man dürfe die Rolle nicht ausser acht lassen, die die inoffiziellen Kreise in der russischen Politik spielten. Dieser Meinung waren auch Marschall und Jagow. Der eine spricht³⁾ von „geheimen unkontrollierbaren Strömungen“, „Stimmungen“ und „Instinkten“ im Volke, die einen gewaltigen Einfluss auf die Regierungsmaschine ausüben, der andere sagt,⁴⁾ dass diese die amtliche Politik zu durchkreuzen suchen. Wangenheim⁵⁾ glaubt sogar, die Geschehnisse Russlands würden weniger durch den Zaren und seine Ratgeber als durch „unberechenbare Volksströmungen“ bestimmt. Marschall⁶⁾ ist der Meinung, der Einfluss dieser geheimen Strömungen steigere sich mit dem Geschick und der Gewissenlosigkeit, welche gewisse Kreise entfalten, um die Empfindlichkeit der leitenden Männer für wirkliche oder vermeintliche Volksströmungen zu Sonderzwecken auszubeuten. Am intensivsten pflegt die Wirkung dieser Kreise da zu sein, wo man die politischen Ziele durch Verschiebung religiöser Interessen zu verhüllen vermag. Diese Voraussetzung trifft aber in besonderem Masse beim Nahen Orient zu. Da hat man angeblich aus der Tiefe des religiösen Empfindens der russischen Nation gleichsam als nationales Dogma aufgestellt, das heilige Russland sei berufen und verpflichtet, die christlich-orthodoxen Brüder unter allen Umständen, also auch gegen die Folgen des eigenen Unrechts, zu schützen. So bildete⁷⁾ sich aus dem religiös-nationalen Dogma dieser Kreise und nicht aus der Erkenntnis der russischen Staatsmänner die russische Orientpolitik heraus,⁸⁾ so entstand die orientalische Tradition, die als Machtfaktor dem absoluten Zarentum erfolgreich Konkurrenz machte.

1) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXXI, S. 471.

2) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXXVIII, S. 81.

3) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XII, S. 545.

4) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXXIV, S. 737.

5) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXXVIII, S. 116.

6) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XII, S. 545/46.

7) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XVIII, S. 118.

8) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XII, S. 545/46.

Marschall¹⁾ nennt diesen neuen Machtfaktor noch „Tradition“, „traditionelle“ oder „offiziöse Politik“,²⁾ Bülow,³⁾ „panslawistische“ oder „moskauer Politik“, Holstein,⁴⁾ „nichtamtliche“, Pourtalès,⁵⁾ „inoffizielle“, „slawische“⁶⁾ oder „panslawistische Politik“, Bethmann-Hollweg,⁷⁾ „panslawistische Strömung“, Radolin⁸⁾ und Jagow⁹⁾ endlich „Unterströmung“.

Die deutschen Diplomaten stellen fest, dass die panslawistischen Ideen in allen Schichten der russischen Bevölkerung Anhänger fanden. So sagt Marschall,¹⁰⁾ als Hüter der Tradition hätten geistliche und politische Zeloten, Abenteurer und Intriganten, unzufriedene Elemente verschiedener Gattung und hochgestellte Damen, die in sinniger Weise ihre politischen Ziele mit den Interessen der Familie zu vereinigen verstanden, gewirkt. Pourtalès¹¹⁾ ist der Meinung, es habe auch an einflussreichen amtlichen Stellen an Persönlichkeiten nicht gefehlt, die mit dieser Bewegung sympathisierten und zweifellos mit ihren Führern Beziehungen unterhielten. Dieser Ansicht waren auch Bülow und Wangenheim. Der eine¹²⁾ sagt, dass fast alle diplomatischen und Konsularorgane Russlands mehr Moskau zuneigen, der andere¹³⁾ glaubt, dies treffe besonders bezüglich der russischen Botschaft im Nahen Orient zu. Diese betrachtet sich von vornherein als Institut zur Verwirklichung des letzten Willens Peters des Grossen. Die Tradition verkörpert sich in der grossen Anzahl der seit vielen Jahren dort tätigen Botschaftsbeamten. Jeder Botschafter, der in diese Atmosphäre eines religiös-politischen Fanatismus gerät, wird zum Fanatiker und führt sich nach kurzer Zeit als Testamentsvollstrecker Peters des Grossen, er betrachtet seine Mission als ein heiliges Kommissorium, woein er sich vom amtlichen Russland nicht reden lassen will. Selbst am Hofe hatten die Panslawisten nach Meinung von Pourtalès¹⁴⁾ Anhänger unter den Grossfürsten und Grossfürstinnen gefunden. Dies bestätigt auch Wangenheim,¹⁵⁾ indem er sagt, der panslawistische Einfluss habe bis in die nächste Umgebung des Zaren hineingereicht.

Diese verschiedensten Elemente vereinigten sich und bil-

- 1) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XVIII, S. 120 und 344.
- 2) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XII, S. 518.
- 3) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXX, S. 143.
- 4) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XVIII, S. 440.
- 5) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXXVIII, S. 81.
- 6) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXXIV, S. 330.
- 7) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXXIV, S. 346.
- 8) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XII, S. 537.
- 9) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXXIV, S. 734.
- 10) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XII, S. 545/46.
- 11) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXXIII, S. 213.
- 12) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XIX, S. 143.
- 13) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXXVIII, S. 108.
- 14) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXXIII, S. 213.
- 15) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XVIII, S. 277.

deten nach der Meinung Marschalls¹⁾ in den 70-ger Jahren unter der Leitung Katkows eine vollständige Nebenregierung für orientalische Angelegenheiten. Diese wollte durch die Tat die oben erwähnten Ideale fördern. In ihrem steten Streben und Drängen nach Verwirklichung dieser Ideale im Nahen Orient musste die panslawistische Politik seiner Meinung²⁾ nach stets einen revolutionären Charakter tragen. Dieser Ansicht waren auch Bülow, Mühlig und Pourtalès. Der erste³⁾ sagte mit den Worten Marschalls, die panslawistische Politik sei revolutionär, der andere,⁴⁾ sie sei aktionslustig, der dritte,⁵⁾ sie suche das Tempo der russischen Expansion überall zu beschleunigen und besitze kein Verständnis dafür, dass es vorteilhafter sei, die Früchte reifen zu lassen. Dieses trat nach Meinung der Diplomaten schon 1877 zutage. Marschall⁶⁾ behauptet, die Nebenregierung sei damals stark genug gewesen, um den friedlichen Kaiser Alexander II gegen seinen festen Willen zum Kriege mit der Türkei zu bestimmen. Auch Bethmann-Hollweg⁷⁾ ist überzeugt, Alexander II habe damals den Türken den Krieg erklärt, weil er nicht vermochte, der auf ihn eindringenden panslawistischen Strömung Widerstand zu leisten. Marschall⁸⁾ bezeichnet diesen Augenblick als den Höhepunkt der panslawistischen Macht. Es war ein Moment, wo sie die Verwirklichung ihres Traumes nahe sah, aber statt des erwarteten raschen Triumphes brachte der Krieg ungeheure Opfer und schwere Gefahren.

Seit jener Zeit trat die panslawistische Bewegung, seiner Meinung nach, ein wenig in den Hintergrund. Sie wurde schwächer und vorsichtiger, ohne ihre Ziele zu verrücken oder in den Mitteln eine wesentliche Aenderung eintreten zu lassen. Ferner blieb auch eine Art von Nebenregierung in orientalischen Dingen bestehen. Sie besass bei den amtlichen Vertretern, welche Russland im Nahen Orient unterhielt, Beamte, die ihr ergeben waren und die Kontrolle über die Gesinnungstüchtigkeit der Vorgesetzten ausübten. Sie wusste denjenigen russischen Botschaftern, welche ihre Gesinnung teilten, (z. B. Bachmetiew, später Hartwig) die Nerven zu stärken, wenn sie gegebenenfalls die Befehle des amtlichen Russlands nicht ausführten. Sie kannte die Wege, um die anderen (z. B. Sinowiew) in wirksamer Weise der Fühllosigkeit gegen die Leiden der christlichen Brüder zu beschuldigen. Ueberall hatte sie Agenten, die das türkische Reich und die Nachbarstaaten durchzogen, um das

1) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XII, S. 546.

2) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XVIII, S. 157.

3) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XIX, S. 143.

4) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XVIII, S. 314.

5) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXXVIII, S. 81.

6) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XII, S. 546.

7) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXXIV, S. 346.

8) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XII, S. 546.

grosse Ziel des allgemeinen Aufsaugens des Orients durch die Orthodoxie unter russischer Schutzherrschaft zu fördern.

Bei der Entfaltung dieser Tätigkeit stiessen die Panslawisten, wie wir dies bei der Betrachtung der russischen Orientpolitik genau gesehen haben, nach Meinung der Diplomaten auf dem Balkan mit der amtlichen Politik zusammen, mit der sie bald Hand in Hand zusammen gingen (Minierarbeit, Schipkafeier), bald sie beeinflussten; während des griechisch-türkischen Krieges, ferner in der Flottendemonstration 1904¹⁾ nach dem Tode des Konsuls Rostowsky. Bülow sagt ganz deutlich, die Entsendung einer russischen Flotte in die türkischen Gewässer, um der Sühnenforderung für die Ermordung Rostowskys Nachdruck zu verleihen, wäre nichts anderes als eine Konzession der amtlichen Politik an den panslawistischen Instinkt. Es fehlte auch in dieser Zeit nach Meinung Marschalls und Bülows nicht an Fällen, wo der panslawistische Einfluss dem amtlichen direkt entgegen zu wirken suchte. So sagt Marschall,²⁾ dass, während das offizielle Russland der grossbulgarischen Bewegung durch Drohung, den Friedensstörer seinem Schicksale zu überlassen, Einhalt zu gebieten suchte, die panslawistischen Agenten das Gegenteil verkündeten und versicherten, das heilige Russland werde seine Brüder jederzeit in der Not schützen. Ähnlich äussert sich darüber Bülow.³⁾ Er schreibt, das amtliche Russland bedrohe den Fürsten, wenn er vorgehe, das revolutionäre, wenn er sich ruhig verhält. Die deutschen Diplomaten sind der Meinung,⁴⁾ dass, solange das offizielle Russland sich auf der Balkanhalbinsel der politischen Zurückhaltung befleissige, auch die Panslawisten ihre Tätigkeit nicht voll entwickeln. Erst die Wiederaufnahme der alten Balkanpolitik durch die amtliche Regierung veranlasste sie nach der Meinung Bülows und Pourtalès', auch ihren Einfluss stärker zur Geltung zu bringen. Der erste⁵⁾ erklärt (1908), die panslawistische Agitation beginne immer mehr um sich zu greifen, der andere,⁶⁾ der die Dinge an Ort und Stelle beobachtete, stellt gegenwärtig „ein Höhergehen der Wogen des Panslawismus“ fest und sieht in der Verkündung des Baues der Sandschakbahn durch Baron Aehrenthal ein Zeichen zum „Ansturm der Panslawisten“. Die Erregung der Panslawisten beruhte nach Pourtalès⁷⁾ Meinung lediglich darauf, dass ihnen, die den Augenblick nicht erwarten konnten, wo Russland seinen, nach ihrer Ansicht berechtigten Einfluss auf die ganze Balkanhalbinsel ausdehnen werde, der Gedanke unerträglich wurde. Oester-

1) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XIX, S. 143/44.

2) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XII, S. 546.

3) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XIX, S. 152.

4) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XVIII, S. 118.

5) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXVI, S. 513.

6) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXVI, S. 270.

7) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXV, S. 302.

reich suche seinen, wenn auch nur wirtschaftlichen Einfluss nach Südosten hin auszudehnen, wo es dem erschöpften Russland schwer sein werde, als Konkurrent aufzutreten. Sie verlangten, vielmehr, das Rad der Weltgeschichte solle ein wenig innehalten und die anderen Völker die Arbeit ruhen lassen, bis Russland in aller Gemütlichkeit seine inneren Wirrnisse beseitigt und sich bereit erklärt habe, im internationalen Leben wieder mitzutun.¹⁾ Sie wollten von keiner Teilung der Interessensphären auf dem Balkan zwischen Russland und Oesterreich hören, erliessen mit neuer Kraft die alten Schlagworte von „der historischen Mission Russlands“ und der „Notwendigkeit des Zurückdrängens des germanischen Einflusses auf dem Balkan“ und verlangten für Russland allein das Recht auf eine Vorherrschaft über alle Sudslawen. Nachdem aber ihre Hoffnungen und Berechnungen in nichts zerflossen waren, wollten sie, seiner Meinung nach, wenigstens eines retten, nämlich die Kluft zwischen Deutschland und Russland sollte eine immer tiefere werden, Russland sollte an die Westmächte heranrücken und sich für den grossen Kampf zwischen Slawen- und Germanentum vorbereiten.²⁾

Portalès stellt fest, dass die Wogen der „panslawistischen Hetzerei“ während der zweiten Balkankrise noch höher gingen. Dieses bestätigen auch Bethmann-Hollweg und Jagow. Der eine sagt,³⁾ die panslawistische Strömung sei durch die Siege der Balkankroaten mächtig gefördert worden, der andere,⁴⁾ es sei ein fortwährendes Anschwellen der panslawistisch-revolutionären Strömung in dieser Zeit zu beobachten. Jagow schreibt in seinen Memoiren, die panslawistische Strömung habe damals aggressive Tendenz besessen. Auch Portalès berichtet zu jener Zeit, sie habe die Regierung zum Losschlagen gedrängt, sie der Gefühllosigkeit für die slawische Sache beschuldigt⁵⁾ und ihr vorgeworfen, durch ihre Politik Russland einer Demütigung ausgesetzt zu haben. Wie stark⁶⁾ der Einfluss der Panslawisten seiner Meinung nach war, ist schon daraus ersichtlich, dass er in dieser Zeit immer wieder in seinen Berichten von „einem Ringen“ zwischen der amtlichen und panslawistischen Politik spricht und den Sieg bald der einen, bald der anderen Politik feststellt. Er betont direkt, dass zeitweise der von der panslawistischen Hetzerei in Versammlungen angeschlagene Ton selbstbewusster und herausfordernder, die Stimmung in leiten den Kreisen dementsprechend gedrückter und pessimistischer wurde. Dann folgten wieder Wochen, in denen man die Stimmen der Vernunft wahrnehmen konnte, die sich in erhöhtem

1) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXVI, S. 857.

2) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXVI, S. 735/36.

3) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXXIV, S.

4) Jagow, „Ursachen und Ausbruch des Krieges“, S. 58.

5) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXXIII, S. 440.

6) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXXIV, S. 570.

Masse Geltung verschaffte. Den Höhepunkt erreichte diese Spannung, seiner Meinung nach, als das slawische Bankett, welches ursprünglich von der Regierung verboten wurde, dennoch stattfand und ein von den Teilnehmern an den Zaren gerichtetes Telegramm, zum Jubel der Panslawisten, im kaiserlichen Auftrage einer sehr gnädigen Erwiderung gewürdigt wurde. Pourtalès ist der Meinung, diese kaiserliche Kundgebung gegenüber einer Versammlung, die eine gegen Oesterreich gerichtete scharfe Resolution gefasst habe, sei ein deutlicher Beweis dafür, dass die panslawistischen Kreise, wenn auch nur vorübergehend, beim Zaren selbst Einfluss gewonnen haben. Wenn die Regierung sich schliesslich zu einer energischen Stellungnahme gegen diese panslawistische Propaganda aufraffte und die Oberhand über sie gewann, so hatte sie, seiner Meinung nach, auch später noch keinen leichten Stand gegenüber der panslawistischen Hetzerei. Er glaubt,¹⁾ die Schwierigkeit der Regierung habe hauptsächlich auf ihrer von Anfang der Krisis an unkonsequenten Haltung den Panslawisten gegenüber beruht. Dieses trat darin zutage, dass sie von Zeit zu Zeit ihnen Zugeständnisse (z. B. Interviews und offiziöse inspirierte Zeitungsartikel) machte. In dieser Schwäche der amtlichen Regierung den Panslawisten gegenüber lag, seiner Meinung nach, eine gewisse Gefahr auch für die Zukunft verborgen. Diese Meinung teilte auch Jagow.²⁾ In seinen Memoiren schreibt er, gegenüber dem Anschwellen der panslawistisch-revolutionären habe die in die Hände eines Schwächlings gefallene Zaren-gewalt keine genügende Garantie mehr geboten.

6. Deutschenhass..

Die deutschen Diplomaten sind der Meinung, dass Hand in Hand mit dem Panslawismus der Hass gegen das Germanentum gehe. Bismarck sagt,³⁾ der Panslawismus sei antideutsch und habe Absichten gegen Deutschland (was aber seiner Meinung nach keineswegs heissen soll, der Panslawismus beabsichtige eine Ausdehnung des russischen Reiches nach Westen hin). Bülow⁴⁾ glaubt, der slawisch-nationale Gedanke sei von Hass gegen Deutschland nicht zu trennen, Metternich,⁵⁾ der slawische Gedanke sei antideutsch. Aehnlich äussert sich auch Pourtalès.⁶⁾ Er erklärt, der Panslawismus kenne nur einen Gedanken, den Hass gegen Deutschland. Schliesslich glaubt auch Hintze,⁷⁾ dass in dem Moment, wo die panslawistische Idee

¹⁾ Die gr. Politik der europ. Kabinette, Bd. XXXIII, S. 377.

²⁾ Jagow, „Ursachen und Ausbruch des Krieges“, S. 58.

³⁾ Höffmann: „Fürst Bismarck“. Bd. I, S. 350.

⁴⁾ Die gr. Politik der europ. Kabinette, Bd. XXVI, S.

⁵⁾ Die gr. Politik der europ. Kabinette, Bd. XXVI, S. 75.

⁶⁾ Die gr. Politik der europ. Kabinette, Bd. XXVI, S. 870.

⁷⁾ Die gr. Politik der europ. Kabinette, Bd. XXVI, S. 741.

auftauchte, auch die Germanophobie geboren wurde. Pourtalès setzt den Anfang der deutschfeindlichen Strömung etwas später ein, er meint, sie habe erst mit dem Moment begonnen, als die panslawistischen Elemente Einfluss auf die auswärtige Politik gewannen. Seit jener Zeit hat sie sich fortwährend in stärkerem oder schwächerem Masse geltend gemacht.

Wie stand es aber nach Meinung der deutschen Diplomaten mit dieser antideutschen Strömung in unserer Zeit? Wir hören bis 1905 die deutschen Diplomaten nie von starkem Hervortreten des Deutschenhasses sprechen. Sie stellen aber auch in dieser Zeit fest, dass die deutschfeindliche Stimmung alle Schichten des russischen Volkes beherrsche. Rex,¹⁾ Tschirsky und Kronprinz Wilhelm²⁾ konstatieren, wie wir dies oben genauer erklärt haben, eine deutschfeindliche Gesinnung schon bei den Mitgliedern der kaiserlichen Familie und der Hofgesellschaft. Radolin³⁾ stellt Deutschfeindlichkeit bei der hohen Petersburger Gesellschaft und den gebildeten Klassen fest. Ebenso sagt Hintze,⁴⁾ der diese Gesellschaft zur Zeit der Grösse Russlands (vor 1904) an Ort und Stelle beobachtete, sie hätten für Deutschland nicht viel übrig und dieses Land etwa mit dem Gedanken angesehen: „Wenn wir wollten, könnten wir euch vernichten, aber wir wollen nicht“. Die Einstellung dieser Gesellschaft Deutschland gegenüber erschien ihm deshalb besonders wichtig, weil sie, wenn sie auch nur aus einer verschwindend kleinen Zahl des russischen Volkes bestand, sich für Politik interessierte oder von ihr lebte. Der Rest, die ungeheure graue Masse, lief ihr blindlings nach. Der Konsul von Kiew⁵⁾ sagt aber, der Hass gegen Deutschland sei auch in immer grösserem Umfange in die breiten Volksschichten herabgestiegen. Wo man früher gar nichts von Feindseligkeiten gegen den „Njemetz“ zu spüren bekam, gewann der Deutschenhass immer mehr Boden.

Die deutschen Diplomaten sind der Meinung, durch das Anwachsen des Panslawismus nach dem japanischen Kriege habe auch der Deutschenhass immer weiter um sich zu greifen begonnen. Pourtalès,⁶⁾ der die Dinge in Petersburg beobachtete, sagt, dass das Erstarken des Panslawismus eine zunehmende deutschfeindliche Stimmung in breiten Schichten des russischen Volkes zur Folge hatte. Dieses bestätigt auch Jacobi.⁷⁾ Mit dem Anwachsen des Panslawismus stellt er einen völligen Umschwung in der Stimmung der massgebenden Kreise der Gesellschaft, des Hofes und der Armee fest. Seiner Mei-

¹⁾ Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. IX, S. 340.

²⁾ Kronprinz Wilhelm, „Erinnerungen“, S. 63.

³⁾ Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. IX, S. 357.

⁴⁾ Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXVI, S. 741.

⁵⁾ Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XVII, S. 363.

⁶⁾ Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXV, S. 330.

⁷⁾ Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXV, S. 357.

nung nach gab es auch jetzt selbstverständlich noch immer Personen, die ihre deutschfreundliche Gesinnung bewahrten, aber sie suchten ihrer Stimmung keinen Ausdruck zu verleihen. Dagegen begannen die von Hause aus deutschfeindlichen Personen, die sich zeitweise zu einem deutschfreundlichen Wesen aufgeschwungen hatten, jetzt wieder ihr wahres Gesicht zu zeigen. Unter diesen Umständen genügte nach Meinung von Pourtalès¹⁾ den Panslawisten ein geringer Anstoss, um den immer weiteren Kreise erfassenden Deutschenhass zu hellen Flammen anzufachen. Als solcher diene ihnen der österreichisch-russische Zwischenfall. Sie erkannten richtig,²⁾ dass die russische öffentliche Meinung nach einem Prügelknaben für die Misserfolge Russlands verlangen werden, und beeilten sich die Fabel vom „Drucke“, von „Ultimaten“ und der „Drohung Deutschlands mit der gepanzerten Faust“ zu verbreiten und immer wieder zu betonen, Deutschland habe Russland eine Wunde geschlagen, welche es nie vergessen werde. Pourtalès³⁾ sagt, die verbreitete Fabel der Panslawisten habe einen besonders fruchtbaren Boden gefunden, da jede über die deutsche Politik erfundene Lüge in Russland leicht und gern geglaubt werde. Durch logische Argumente und durch unwiderlegliche Beweise ist aber nach seiner Meinung,⁴⁾ der slawische Volkscharakter schwer zu überzeugen. Man vergass in diesem Augenblick die früheren Erklärungen der Regierung, nichts gegen die bosnische Annexion, mit Rücksicht auf früher abgeschlossene Verträge einwenden zu können, und behauptete nur, Russland sei von Deutschland eine schwere Demütigung zugefügt worden; es werde von ihm durch plumpe Drohung gezwungen, die „Erfolge des germanischen Dranges nach dem Osten“ und „den Raub slawischer Länder“ anzuerkennen. Das Ergebnis war, dass die „Erregung sich mehr gegen Deutschland“, als gegen Oesterreich wandte⁵⁾ und ein „erneutes Anwachsen der deutschfeindlichen Stimmung“⁶⁾ eine „zunehmende Gereiztheit“ und „Erbitterung“ gegen Deutschland in der Gesellschaft um sich griff, die zu „zahlreichen Ausbrüchen“ wilden Deutschenhasses führten. Hintze⁷⁾ meint, auch das „Rachegeschrei“⁸⁾ habe sich nicht einmal gegen Oesterreich, sondern gegen Deutschland gerichtet.

Pourtalès⁹⁾ glaubt, in den folgenden Jahren habe die anti-deutsche Strömung ebenfalls, wenn sie auch an Stärke ein we-

1) Die gr. Politik der europ. Kabinette, Bd. XXV, S. 340.

2) Die gr. Politik der europ. Kabinette, Bd. XXVI, S. 783.

3) Die gr. Politik der europ. Kabinette, Bd. XXVI, S. 796.

4) Die gr. Politik der europ. Kabinette, Bd. XXVI, S. 735.

5) Die gr. Politik der europ. Kabinette, Bd. XXVI, S. 785.

6) Die gr. Politik der europ. Kabinette, Bd. XXVI, S. 719.

7) Die gr. Politik der europ. Kabinette, Bd. XXVI, S. 778.

8) Die gr. Politik der europ. Kabinette, Bd. XXVI, S. 741.

9) Die gr. Politik der europ. Kabinette, Bd. XXVII, S. 897.

nig abgenommen habe, einen nicht zu unterschätzenden Einfluss behalten. Dieses trat seiner Meinung nach¹⁾ in der Haltung Sasonows nach der Potsdamer Entrevue (1911) deutlich hervor. Er zeigte damals, indem er mit grosser Sorgfalt vermied, von sich aus oder in irgend einer anderen Weise zu bestätigen, dass der freundschaftliche Gedankenaustausch in Potsdam und Berlin auch andere Gegenstände ausser Persien berührt habe, dass er der antideutschen Richtung im Lande vollkommen Rechnung trage. Denn schon die ersten Mitteilungen über die Potsdamer Vereinbarungen lieferten den Gegnern das erwünschte Material, um die Angriffe gegen diese und damit auch gegen Deutschland zu beginnen. Pourtalès²⁾ stellt fest, dass die deutschfeindliche Stimmung während der zweiten Balkankrise wieder besonders stark angewachsen war, die in zahlreichen deutschfeindlichen Kundgebungen und Demonstrationen ihren Ausdruck fand.

Selbst in der ersten Gesellschaft ergriff die deutschfeindliche Stimmung vielfach die Oberhand³⁾. Er sieht es unter anderem in der Haltung mehrerer Häuser, in denen die Mitglieder der kaiserlichen Botschaft zu verkehren pflegten, die den deutschen und österreichischen Diplomaten ihre Türen in diesem (1913) Winter verschlossen.

Die Panslawisten, die mit dem Ausgange dieser Krisis ebenso unzufrieden waren, machten sich seiner Meinung nach⁴⁾ jetzt (1914) wie früher dadurch Luft, indem sie weiter gegen Deutschland hetzten.

Hatte aber die Regierung nach Meinung der deutschen Diplomaten keine Möglichkeit, die Feindseligkeit der öffentlichen Meinung gegen Deutschland zu mindern? Wir hören die deutschen Diplomaten weder vor, noch nach, sondern nur während der bosnischen Krisis sich darüber äussern. Pourtalès⁵⁾ war damals der Ansicht, dass, wenn Iswolsky gewollt, er von vornherein der Legende hätte entgegentreten können, und damit zur Minderung der Feindseligkeit gegen Deutschland beigetragen hätte. Dieser Meinung war auch Hintze.⁶⁾ Er glaubt, die Regierung habe die Möglichkeit besessen, durch Anführung der Tatsachen die Lüge zu widerlegen und damit die öffentliche Meinung zu beruhigen. Dann hätte sie aber Tatsachen anführen müssen, die Herrn Iswolsky blossstellten, und daher unterliess sie es. Seiner Ansicht nach ist die Meinung der Gesellschaft in hohem Grade von der Haltung der Regierung abhängig. Bleibt sie andauernd deutschfeindlich, so bedeutet dies, dass die Machthaber sie benötigen.

1) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXVII, S. 897.

2) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXXIV, S. 811.

3) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXXIV, S. 375.

4) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXXIX, S. 553.

5) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXVI, S. 783.

6) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXVI, S. 742.

7. Die russische Presse.

Wir wollen nun zur russischen Presse übergehen und sehen, ob sie nach Meinung der deutschen Diplomaten irgend einen Einfluss auf die russische auswärtige Politik auszuüben versuchte. Die deutschen Diplomaten glauben, die Presse,¹⁾ die in der Behandlung der Fragen der auswärtigen Politik eine ziemlich grosse Freiheit geniesst, sei nicht ohne Bedeutung in Russland, denn in keinem anderen Lande wird die öffentliche Meinung derart von ihr gemacht wie dort.

In welchem Sinne suchte nun die Presse, nach Meinung der deutschen Diplomaten, die öffentliche Meinung zu bearbeiten? Bülow, Radolin und Pourtalès sind der Ansicht, es sei ausser den Panslawisten die Presse gewesen, die im antideutschen Sinne zu wirken sich bestrebe. Bülow²⁾ sagt immer wieder (1898), die „ganze russische Presse betrete den Kriegspfad gegen Deutschland“,³⁾ setze den „Feldzug gegen Deutschland“⁴⁾ fort und schiesse unaufhörlich nach Deutschland hinüber.⁵⁾ Die Beschwerden der russischen Presse sind, seiner Meinung nach, so verschiedenartig und haltlos, dass man auf ein planmässiges Vorgehen schliessen müsse, bei welchem es nicht auf die Notwendigkeit der Begründung des einzelnen Beschwerdepunktes ankommt, sondern lediglich auf Erregung oder Verschärfung der deutschfeindlichen Stimmung. Pourtalès⁶⁾ teilt diese Ansicht. Auch er glaubt (1908), die russische Presse habe sich zur Aufgabe gestellt, die Beziehungen zwischen beiden Nachbarreichen zu trüben. Schliesslich scheint auch Holstein dieser Meinung zu sein. Er sagte⁷⁾ (1903), die russischen Zeitungen, wie „Nowoje Wremja“ und „Birschewija Wedomosti“, werden nicht müde, Deutschland als „das böse Prinzip“, als Hauptfeind Russlands und des Weltfriedens zu bezeichnen. Pückler⁸⁾ erklärt (1901), Deutschland sei verdächtigt worden, Absichten in Ostasien zu haben, Bülow⁹⁾ berichtet, die Presse habe Deutschland vorgeworfen, es sinne auf Beeinträchtigung der naturgemässen Entwicklung Russlands durch seine Festsetzung am Persischen Golf. Besonders stark wurde Deutschland nach Meinung der Diplomaten von der Presse wegen seiner Orientpolitik angegriffen. Mühlberg sagt¹⁰⁾ (1903), sie sei sich in fortgesetzten mass- und zahllosen Verdächtigungen der deut-

1) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XI, S. 385.

2) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XIII, S. 180.

3) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XIII, S. 82.

4) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XVIII, S. 36.

5) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XIII, S. 180.

6) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXV, S. 445.

7) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XVIII, S. 69.

8) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XVIII, S. 31.

9) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XIII, S. 180.

10) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XVIII, S.

schen Politik ergangen. Richthofen¹⁾ (1903), die gesamte russische Presse, voran die „Nowoje Wremja“, habe gegen Deutschland gehetzt. Bald fabeite sie, Deutschland strebe danach, die Türkei aufzuteilen, bald bezichtigte sie Deutschland der Begünstigung derselben. Besonders erregt war die russische Presse, nach dem Berichte Marschalls (1902)²⁾, über den Abschluss der Konvention, denn sie fand, die Bagdadbahn sei nicht nur den politischen, sondern auch den wirtschaftlichen Interessen Russlands nachteilig, da die Erschliessung Kleinasiens und Mesopotamiens dem russischen Getreide schwere Konkurrenz bringen werde. Bülow³⁾ (1901) meint, die Presse habe die deutsche Regierung auch der Bestrebung beschuldigt, die Einverleibung Bosniens und der Herzegowina in die österreichische Monarchie herbeizuführen. Alvensleben⁴⁾ und Wedel⁵⁾ berichten (1903), dass die Presse auch gegen die österreichische Politik ihr Misstrauen bekundete und öfters dem Verdachte eines österreichischen Doppelspiels intensiveren Ausdruck gab.

Besonders stark kam aber nach Meinung der Diplomaten „das Treiben“ der russischen Presse nach dem japanischen Kriege zur Geltung. Schoen⁶⁾ sagt, dass die Presse, die russische Freiheitsbewegung ausnützend, bemüht war, Deutschland als Hort des Absolutismus hinzustellen. Sie wurde nicht müde auf Kaiser Wilhelm als auf den reaktionären Freund und Ratgeber des Zaren hinzudeuten. Auch Pourtalès⁷⁾ berichtet, in jenen Jahren habe die russische Presse Deutschland als Hort der Reaktion, des Militarismus und des Polizeiregimes dargestellt und auf England als auf das gelobte Land hingewiesen. Den meisten russischen Zeitungen war auch die französisch-russisch-englische Freundschaft als Mittel zur Lahmlegung der deutschen Uebermacht⁸⁾ sympathisch. Dies bestätigt auch Miquel.⁹⁾ Er meint, während der ganzen Zeit der Verhandlungen habe die Presse in Russland nicht aufgehört, deutschfeindliche Artikel zu bringen. Durch aufreizende Artikel gegen Deutschland sollte dem Publikum der Gedanke an eine englisch-russische Annäherung mundgerecht gemacht werden.

Der Hass gegen Deutschland kam in der russischen Presse nach Meinung von Pourtalès¹⁰⁾ erst während der bosnischen Krisis voll zum Ausdruck, als die russische Presse aller Schattierungen überging, nachdem sie kurz vorher die österreichische

1) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XVIII, S. 351.

2) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XV, S. 417.

3) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XIII, S. 180.

4) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XVIII, S. 283.

5) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XVIII, S. 287.

6) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXV, S. 18.

7) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXVI, S. 780.

8) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXV, S. 449.

9) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXV, S. 46.

10) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXV, S. 318.

Politik angeblicher Unzuverlässigkeit und Hinterlist beschuldigte, Deutschland als den Urheber der neuen Wendung der österreichischen Balkanpolitik anzugreifen. Auch Hintze¹⁾ berichtet, die russische Presse habe unverblümt Deutschland als den Hauptfeind Russlands und Anstifter Oesterreichs angeklagt. Sie warf nach seinem und Pourtalès²⁾ Bericht Deutschland vor, Oesterreich zum Vorgehen ermuntert und unterstützt, Russland dagegen durch sein Verhalten und seine Drohung eine schwere Wunde geschlagen zu haben. Nach Meinung von Pourtalès³⁾ ging der überwiegend grösste Teil der Presse den Dingen nicht auf den Grund. Sie begnügte sich mit hohlen Phrasen über das Interesse für die slawischen Brüder, über die historische Mission Russlands auf der Balkanhalbinsel und mit ähnlichen Schlagworten. Sie verlangte⁴⁾ ein gemeinsames Eingreifen aller europäischen Mächte, um Serbien vor der Vergewaltigung Oesterreichs zu schützen, und wies darauf hin, dass im Falle eines österreichischen Angriffs auf Serbien die ganze slawische Welt sich erheben werde. Die gleiche feindliche Sprache führte die Presse seiner Meinung nach⁵⁾ auch während der zweiten Balkankrise (1912). Auch hier führte sie eine äusserst feindliche Sprache gegen Oesterreich, arbeitete, voran die „Nowoje Wremja“, gegen dieses Land, brachte die „wildesten Hetzartikel“⁶⁾ gegen Deutschland und benützte die massvolle Politik Sasonows in der serbischen Frage als ein Zurückweichen vor Oesterreich, als ein neues diplomatisches „Tsumsima“ darzustellen. Mit diesen falschen, tendenziösen Darstellungen⁷⁾ suchte sie die deutschfeindliche Stimmung im Lande zu stärken. Pourtalès⁸⁾ und Bethmann-Hollweg⁹⁾ betrachten diese Treibereien der russischen Presse mit einer gewissen Besorgnis, denn sie sind der Meinung, dass diese, auf die Dauer fortgesetzt, eine Stimmung zwischen beiden Ländern zu erzeugen drohe, die in der Zukunft verhängnisvoll werden könne.

Wie verhielt sich die Regierung nach Meinung der Diplomaten zu dieser Pressehetze? Bülow, Radolin, Bethmann-Hollweg und Pourtalès sind der Meinung¹⁰⁾, das amtliche Russland antworte diesen antideutschen Treibereien der russischen Presse mit Indifferenz. Radolin¹¹⁾ sagt (1898), alle die vielfachen Reklamationen Deutschlands hätten immer wieder auf die Entgegnung gestossen, die Regierung habe keinen Einfluss

1) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXVI, S. 741.

2) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXVI, S. 736.

3) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXVI, S. 778.

4) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXVI, S. 617.

5) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXXIV, S. 309.

6) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXXIV, S. 244.

7) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXXIV, S. 810.

8) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXV, S. 445.

9) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXVI, S. 854.

10) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXVI, S. 860.

11) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XIII, S. 186.

auf die Presse, die frei sei über die auswärtige Politik zu schreiben, was sie wolle; man könne auf legalem Wege nicht gegen sie vorgehen, da Warnungen und Strafen die Presse noch mehr reizen und zu neuen Angriffen gegen die Regierung führen würden. Ratschläge und Winke werden dagegen von der Presse nicht befolgt, „weil die Zeitungen sensationelle Sachen haben wollen und dazu die slawisch-patriotische Note anschlagen müssen“. Auch Pourtalès¹⁾ klagt (1908), dass alle Vorstellungen über Pressetreibereien immer wieder bei der Regierung auf die Entgegnung stiessen, sie sei diesem Treiben gegenüber ohnmächtig.

War aber die russische Regierung nach Meinung der Diplomaten wirklich so machtlos gegenüber diesen Treibereien der Presse? Die deutschen Diplomaten bestreiten dies. Bülow²⁾ sagt, jeder Politiker in Deutschland, von Kaiser Wilhelm II. bis zum jüngsten Journalisten, wisse, dass die russische Regierung in der Lage sei, dieser ganzen Pressekampagne mit einem einzigen Worte ein Ende zu bereiten. Auch Radolin³⁾ zweifelt nicht, dass die russische Regierung die Macht habe, die Presse zu zügeln und sie zu verhindern, in einem ihr unwillkommenen Sinne zu schreiben. Dieser Meinung war auch Marschall.⁴⁾ Er glaubt, ein Wort der Behörde hätte genügt, um unwillkommenen Diskussionen Einhalt zu gebieten. Auch Hintze⁵⁾ ist der Meinung, die Regierung könnte die Hetzereien der Presse verhindern, denn der in ganz Russland herrschende ausserordentliche oder verstärkte Schutz mache die Regierung ihr gegenüber allmächtig. Er glaubt daher, die Erklärung der Regierung, sie sei der Presse gegenüber ohnmächtig, sei nur ein Vorwand. Schliesslich meint auch Pourtalès,⁶⁾ dass in einem Lande, in welchem die Polizei so viel vermag, es Mittel geben müsse, um einem Blatte, wie die „Nowoje Wremja“, den Mund zu verstopfen.

Dass die Regierung die Macht über die Presse habe, trat nach Meinung Pücklers⁷⁾ (1901) während der Begegnung der Monarchen 1901 in Danzig deutlich hervor. Alle massgebenden russischen Blätter haben sich damals ohne Ausnahme sympathisch und zugunsten eines freundschaftlichen Verhältnisses beider Reiche ausgesprochen. Er zweifelt nicht, dass dieser Umschwung der sogenannten öffentlichen Meinung nicht nur auf die Freude der Beendigung des chinesischen Feldzuges und der Abberufung der deutschen Truppen aus Ostasien, sondern vor allem auf einen starken Druck von oben zurückzuführen sei.

1) Die gr. Politik der europ. Kabinette, Bd. XXV, S. 319.

2) Die gr. Politik der europ. Kabinette, Bd. XIII, S. 180.

3) Die gr. Politik der europ. Kabinette, Bd. XIII, S. 208.

4) Die gr. Politik der europ. Kabinette, Bd. XI, S. 384.

5) Die gr. Politik der europ. Kabinette, Bd. XXVII, S. 551.

6) Die gr. Politik der europ. Kabinette, Bd. XXXIV, S. 244.

7) Die gr. Politik der europ. Kabinette, Bd. XVIII, S. 31.

Dieselbe Erscheinung trat, nach Meinung von Pourtalès¹⁾, auch 1908 zutage, als der Regierung, anlässlich des englischen Besuches in Reval, feindliche Ausfälle gegen Deutschland nicht angenehm waren. Nirgends in der Presse fand sie Widerspruch. Es war seiner Meinung nach direkt auffallend, wie alle Artikel über die Revaler Entrevue sich einer massvollen Sprache gegen Deutschland befleißigten und betonten, dass die englisch-russische Annäherung für Deutschland nicht bedrohlich sei.²⁾ Der Einfluss der Regierung auf die Presse wurde auch 1910 deutlich wahrnehmbar, als Russland den Wunsch zeigte, die deutsch-russischen Beziehungen zu verbessern. Pourtalès sagt, auch diesmal habe sich die Sprache der Presse geändert, und selbst das deutschfeindliche Blatt „Nowoje Wremja“ habe in seinen Spalten Anwälte guter Beziehungen zu Deutschland zu Worte kommen lassen. Auch in bezug auf die russisch-österreichische Wiederannäherung³⁾ beobachtete die russische Presse eine bemerkenswerte Zurückhaltung, die ebenfalls auf höheren Einfluss zurückzuführen war.

In Anbetracht dessen, glauben Radolin⁴⁾ (1898) und Pourtalès⁵⁾ (1908/12), es müsse allgemein angenommen werden, solange die hetzerische Sprache gegen Deutschland andauere, dies unter stillschweigender Zustimmung der russischen Regierung geschehe.

Was die Angriffe der „Nowoje Wremja“ gegen die von der Regierung geführte Politik betrifft, so glaubt Pourtalès⁶⁾ (1913), man müsse in diesem Falle vermuten, dass hinter diesem Blatte mächtige Einflüsse stehen, welche sich seiner bedienen, um die jetzt am Ruder befindlichen Persönlichkeiten zu diskreditieren.

8. Der Einfluss von aussen.

Spielten in der russischen Politik nach Meinung der deutschen Diplomaten auch äussere Einflüsse eine Rolle? Die deutschen Diplomaten bejahen dies. Bismarck⁷⁾ (1893) sagt, dass Franzosen, Polen und andere deutschfeindliche Elemente ein starkes Interesse an der Störung und Verhinderung eines guten Verhältnisses zwischen Russland und Deutschland hatten. Daher hatten die meisten anderen europäischen Mächte das starke Interesse, in Russland durch die dortige Presse den Gedanken lebendig zu erhalten und zu nähren, Russland müsse

1) Die gr. Politik der europ. Kabinette, Bd. XXV, S. 453.

2) Die gr. Politik der europ. Kabinette, Bd. XXVI, S. 865.

3) Die gr. Politik der europ. Kabinette, Bd. XXVII, S. 456.

4) Die gr. Politik der europ. Kabinette, Bd. XIII, S. 208.

5) Die gr. Politik der europ. Kabinette, Bd. XXV, S. 318.

6) Die gr. Politik der europ. Kabinette, Bd. XXXIV, S. 471.

7) Hoffmann, „Fürst Bismarck“, Bd. II, S. 71 und 127.

erst Deutschland schlagen, bevor es sich im Nahen Orient frei bewegen könne. Auch Bülow¹⁾ glaubt (1900), gewisse andere Kabinette seien vom Standpunkt ihrer Sonderinteressen und Zukunftspläne aus bemüht, zwischen Russland und Deutschland Unfrieden zu säen. Dieser Meinung waren auch Kaiser Wilhelm und Marschall. Der erstere²⁾ sagt, England schüre heimlich in Petersburg gegen Deutschland (1901) und stelle es als den Begehrlichen dar, welcher China nicht verlassen wolle, der andere³⁾ glaubt, Deutschlands Feinde seien bemüht, in Russland den Glauben zu erwecken, Deutschland stärke den Widerstand des Sultans gegen die Russen.

Die deutschen Diplomaten sind der Meinung, dass der Einfluss von aussen besonders nach dem japanischen Kriege fühlbar wurde. Pourtalès⁴⁾ klagt in seinen Berichten immer wieder (1908/09), dass man von dritter Seite bestrebt sei, Zwist zwischen Russland und Deutschland zu säen, und dass die, die mit missgünstigen Augen das schöne Verhältnis zwischen beiden Monarchen beobachteten, in letzter Zeit viel arbeiten, um die deutsche Politik zu verdächtigen. Auch Bülow⁵⁾ berichtet, in Petersburg wurde jetzt (1908) eifrig und nicht ganz ohne Erfolg gegen Deutschland gearbeitet. Pourtalès⁶⁾ sagt, man verwerte von dritter Seite die Panslawisten, die deutschfeindliche Stimmung und die Presse für diese Ziele, treibe eifrig „Hetzarbeiten“⁷⁾ und schüre das Feuer, um die Erbitterung der öffentlichen Meinung gegen Deutschland zu steigern. Er zweifelt nicht, dass die Legende vom „deutschen Ultimatum“ und der „Drohung Deutschlands mit der gepanzerten Faust“ englischen Ursprungs sei.⁸⁾ Selbst einsichtige Elemente in Russland wurden sich seiner Meinung nach auch immer klarer, dass die slawischen Sympathien der Panslawisten in geschickter und skrupelloser Weise von dritter Seite ausgenutzt werden, um Russland womöglich in einen Krieg zu verwickeln, aus welchem der „tertius gaudens“ seine Vorteile gezogen haben würde. Auch Bethmann-Hollweg⁹⁾ glaubt (1910), aus Paris, besonders aber aus London, hätten immer wieder Ausstreuungen, Deutschland unterstütze die expansive Politik Oesterreichs auf dem Balkan und hetze die Türkei zu einer aggressiven Politik auf, stattgefunden. Schliesslich meint auch

1) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. VI, S. 134.

2) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XVI, S. 425.

3) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XVIII, S. 308.

4) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXV, S. 371.

5) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXV, S. 346.

6) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXVII, S. 736.

7) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXVII, S. 547.

8) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXVI, S. 778.

9) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XVII, S. 383.

Tschirsky,¹⁾ aus London und Paris sei in diesem Sinne gehetzt und aufgestachelt worden.

Für Pourtalès²⁾ unterliegt nicht der geringste Zweifel, dass die Intrigen gegen Deutschlands Verhandlungen mit Russland (1910) nicht nur auf russisch-deutschfeindlicher Seite, sondern auch auf auswärtige Einflüsse zurückzuführen seien, wenn er dies auch nicht zu beweisen vermag. Auch bei der Hetze gegen die deutsche Militärkommission in die Türkei (1914) hatten seiner Meinung nach von Anfang an diejenigen auswärtigen Kreise ihre Hand im Spiele, welche die guten Beziehungen zwischen Deutschland und Russland zu zerstören bestrebt waren.

B. Die Methoden der russischen Politik.

In diesem letzten Abschnitte wollen wir versuchen, darzulegen, wie Russland nach Meinung der deutschen Diplomaten in der auswärtigen Politik vorging. Hintze³⁾ ist der Meinung, die russische Politik sei vor allem durch eine „verblüffende Zielbewusstheit“ gekennzeichnet. Dieser Ansicht waren auch Wedel, Kaiser Wilhelm II. und Hohenlohe. Der erste sagt,⁴⁾ die russische Politik sei „zielbewusst“, der zweite,⁵⁾ sie sei „konsequent“, der dritte,⁶⁾ sie gehe „konsequent und geduldig“ vor. Bethmann-Hollweg⁶⁾ bemerkt, die russische Politik arbeite „sorgsam und zweckvoll“, Jagow⁷⁾ sie gehe „vorsichtig und allmählich“ vor, Tschirsky,⁸⁾ sie strebe „langsam und bedächtig“ zum Ziele, Münster⁹⁾ endlich, sie verstehe „musterhaft zu warten“. Dieses bestätigt auch Reichenau,¹⁰⁾ er sagt, Russland verstehe „die Kunst des Wartens“ sehr gut. Ähnlich äussern sich darüber Marschall, Radolin und Quadt. Der eine¹¹⁾ schreibt, Russland wolle warten in der Hoffnung, dass die Früchte ihm von selbst reif in den Schoss fallen würden, der andere,¹²⁾ es habe keinen Wunsch, die Früchte zu ernten, bevor sie ihm reif in den Schoss fallen, der dritte¹³⁾ endlich, Russland verhalte sich abwartend und verfolge den Gedanken, der reife Apfel werde ihm in den Schoss fallen. Marschall ist der

1) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXV, S. 332.

2) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXVII, S. 897.

3) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXVII, S.

4) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XVIII, S. 623.

5) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XI, S. 231.

6) Bethmann-Hollweg, „Betrachtungen zum Weltkrieg“, I. Teil, S. 78.

7) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXVII, S. 506.

8) Di gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XVII, S. 524.

9) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. VII, S. 252.

10) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XVIII, S. 97.

11) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XVIII, S. 120.

12) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. X, S. 84.

13) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXVII, S. 722.

Meinung,¹⁾ dass die neuere Schule der russischen Diplomatie auf ein kriegerisches Vorgehen verzichtet habe, weil Russland, welches im vorigen Jahrhundert bekanntlich alle 25 Jahre einen Kriegszug nach dem Nahen Orient unternahm, damit schlechte Erfahrungen gemacht habe, wenn es auch Sieger gewesen sei. Deshalb sucht die neuere Schule auf friedlichem Wege, durch „massvolles Vorgehen“²⁾ den Sieg davon zu tragen. Dieser Ansicht waren auch Tschirsky und Quadt. Der erstere³⁾ führt aus, Lobanow habe unter Vermeidung jedes für das Reich ungewünschten Konfliktes, ohne Anwendung von Waffengewalt, durch stille Arbeit die Stellung Russlands auf dem Balkan und in Ostasien zu stärken verstanden. Der letztere,⁴⁾ Russland suche Persien, „nicht durch Waffengewalt, sondern durch freundschaftliche Umarmung“ zu ersticken.

Mit welchen Mitteln arbeitete aber die neuere Schule der russischen Diplomatie, nach Meinung der deutschen Diplomaten? Marschall, Reichenau und Pückler heben hervor, dass die russische Diplomatie in ihrem Vorgehen sich hauptsächlich der „Minierarbeit“,⁵⁾ „politisch-religiöser Kleinarbeit“⁶⁾ bediene.

Wir haben bei der Betrachtung der russischen Balkanpolitik gesehen, wie Russland, während es die Politik des status quo proklamierte, nach Meinung der Diplomaten, „das Feuer unter der Asche glimmen“⁷⁾ liess: es war bemüht, den Glauben⁸⁾ der christlichen Slawen an die Sympathie Russlands für die Revolutionäre, aufrecht zu erhalten. Noch deutlicher zeigte sich dies in der russischen Politik gegenüber der Türkei, wo Russland, nach Meinung Marschalls, Saurmas,⁹⁾ Metternichs¹⁰⁾ und Eulenburgs,¹¹⁾ während es offiziell für die Erhaltung der Türkei eintrat, unablässig Massnahmen traf, die die „Schwächung“, die „Zersetzung“, die „Versumpfung“ und „Zertrümmerung“ dieses Reiches herbeiführen sollten. Marshall sagt,¹²⁾ Russland bediene sich während dieses Vorgehens positiver und negativer Mittel.

Zu den positiven Mitteln gehörte seiner Meinung¹³⁾ nach, die „systematische Förderung“ der slawisch-orthodoxen Propaganda, in der Türkei, welche sich zum Ziele setzte, die Einheit der griechisch-orthodoxen Kirche des türkischen Reiches durch

1) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XVIII, S. 120 und 156.

2) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XVIII, S. 210.

3) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XI, S. 355.

4) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXVII, S. 824.

5) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XVIII, S. 97.

6) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XVIII, S. 120.

7) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XVIII, S. 48.

8) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XVIII, S. 344.

9) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. X, S. 95 und 128.

10) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XI, S. 224.

11) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XII, S. 65.

12) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XIV, S. 487.

13) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XIV, S. 488.

Einführung des Nationalitätsprinzips zu zerstören, dadurch die zentrifugalen Elemente des Reiches zu stärken und dieselben sich dienstbar zu machen.

Viel gefährlicher waren nach Meinung Marschalls,¹⁾ Metternichs²⁾ und Saurmas³⁾ die negativen Mittel, die in systematischem Entgegenarbeiten Russlands gegen jeden Versuch anderer Mächte, die militärische und wirtschaftliche Stärkung des türkischen Reiches herbeizuführen, zum Vorschein kamen. Wir haben im ersten Kapitel darauf hingewiesen, wie Russland ihrer Ansicht nach eifrig bemüht war, die Türkei in der Stärkung des Heeres, der Flotte und in der Befestigung des Bosphorus zu hindern. Nicht minder stark war der Widerstand gegen den ernstlichen Versuch, die türkischen Finanzen zu sanieren. Auf diese Weise strebte Russland den Verfall des Reiches an. Nicht nur in der Türkei, sondern auch in Asien wurde nach Meinung der Diplomaten diese Methode angewandt. Pourtalès⁴⁾ stellt bei der russischen Regierung eine Abneigung gegen jede Unterstützung der wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung Chinas fest. Quadt⁵⁾ sagt, sie wolle Persien von allen Mitteln entblößen, Miquel,⁶⁾ sie suche jedes fremde Unternehmen in Persien, so viel dies mit legalen Mitteln möglich sei, zu hindern. Schliesslich ist auch Marschall⁶⁾ der Meinung, Russland suche Persien an der Entfaltung seiner wirtschaftlichen Kräfte zu hindern, um auf diese Weise seine politische und militärische Schwäche zu steigern. In keinem islamitischen Lande gelangte diese Methode in so brutaler Weise zum Ausdruck, wie in Persien, das sich vertragsmässig verpflichten musste, keine Eisenbahnen zu bauen.

Die deutschen Diplomaten sind der Meinung, dass die bewährteste Methode der russischen Politik diejenige sei, die sich nach Rosens⁷⁾ aus „Schmeichelei und Drohung“, nach Marschall⁸⁾ und Kiderlen⁹⁾ aus „Zuckerbrot und Peitsche“, nach Pourtalès¹⁰⁾ aus „Lockspeise und Drohung“ zusammensetzte.

Holstein sagt,¹¹⁾ Russland, welches um jeden Preis den Krieg vermeiden wollte, benutze gern die Drohung, weil sie nichts koste und doch hoffen lasse, dadurch andere vielleicht einzuschüchtern. Auch Bülow¹²⁾ bestätigt, Russland habe mit Vorliebe „Einschütterungsversuche“, die oft durch „kriegerische

1) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XIV, S. 487.

2) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XII, S. 224 und 65.

3) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXXII, S. 76.

4) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXVII, S. 720.

5) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXVII, S. 146.

6) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXV, S. 126.

7) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XVII, S. 541.

8) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XVIII, S. 156.

9) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XVIII, S. 670.

10) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXV, S. 528.

11) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XVIII, S. 8.

12) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXVI, S. 517.

Fanfaren“ verstärkt wurden, angewandt. Schliesslich sagt auch Marschall,¹⁾ Russland habe, wenn es sich um grosse Dinge handelte, von Zeit zu Zeit gern die Peitsche geschwungen, habe aber später in reichem Masse das Zuckerbrot folgen lassen.

Wir haben bei der Betrachtung der russischen Orientpolitik genau beobachtet, wie Russland nach Meinung der deutschen Diplomaten von dieser Methode Gebrauch machte. Einerseits suchte die russische Regierung, da das Interesse Russlands Unruhen auf dem Balkan verbot, den status quo, nach Meinung²⁾ Alvenslebens, Marschalls und Wangenheim's, dadurch aufrecht zu erhalten, dass sie den Balkanslawen drohte, sie ihrem Schicksal zu überlassen, falls sie versuchen sollten, eine gewaltsame Lösung der Dinge herbeizuführen. Um sich aber in der slawischen Welt³⁾ nicht zu diskreditieren, um die Rolle als „alleiniger Beschützer“ der christlichen Balkanvölker und der Orthodoxie treu zu bleiben, liess sie andererseits das Zuckerbrot folgen, welches in der Aufrechterhaltung des Glaubens⁴⁾ der Balkanslawen, Russland sympathisierte mit ihnen und sei nur vorübergehend an der Unterstützung derselben gehindert, bestand. Russland liess nach Meinung Pücklers⁵⁾ das Feuer glimmen, weil es ihm Gelegenheit gab, seinen Einfluss geltend zu machen. Sobald aber die Flamme aufloderte, wurde wieder Wasser hineingegossen. Dasselbe tat Russland nach Meinung der Diplomaten bei seinem Vorgehen in der Türkei. Einerseits schwächte es die Türkei, andererseits spielte es nach dem Berichte Marschalls⁶⁾ und Saurmas⁷⁾ die Rolle des „Freundes“ und des „Beschützers“. Besonders deutlich trat dies nach Meinung Marschalls⁸⁾ 1901 zutage, als Russland, um die Türkei zu schwächen, das Abkommen von der Pforte erzwang, welches ihr den Bau von Bahnen im Gebiete des Schwarzen Meeres verunmöglichte, dann aber Milde walten liess, indem es die verschiedenen Reklamationen,⁹⁾ wie z. B. wegen Repatriierung der nach Russland entlohenen Armenier, wegen Einfälle der Kurden in russisches Gebiet und wegen Ermordung des russischen Konsuls in Wan, zeitweise zurückstellte.

Radolin und Rosen stellen eine erfolgreiche Arbeit Russlands mit dieser Methode auch in Asien fest. Der eine¹⁰⁾ sieht es im Vorgehen der Russen in China, welche den Chinesen erst Pamir genommen hatten, um ihnen dadurch ihre Macht zu zeigen, dann Milde walten liessen und ihnen Liautung zurückga-

1) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XVIII, S. 156.

2) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XVIII, S. 320 und 212.

3) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XVIII, S. 206.

4) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XVIII, S. 344.

5) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XVIII, S. 48.

6) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. X, S. 95.

7) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XVIII, S. 141.

8) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XVII, S. 384.

9) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XVIII, S. 120.

10) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XIV, S. 40.

ben, um später die Eisenbahn durch die Mandschurei in die Hände zu nehmen, was mit der Eroberung der letzteren wohl gleichbedeutend war. Der andere glaubt,¹⁾ Russland verstehe durch „Schmeichelei und Drohung“, langsam, aber sicher, in ähnlicher Weise alle zentralasiatischen Länder, wie China, Buchara, Turkestan, Persien und Afghanistan, zu absorbieren.

Nach Meinung Holsteins, Marschalls und Pourtalés', suchte Russland,²⁾ diese Methode auch Deutschland gegenüber anzuwenden, wo es als „Lockspeise“ das Zusammengehen der Dreikaisermächte, als „Drohung“ den Anschluss an England benutzte. Als Beispiel dafür kann nach Meinung Holsteins³⁾ das Verhalten Russlands während des Versuches, die deutsche Regierung zu einem Spezialabkommen über die Meerengen und Kleinasien zu bewegen (1900), dienen, wo es, beim zögernden Verhalten Deutschlands zu diesem Plan, durchblicken liess, es werde sich wahrscheinlich mit England darüber verständigen. Auch Radolin⁴⁾ berichtete damals, Murawiew habe die deutsche Regierung „durch bombastische Phrasen“ über eine mögliche Verständigung mit England unter günstigeren Bedingungen als mit Deutschland, einschüchtern gewollt. Auf ähnliche Weise suchte Russland nach Meinung Marschalls und Pourtalés' auf Deutschland während der Regelung der mazedonischen Reformfrage 1907 einzuwirken. Der erstere⁵⁾ sagt, Russland versuche nicht ohne Erfolg durch Vorspiegelung eines russisch-englischen Einverständnisses, einen „moralischen Druck“ auf die konservativen Kaisermächte auszuüben, der letztere,⁶⁾ es wolle auf diese Weise Deutschland beeinflussen, um seine Dienste für die russische Politik auszunutzen.

War nach Meinung der deutschen Diplomaten ein politisches Zusammenarbeiten mit Russland möglich? Die deutschen Diplomaten verneinen dies. Marschall⁷⁾ betont immer wieder, eine gemeinsame politische Aktion sei mit Russland unmöglich, da die Russen immer ihre eigenen Wege gehen. Sie nehmen⁸⁾ an gemeinsamen Besprechungen teil, konferieren über schwebende Fragen, handeln aber nachträglich ohne jede Rücksicht auf die Beschlüsse oder auf das, was sie selbst zugesagt hatten, genau so, wie es ihnen passt. Sie schienen seiner Meinung nach bei den Besprechungen anwesend zu sein, um den äussern Anschein zu wahren, um sich über die Stellung anderer Mächte zu informieren, um Material zu sammeln und um die russische

1) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XVII, S. 544.

2) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXV, S. 525.

3) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XVIII, S. 8.

4) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XIV, S. 551.

5) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXV, S. 294.

6) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXV, S. 539.

7) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XVIII, S. 123.

8) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XVIII, S. 129 und 192.

Stellung später auf Kosten anderer zu stärken. Einen Beweis¹⁾ dafür lieferte ihm und Tschirsky die Haltung Russlands gegen den von seiten Englands und Italiens aufgetauchten Gedanken 1899, einen Kollektivschritt in Konstantinopel zu unternehmen, um den Sultan zu Konzessionen an die mazedonischen Christen zu bewegen. Russland lehnte diesen Plan mit der Motivierung ab, jede Diskussion darüber würde statt die Gemüter zu beruhigen, die vorhandene Erbitterung nur steigern. Als der geplante Kollektivschritt auf diese Weise zu Fall gebracht wurde, trat Russland selbst als führende Macht für die gleiche Sache ein. Im Schlepptau der Mächte zu erscheinen, hatte Russland kein Interesse; es wollte vielmehr mit diesem Schritte seine Stellung als Beschützer der Slawen wieder stärken. Einen anderen Beweis dafür sah Marschall²⁾ im Vorgehen Russlands im Jahre 1901, welches, nachdem es wiederholt mit Oesterreich und England über die Notwendigkeit, den Sultan aufzufordern, seine Machtmittel gegen das revolutionäre Treiben christlicher Nationalitäten auf türkischem Gebiet energisch anzuwenden, konferierte, eines Tages diese Demarche bei der Pforte und beim Sultan allein unternahm. Wie im ersten Falle bei den Slawen, so wollte es in diesem beim Sultan als Freund und Beschützer erscheinen.

Das rücksichtslose Handeln Russlands nach den gefassten Beschlüssen galt, Marschalls Meinung nach, nicht nur dem Nahen, sondern auch dem Fernen Orient. Dieser Ansicht schien auch Radolin³⁾ zu sein, denn er klagt über das Verhalten Russlands während der Aktion der Grossmächte gegen China, woran sich das russische Reich beteiligte, weil es das Heft nicht aus der Hand geben wollte, es erlies aber, bevor die Aktion zu Ende geführt wurde, einen einseitigen Befehl zum Rückzuge der Russen, um den Chinesen zu zeigen, es denke milder als die übrigen Mächte.

Das Zusammenarbeiten mit Russland war nach der Ueberzeugung der Diplomaten noch dadurch erschwert, dass es nach Kaiser Wilhelm II.⁴⁾ oft eine „zweideutige Rolle“, nach Bethmann-Hollweg⁵⁾ ein „Doppelspiel“ und nach Wangenheim⁶⁾ „ein Intrigenspiel“ trieb. Auch Radolin⁷⁾ und Quadt⁸⁾ sind dieser Ansicht. Wir hören sie immer wieder darüber klagen, Russland treibe „äusserlich“ das eine, „unter der Hand“ das andere. Wir hatten bei der Betrachtung der russischen Balkanpolitik

1) Die gr. Politik der europ. Kabinette, Bd. XII, S. 542.

2) Die gr. Politik der europ. Kabinette, Bd. XVIII, S. 139.

3) Die gr. Politik der europ. Kabinette, Bd. XVII, S. 115.

4) Die gr. Politik der europ. Kabinette, Bd. XVII, S. 25.

5) Die gr. Politik der europ. Kabinette, Bd. XXXIV, S. 640.

6) Die gr. Politik der europ. Kabinette, Bd. XXXIV, S. 710.

7) Die gr. Politik der europ. Kabinette, Bd. X, S. 12.

8) Die gr. Politik der europ. Kabinette, Bd. XXVII, S. 730.

genau gesehen, wie Russland nach Meinung der Diplomaten,¹⁾ wie Pourtalès, Griesinger, Jagow und Tschirsky, während der beiden Balkankriege äusserlich für den Frieden mit den Mächten arbeitete, unter der Hand durch seine panslawistische Botschafter die Serben in ihrer Verzögerungspolitik und in ihrem Widerstande zu stärken suchte und ihnen den Glauben nicht nehmen wollte, dass sie in ihren Aspirationen Unterstützung oder Rückendeckung bei Russland finden werden. Tschirsky²⁾ bemerkt dazu, die Unterstützung Russlands reiche nie weiter als mit Worten. Jedermal, wenn die Situation ernst wurde, und man eine klare Stellungnahme von Russland verlangte, „zerflatterte“ die russische Hilfe in nichts.

Das Doppelspiel Russlands zeigte sich nach Meinung Radolins, Saurmas und Quadts auch in der Türkei und Persien. Die ersten³⁾ zwei sehen dies in der Haltung Russlands während der Regelung der armenischen Reformfrage, als die russische Regierung „äusserlich und offiziell“ mit England Hand in Hand ging, unter der Hand aber dem Sultan die beruhigenden Winke geben liess, diese Reformfrage nicht zu ernst zu nehmen. Der dritte⁴⁾ erkannte die Haltung Russlands im Treiben Hartwigs, der nach aussen mit England für die Verfassung in Persien eintrat, unter der Hand aber mit allen Mitteln dagegen arbeitete.

Der letzte Grund, der das Zusammenarbeiten mit Russland erschwerte, lag nach Meinung Eckardsteins und Mühlbergs in den „weitgehendsten Indiskretionen“ der russischen Diplomatie. Der eine sagt,⁵⁾ die Russen benutzen alle Avancen, die ihnen von Deutschland gemacht werden, gern dazu, um die deutsche Politik in London und Paris zu verdächtigen, der andere,⁶⁾ die allerhöchsten Telegramme, die der Zar seinen Ministern zu lesen gebe, befänden sich später gewöhnlich auf den Tischen von Paris und London, womöglich nach Bedürfnis „frisiert“ wieder.

1) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXXIII, S. 455, und Bd. XXXIV, S. 618, 633 und 508.

2) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXXIII, S. 338.

3) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. X, S. 12.

4) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXVII, S. 730.

5) Eckardstein, „Lebenserinnerungen und politische Denkwürdigkeiten“, Bd. III, S. 158.

6) Die gr. Politik der europ. Kabinette. Bd. XXI, S. 451.

Namenregister.

- Aehrenthal, Graf**, Minister des Aeussern in Oesterreich, 1906—1912.
Aksakow, slawophiler russischer Publizist.
Alexander II, Kaiser von Russland, 1855—1881.
Alexander III, Kaiser von Russland, 1881—1894.
Alexandra Feodorowna, Kaiserin von Russland, Gemahlin Kaiser Nikolaus' II.
Alvensleben, Graf, v., Gesandter in Brüssel, 1888—1901, Botschafter in Petersburg, 1901—1905.
Bachmetiew, russischer Generalkonsul in Sofia, 1897—1906, Gesandter in Tokio, 1906—1908.
Behrendsdorf, Graf, v., erster Sekretär bei der Botschaft in London, 1902—1916.
Benckendorf, Paul, Graf, v., russischer Hofmarschall, Chef der Haupthofverwaltung, 1895.
Bethmann-Hollweg, v., Reichskanzler, 1909—1917.
Bismarck, Otto, Fürst, v., Reichskanzler, 1871—1900.
Bodmann, Freiherr, v., Botschaftsrat bei der Botschaft in Konstantinopel, 1904—1907.
Brand, v., Gesandter in Peking, 1874—1892.
Brockdorff-Rantzau, Graf, v., zweiter Sekretär bei der Botschaft in Petersburg, 1899—1900, Botschaftsrat bei der Botschaft in Wien, 1907—1909.
Bulow, Bernhard, Fürst, v., Botschafter in Rom, 1895, stellvertretender Staatssekretär des A. A., 1897—1898, Staatssekretär des A. A., 1899—1900, Reichskanzler, 1900—1909.
Caprivi, v., Reichskanzler, 1890—1894.
Derenthal, v., stellvertretender Staatssekretär im A. A., 1899—1900.
Eckardstein, Freiherr, v., erster Sekretär bei der Botschaft in London, 1899—1902.
Eulenberg, Philipp, Graf, Botschafter in Wien, 1894—1901.
Faure, Felix, Präsident der franz. Republik, 1895—1899.
Ferdinand, Fürst von Bulgarien.
Fredericks, Baron, russischer Minister des kaiserlichen Hofes, 1897—1917.
Friedrich, deutsche Kaiserin, Gemahlin Kaiser Friedrichs III.
Georg, Prinz von Griechenland.
Gortschakoff, Alexander, Fürst, russischer Reichskanzler, 1870—1882, Minister des Aeussern, 1856—1882.
Haller, Johannes, Professor der Geschichte.
Hartwig, russischer Gesandter in Teheran, 1906—1909, Gesandter in Belgrad, 1909—1914.
Hatzfeld, Paul, Graf, v., Botschafter in London, 1895—1906.
Heinrich, Prinz v. Preussen, Bruder Kaiser Wilhelm's II.
Hintze, v., Kapitän zur See und Flügeladjutant, Militärbevollmächtigter in Petersburg, 1908—1910.
Hintze, Otto, Professor der Geschichte.
Hohenlohe — Schillingsfürst, Fürst, v., Reichskanzler, 1894—1900.
Holstein, Friedrich, vortragender Rat im A. A., 1880—1906.
Ignatiew, Nikolaus, Graf, russischer General und Minister des Innern, 1881—1892.
Iswolsky, Alexander, russischer Minister des Aeussern, 1906—1910, Botschafter in Paris, 1910—1914.

- Jagow, v.**, Botschaftsrat bei der Botschaft in Rom, 1901—1906, vortragender Rat im A. A., 1906—1907, Gesandter in Luxemburg, 1907—1909, und Botschafter in Rom, 1909—1912.
- Katkow**, panslawistischer Publizist.
- Kiderlen-Wächter**, stellvertretender Staatssekretär des A. A., 1908, Gesandter im A. A., 1908—1909, Staatssekretär des A. A., 1910—1912.
- Kleinmet**, vortragender Rat im A. A., 1896—1908, Generalkonsul in Athen, 1909—1911.
- Kokowzew**, russischer Finanzminister, 1903—1914, und Ministerpräsident 1911—1914.
- Kühlmann, Richard, v.**, erster Sekretär bei der Botschaft in Tanger, 1904—1908, Botschaftsrat bei der Botschaft in London, 1908—1914.
- Laffert, Major**, Delegierter bei der Nordalban. Grenzkommission, 1913—1914.
- Lamsdorff, Graf**, russischer Minister des Aeussern, 1900—1906.
- Lauenstein**, preussischer Major, Militärattaché in Petersburg, 1893—1907.
- Lichnowsky, Fürst**, vortragender Rat im A. A., 1899—1904, Botschafter in London, 1912—1914.
- Liman von Sanders**, preussischer Generalleutnant, Chef der Militärmision in der Türkei, 1913—1914.
- Lobanow-Rostowsky, Fürst**, russischer Minister des Aeussern, 1895—1896.
- Luzius, Freiherr, v.**, Botschaftsrat bei der Botschaft in Petersburg, 1911—1914, diplom. Agent und Generalkonsul in Durazzo, 1914.
- Maria Feodorowna**, Kaiserin von Russland, Gemahlin Alexanders III.
- Marschall von Biberstein**, Staatssekretär des A. A., 1890—1897, Botschafter in Konstantinopel, 1897—1912, Botschafter in London, 1912—1914.
- Metternich, Paul, Graf von Wolf**, Botschafter in London, 1901—1912.
- Miquel, v.**, zweiter Sekretär bei der Botschaft in Paris, 1905, erster Sekretär bei der Botschaft in Petersburg, 1905—1908.
- Monts, Graf**, Botschafter in Rom, 1902—1909.
- Mühlberg, v.**, vortragender Rat im A. A., 1885—1910, Unterstaatssekretär des A. A., 1900—1907, preussischer Gesandter beim päpstlichen Stuhl.
- Münster, Georg, Graf**, Botschafter in Paris, 1885—1900.
- Murawiew, Michael, Graf**, russischer Minister des Aeussern, 1897—1900.
- Murius**, Botschaftsrat bei der Botschaft in Konstantinopel, 1912—1914.
- Nikolaus II**, Kaiser von Russland, 1894—1917.
- Nikolaus Nikolajewitsch**, Grossfürst von Russland, Neffe Alexanders II.
- Osten-Sacken, Graf**, russischer Botschafter in Berlin, 1895—1912.
- Plessen, v.**, preussischer Generaloberst, diensttuender Generaladjutant und Kommandant des Hauptquartiers, 1910—1913.
- Posadowsky-Wehner, Graf, v.**, preussischer Major, Militärattaché in Petersburg, 1910—1911.
- Pourtales, Graf, v.**, Sekretär bei der Botschaft in Petersburg, 1888—1890, Botschafter in Petersburg, 1907—1914.
- Pückler, Graf, v.**, erster Sekretär bei der Botschaft in Rom, 1895—1899, in Wien, 1899—1900, in Petersburg, 1900—1901.
- Quadt, Graf, v.**, Generalkonsul in Kalkutta, 1904—1908, Gesandter in Teheran, 1908—1912.
- Radolin, Fürst, v.**, Botschafter in Petersburg, 1895—1900, in Paris, 1900—1910.
- Radowitz**, erster Delegierter auf der Konferenz von Algeciras, 1906, Botschaftsrat bei der Botschaft in Tokio, 1911, und in Paris 1913—1914.
- Ratibor, Prinz, Max**, Gesandter in Belgrad, 1906—1908.
- Reichenau**, Generalkonsul in Sofia, 1898—1900.

- Rex, Graf, v.**, erster Sekretär bei der Botschaft in Petersburg, 1893—1894, Gesandter in Teheran, 1898—1906, in Peking, 1906—1911, Botschafter in Tokio, 1911—1914.
- Richthofen, Oswald, Freiherr, v.**, Staatssekretär des auswärtigen Amtes, 1900—1906.
- Romberg, Freiherr, v.**, erster Sekretär bei der Botschaft in Paris, 1901—1905, Generalkonsul in Sofia, 1905—1910, vortragender Rat im A. A., 1910—1912, und dann Gesandter in Bern, 1912—1914.
- Rosen, Friedrich, v.**, vortragender Rat im A. A., 1901—1905, Gesandter in Tanger, 1905—1910.
- Rotenhan, Freiherr, v.**, Unterstaatssekretär im A. A., 1890—1897, preussischer Gesandter beim päpstlichen Stuhl, 1898—1908.
- Sasonow, russischer Minister des Aussern**, 1910—1917.
- Saurma, Botschafter in Konstantinopel**, 1895—1897, in Rom 1897—1899.
- Scharfenburg, v.**, Geschäftsträger in Belgrad, 1913.
- Schiemann, Theodor**, Professor der Geschichte.
- Schoen, Wilhelm, v.**, Botschafter in Petersburg, 1905—1907, Staatssekretär des A. A., 1907—1910, Botschafter in Paris, 1910—1914.
- Schweinitz, v.**, preussischer General, Botschafter in Petersburg, 1876—1893.
- Sergius Alexandrowitsch**, Grossfürst von Russland, Bruder Alexanders III.
- Sinowiew**, russischer Botschafter in Konstantinopel, 1898—1909.
- Skobelew, Michael**, panslawistischer russischer General.
- Stemmerich**, Generalkonsul in Konstantinopel, 1905, Gesandter in Teheran, 1906—1907, Unterstaatssekretär im A. A., 1907—1911.
- Tirpitz, Alfred, v.**, Admiral, Staatssekretär des Reichsmarineamtes, 1897—1916.
- Tschirsky**, Botschafter in Wien, 1907—1916.
- Waldthausen, v.**, Gesandter in Bukarest, 1912—1914.
- Wangenheim, v.**, erster Sekretär bei der Botschaft in Konstantinopel, 1899—1904, Gesandter in Mexiko, 1904—1908, Geschäftsträger in Tanger, 1908, Gesandter in Athen, 1909—1912, Botschafter in Konstantinopel, 1912—1915.
- Wedel, Karl**, Botschafter in Rom, 1899—1902, in Wien 1902—1907.
- Wilhelm II**, Kaiser von Deutschland und König von Preussen.
- Wilhelm**, Kronprinz, ältester Sohn Kaiser Wilhelms II.
- Witte, Graf**, russischer Finanzminister, 1893—1905.
- Zimmermann**, vortragender Rat im A. A., 1905—1910.

Lebenslauf.

Am 21. Februar 1903 wurde ich, Basja Weinberg, als Tochter des Kaufmanns Moses Weinberg und seiner Gemahlin Černa Weinberg, geb. Wowski, in Riga geboren. Dasselbst besuchte ich seit 1911 das Mädchengymnasium Serkow, später das Mädchen-gymnasium Tailow. Im September 1919 trat ich in die Rigasche städtischen Mittelschule vom Typus eines Real-Gymnasiums ein, wo ich im Juni 1921 die Reifeprüfung bestand. 1921/1922 besuchte ich die Lehrerkurse. Im Winter 1923 arbeitete ich als Lehrerin in der Rigaschen städtischen jüdischen Grundschule. Im Winter 1924 immatrikulierte ich mich an der phil.-hist. Abteilung der philosophischen Fakultät der Universität Basel, ging 1925 auf 4 Semester nach Berlin und kehrte im November 1927 nach Basel zurück, wo ich am 1. Nov. 1930 mein Doktorexamen bestand. Meine Studienfächer waren: Geschichte, Philosophie und slawische Philologie.

Ich habe die Vorlesungen, Uebungen und Seminare folgender Herren Professoren und Dozenten besucht:

Bächtold, Baumgartner, Brackman, Becker, Dürr, Häberlin, Hartung, Hoetzsch, Joël, Mahler, G. Mayer, Meinecke, Rupp, Stählin, Schumacher, Spranger.

Die Dissertation entstand unter der Leitung meines leider früh verstorbenen verehrten Lehrers, Herrn Prof. Dr. Bächtold, der die Arbeit anregte und aufs freundlichste unterstützte.
